

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



19. September 1986
Jg. 7 Nr. 19

G 7756 D

Preis:
2,50



Staatspolizei/Polizeistaat: Was leistet die Antiimperialistische Front im antifaschistischen Kampf? Seite 4



IGM-Gewerkschaftstag: Der tarifpolitische Antrag des Vorstands braucht einige Änderungen Seite 10



Dokumentation: Finanzausschuß des Bundestages entscheidet gegen die Versorgung von Opfern des Nationalsozialismus Seite 31

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 6442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 1658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Staatspolizei/Polizeistaat: Was leistet die Antiimperialistische Front im antifaschistischen Kampf? 4

Energiepolitik: Arbeitsprogramm "Folgen aus Reaktorunfall Tschernobyl" 7

Blockfreienbewegung: Einige Fortschritte im antiimperialistischen Kampf 7

Haushalt '87 im Bundestag: Regierung sozialdemagogisch-großdeutsch, SPD für die Wirtschaft zu allem bereit 8
Helmut Schmidt, 11.9., Schlußrede im Bundestag 8

IGM-Gewerkschaftstag: Der tarifpolitische Antrag des Vorstands braucht einige Änderungen. 10
Dokumentiert: Aus E 12 (Tarifpolitik): Antrag des IGM-Vorstands... 11

Auslandsberichterstattung

Azania (Südafrika): PAC: Die Entmündigung der Frauen hält sie nicht vom Befreiungskampf fern... 12
Viele Frauen sind Hausangestellte. 13

Süd- und Mittelamerika: Indianer gegen nationale und soziale Unterdrückung. 13

Krieg Iran-Irak: Ausweitung und direkte imperialistische Einmischung? 14

USA: Tarifvertrag bei Hormel – Konzessionen zurückgeholt? 14

SVR Albanien: Festhalten am unabhängigen Aufbau des Landes.. 15

Großbritannien: TUC (halbherzig) gegen Anti-Gewerkschaftsgesetze..... 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Atombomben – "Made in Germany" 18
SPD verlangt "Bildungspolitik" – aber was für eine? 18

Mit Carstens ins Paradies..... 18

Drohsel: "Die Lohndiskriminierung der Frauen" 18

Ein Wahlkampf-Buch für Bürgerliche 19

Gemeinsame Vollversammlung Die KPD schreibt uns

Wir veröffentlichten in der Nr. 16/86 der Politischen Berichte, Seite 35, Beschlüsse und Berichte aus der Diskussion der Organisation, u.a. einen Beschuß zur "Zusammenarbeit bei Zeitungen" im Rahmen der gemeinsamen Vollversammlung. Daraufhin schrieb uns die KPD am 2.9. 1986:

"Wir sind grundsätzlich interessiert an einem Gespräch, bei dem geprüft wird, ob und wie die Zusammenarbeit zwischen den Zeitungen der Organisationen des Beilagenkreises ausgebaut werden kann. Vor dem Vereinigungsparteitag von GIM und KPD sehen wir dazu allerdings keine Möglichkeit mehr. Vorbehaltlich der konkreten Terminplanung nach dem Vereinigungsparteitag schlagen wir vor, einen Termin Ende Oktober oder im November ins Auge zu fassen."

DGB-Veranstaltungsreihe zu den Bundestagswahlen

Im Rahmen von "Gewerkschaftswochen" wollen der DGB und die Einzelgewerkschaften bundesweit von Ende Oktober bis Ende November ihre Forderungen an die Bundestagsparteien vorbringen. Das hat der DGB-Vorstand am 2.9. beschlossen. Zuvor will der DGB am 8. Oktober seine Wahlprüfsteine veröffentlichen. Fünf zentrale Veranstaltungen sollen folgen. Drei liegen schon fest: am 27./28. Oktober zu "Beschäftigungspolitik/Vollbeschäftigungsprogramm", am 5.11. zu "Soziale Sicherheit/Neue Armut", am 5.12. zu "Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse/Beschäftigungsförderungsgesetz". Diese Reihenfolge läßt befürchten, daß der DGB notwendige gewerkschaftliche Forderungen im Bundestagswahlkampf nicht erheben bzw. dem angeblichen Vorrang des "Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" unterordnen will. Daß die "Gewerkschaftswochen" Ende November beendet sind, wo im Januar gewählt wird, werden viele auch nicht wollen. –(rül)

Mobilisierung für "Ungeborenes Leben"

Vor dem 89. Katholikentag in Aachen, der am Sonntag, dem 14.9. endete, stand fest, daß die Leitung der Katholischen Kirche und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, angeführt von seinem Präsidenten, dem bayerischen Kultusminister Hans Maier, gegen alle Kräfte mobilisieren würden, die für die Abschaffung des § 218 kämpfen, der die Abtreibung grundsätzlich unter Strafe stellt. Nach dem Kirchentag steht weiter fest, daß die Amtskirche und ihre Laienorganisation entschlossen sind,

nicht nur Gewerkschaftsmitgliedern und Mitgliedern von Organisationen, die gegen ein Abtreibungsverbot sind, ihre reaktionäre Auffassung entgegenzusetzen, daß jedes Kind ausgetragen werden müsse ohne jede Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben der Mutter und die Möglichkeit des Kindes, nicht nur das Licht der Welt zu erblicken, sondern auch menschenwürdig leben zu können. Vielmehr greifen sie darüber hinaus zum Mittel der Diffamierung der Partei der Grünen. Maier, gestützt auf das Bundesverfassungsgericht, erklärte den Parteitagsbeschuß der Grünen, für die Streichung des § 218 einzutreten, für verfassungswidrig und kündig-



Protest der Initiative "Kirchentag von unten" gegen die Rede des ZdK-Präsidenten und bayerischen Kultusministers Maier.

te aus diesem Grund die weitere Debatte mit den Grünen auf. Er erklärte den Schutz des Lebens zum Prüfstein der Politik und schon das Streben nach Emanzipation für gefährlich: "Irrtümer, Hybris, Menschenopfer säumten oft die Wege, auf denen Menschen aufbrachen, sich dieses Reiches hier auf Erden zu bemächtigen." Maier verstärkte damit den Angriff Kardinal Höffners, der den Grünen die Wahlfähigkeit durch Katholiken abgesprochen hatte. Die Wahlunterstützung für die CDU/CSU gerade auch angesichts der Tatsache, daß die Beteiligung an diesem Kirchentag gegenüber früheren gesunken ist, bedeutet Unterdrückung innerhalb der Kirche gegenüber allen, die Interessen der Lohnabhängigen verfechten, und soll gläubige katholische Wähler nicht nur zur Treue gegenüber göttlichen Geboten, sondern auch gegenüber der Verfassung verpflichten. Schädlich ist, daß der hessische Umweltminister Fischer, Mitglied der Grünen, sich auf einer Veranstaltung der Initiative "Kirchentag von unten", an der 3000 Menschen teilnahmen, von dem Beschuß seiner Partei gegen den § 218 absetzte. Der Beschuß sei nicht sinnvoll, da er Gefühle verletzt habe und politisch nicht umsetzbar sei. –(anl)

Anzeige

Dokumente zur großen proletarischen Kulturrevolution

Im Sommer 1966 begannen in der VR China die Kulturrevolution. Die Demonstrationen und Kundgebungen von Millionen Rotgardisten im Sommer und Herbst in der Hauptstadt Peking trugen durch die Methoden des ZK der KPCh zur Unruheentzündung in ganz China und darüber hinaus. Die Existenz des Nationalen Komitees der KPCh als die "rechte Härte des letzten Jahres" oder gar als quasi faschistische Diktatur eingeschätzt werden, finden ihrem Wert nicht unter revolutionär gesinnten Menschen in der ganzen Welt Anerkennung. Es ist eine Tatsache, daß die Kulturrevolution die Entwicklung der sozialen Kräfte, die sich auch anderweitig – wenn auch in anderer Form – vollziehen, und daß deswegen die Diskussion und die Klärung der Entwicklungslinien und in der Kulturrevolution in China notwendig sind und was für die Blockpolitik des Proletariats nicht erst nach der erfolglosen Revolution.

| | |
|----------|---|
| Seite 4 | A. Vorgeschichte der Kulturrevolution |
| Seite 13 | B. Ziele der Kulturrevolution: Politische, kulturelle, wissenschaftliche Kritik |
| Seite 27 | C. Der Aufbau der Kulturrevolution |
| Seite 34 | D. Das Ende der Massenbewegung: die Anfang |
| Seite 39 | Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten |

Dokumente zur großen proletarischen Kulturrevolution

Inhalt:

- Vorgeschichte der Kulturrevolution: Kommunen, Erziehungsbewegung
- Ziele der Kulturrevolution und Positionen der verschiedenen Kräfte
- Zum Verlauf der Kulturrevolution
- Das Ende der Massenbewegung: die Revolutionskomitees
- Anhang: Zeitliste, Sozialstatistik, Literaturverzeichnis

Herausgeber: Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten

Erhältlich bei:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H.
Zülpicher Straße 7
5000 Köln 1
Telefon: 02 21 / 21 16 58



Etwa 3000 Türken und Kurden demonstrierten am 13.9.1986 in Duisburg aus Anlaß des 6. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei. Den Aufruf unterzeichneten elf Organisationen, darunter Avrupada Dev Genc, FIDEF und Komkar, mehrere andere beteiligten sich, u.a. DIDEF. DKP, Volksfront und Autonome waren mit kleineren Gruppen vertreten. – Am 6.9.1986 demonstrierten 4000 bis 5000 vorwiegend kurdische Teilnehmer in Köln anlässlich des Jahrestages und gegen die Bombardierung kurdischer Dörfer durch das türkische Regime. Aufgerufen hatte Feyka-Kurdistan. – (wof, jöd)

Gesamtmetall: Anwendung neuer Techniken als Schlüsselaufgabe. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Bürgerschaftswahl Hamburg: DKP kandidiert zwecks "Profilierung" und ruft auf, GAL zu wählen. 22

Asylrecht: Asylrechtsdebatte von der Bürgerschaft abgelehnt... 22

Asylrecht: Landesregierung bereitet Massenabschiebungen vor ... 23

Siemens: GRÜNE mit Popularklage gegen Sonntagsarbeit 23

Kommunalwahlen '86: CDU: Familie (SPD: Arbeit) statt Sozialleistungen 24

"Nordischer Ring": Rassistentreffen nicht verhindert, aber gestört 25

750 Jahre Berlin: Revanchismus wird groß geschrieben 25

Ausländer in Dortmund: Brandanschlag auf türkischen Laden: Polizei und Presse machen Opfer zu Tätern 26
RAG: Erneut Rückkehraktion für ausländische Arbeiter 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Antikriegstag: Die Kritik des DGB ist ziemlich lau 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kunstsammler Ludwig: "Sammeln ist ein Urtrieb – wie Jagen".... 30

Dokumentation: Finanzausschuß gegen Versorgung von NS-Opfern 31

Spezialberichte

Aus der Diskussion der Organisation: Ergebnisse der Sitzung des Zentralen Komitees des BWK vom 13./14. September 1986 34
Bundestagswahlen 1987: Bericht an das Zentrale Komitee 34
Entwurf für ein Statut des Bundes Westdeutscher Kommunisten 36

Titelbild: Foto, mas, HH

Staatspolizei / Polizeistaat

Was leistet die Antiimperialistische Front im antifaschistischen Kampf?

Die Rechtfertigungsmaschine für bürgerliche Politik läuft wie geschmiert. Man trennt den Zusammenhang von imperialistischer Politik und antiimperialistischer Gegenwehr, man verschiebt pragmatisch Werte wie Waren. Das Asylrecht, unter Bezug auf die von der UNO proklamierten Freiheitsrechte eingeführt, wird so gut wie abgeschafft, indem der damals proklamierte Anspruch des Menschen auf Freiheit von Not und Furcht als glatte Zumutung erfolgreich diffamiert wird. Nach der jetzt gültigen Wirtschaftstheorie bildet eben ein gewisser Prozentsatz von in Not und Furcht befindlichen Menschen den Disziplinhebel für das Funktionieren von Weltordnung, Weltmärkten und Binnenwirtschaft. Wer sich dem Markt widersetzt, hat sein Daseinsrecht verwirkt. Chile und der Kongo wollten den Kupferpreis halten und zum Aufbau ihrer Wirtschaft nutzen. Blut floß, der Kupferpreis fiel und fiel, die Fam. Pinochet ist reich, wenngleich nicht so wie die Fam. Siemens, die chilenischen Volksmassen sind elend und terrorisiert. Kriegerische Aktionen gegen das Unabhängigkeitsstreben mögen auch entscheidend bewirkt haben, daß in so vielen ehemaligen Kolonialländern man nach einem Interessenausgleich mit dem imperialistischen Weltmarkt suchte. Die Verflechtung mit dem Weltmarkt, der Entwurf von Aufbauplänen, die aus Rohstoffverkäufen und Spezialproduktionen die nötigen Mittel ziehen wollten, hat die Konkurrenz unter den Anbieterländern enorm ver-

schräft. Nur in einer solchen Situation sind Auseinandersetzungen wie der Krieg zwischen Iran und Irak möglich.

Die imperialistische Wirtschaftspolitik erzeugt zunächst Abhängigkeit, dann Hunger und bringt endlich solche Länder in die Lage von Konkurrenten um jeden Preis und auf Leben und Tod.

Derselbe Mechanismus, der eine so enge Anbindung von Dritt Weltländern an den Weltmarkt ermöglicht und ihre ganze volkswirtschaftliche Kraft irgendwelchen Kapitalinteressen unterwirft, schafft vielfältige enge Verbindungen zwischen diesen Ländern und den imperialistischen Metropolen. Unrecht, das so großen Menschenmassen angetan wird, kann nicht mehr verborgen bleiben, sondern wird als sog. Flüchtlingsproblem sichtbar. Die Politik der BRD zielt darauf, das durch imperialistische Politik geschaffene Elend in Konkurrenz der Opfer umzumünzen. Not und Furcht müssen hausgemacht erscheinen, dürfen als Fluchtgrund nicht mehr anerkannt sein. Nur so kann man hier die Hände in Unschuld waschen. Es wäre naiv, wollte man glauben, die BRD könnte sich auf Dauer in der Position des mildtätigen Reichen sonnen, der leider an die Grenze auch seiner Leistungsmöglichkeit gekommen ist. Je deutlicher wird, daß und in welchem Ausmaß die BRD an der gewalttätigen Sicherung solcher Verhältnisse teilnimmt, um so unvermeidlicher werden die Proteste handgreifliche Form annehmen. Die Bourgeoisie politik behandelt Flüchtlinge deswegen heute nicht nur als abzuschreckend, sondern be-

reits als Risikofaktor. Mit Grauen stellt man sich in Kenntnis der deutschen Reichsgeschichte die verwaltungstechnisch perfekte Entwicklung des jetzt schon begonnenen Aufbewahrungssystems für Risikopersonen vor. Die harte Gangart im politischen Umgang mit Menschen steht in direktem Zusammenhang mit der allgemeinen Politik der Bundesregierung, die den Einstieg in imperialistische Militäraktionen sucht und wie im Falle Libyen auch findet. Bezeichnend ist auch die Haltung, die die BRD gegenüber allen Bestrebungen einnimmt, die das Rassistenregime in Südafrika politisch zu isolieren trachten.

Die immer klarer erkennbare Bereitschaft der Regierung, die BRD in internationale Militäraktionen zu führen, ist der Hintergrund der steigenden Zahl von Aktionen und Attentaten. Weil dieser Zusammenhang in der Öffentlichkeit zertrennt wird, kann die bürgerliche Öffentlichkeit jeden, der kritisch Politik macht oder auch nur daran denkt, fragen, ob so etwas zu erklären oder zu rechtfertigen sei? Und falls ja, ab nach Stammheim, Schlüssel liegt beim Rechtsstaat.

Sicher ist, daß solche Aktionen nicht stattfinden, würde nicht die Bourgeoisie ihre politischen Ziele und allgemeinen Wertvorstellungen mit der allgemein sichtbaren Brutalität durchziehen. Ob man denn das menschliche Leben so leicht nehmen dürfe, wie das bei solchen Aktionen geschah, fragt scheinheilig der Pfaffe, und wenn ja, siehe oben. Wie aber bekannt ist, bestimmen gegenwärtig

Rau belobigt Pershing-Bataillon

In der letzten Woche hat Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat der SPD, das Bundeswehr-Flugkörpergeschwader II in Geilenkirchen mit dem Fahnenband zur Truppenfahne ausgezeichnet. Diese jährlich vergebene zivile Auszeichnung ging an das Geschwader auf Vorschlag der Bundeswehrführung wegen "besonders guter Verbindungen zur Bevölkerung". Das ausgezeichnete Geschwader ist ein Pershing-Geschwader. Pershing 1a sind dort stationiert, gerichtet nach Nordosten im Rahmen der Vorneverteidigung. Außerdem sind hier die Awacs-Flugzeuge zu finden, besonders tief fliegende Flugzeuge, die den Nuklearsprengköpfen als Leitstationen dienen. Daß Rau gerade diese Einheit wegen guter Verbindungen zur Bevölkerung auszeichnet, ist ein

Hohn und zeigt, mit wem Rau die Versöhnung will und mit wem nicht. Seit Jahren, zuletzt während der 600 Jahrfeier der Stadt Geilenkirchen, finden dort Demonstrationen der Friedensbewegung zusammen mit der örtlichen Bevölkerung gegen die stationierten Pershings und Awacs statt.
— (rub)

Adam-Schwaetzer (FDP): Frauen an die Waffen!

Ein Frauenkongress der FDP hatte Anfang September noch einmal den Grundsatzbeschuß der Partei bekräftigt, Frauen müßten freiwillig in die Bundeswehr gehen können. Schatzmeisterin Adam-Schwaetzer hat daraufhin in einem Interview nachgelegt und alle, die noch schamhaft von Einsätzen ohne Waffen für Frauen sprechen, über die liberale Position aufgeklärt: "Der Dienst kann nur sinnvoll sein, wenn die gleichen Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten gegeben

sind." Das schließt den Waffendienst ein. Selbst die Wehrpflicht für Frauen möchte Adam-Schwaetzer nicht ausschließen: "Es wird sicher noch verfassungsrechtlich geklärt werden müssen, ob dies die notwendige Konsequenz wäre." Die kriegslüsternen Amazonen aus der CSU und, wie sich zeigt, die liberalen Damen aus der FDP erledigen für Wörner das Geschäft der öffentlichen Stimmungsmache für weiblichen Kriegseinsatz. (FR, 9.9.86 – jok)

EG-Haushalt 87: Irland und Portugal sind dagegen

Der EG-Haushalt für 1987, am 9.9. von den Finanzministern mehrheitlich beschlossen, hat ein Volumen von knapp 75 Mrd. DM. BRD-Finanzminister Stoltenberg setzte, unterstützt vom niederländischen, britischen und französischen Finanzminister, spürbare Verringerungen insbesondere der Ausgabentitel durch, aus denen die



"Die Zeiten sind vorbei, in denen ein Innenminister seinen Blick lediglich auf die Sicherheitsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland richten konnte. Ob Terrorismusbekämpfung oder Rauschgiftfahndung, immer stärker wird die Auseinandersetzung auf internationaler Ebene ausgetragen", schreibt das Bundesinnenministerium in seiner Zeitschrift "Innenpolitik" vom Mai 1986. Bild: Ex-GSG-9-Chef Wegener, der "Held von Mogadischu", bei der 100-Jahr-Feier der Daimler-Benz AG.

nicht die Revolutionäre die Wertevorstellungen der Gesellschaft, sondern die Reaktion. Wer das menschliche Leben so billig macht, wer offen höhnisch mit dem Hunger als Triebfeder für Wohlverhalten und Leistungsbereitschaft kalkuliert, setzt Normen, die bis auf den Widerstand ausstrahlen. Unsere Normen sind das nicht.

In bürgerlichen Kreisen hingegen nimmt man die Anschläge und Attentate der letzten Zeit gelassen. Man ist nicht dumm, weiß, was man tagaus, tagein so anrichtet, sieht die Folgen kommen und bereitet sich vor, wissenschaftlich, logistisch, rechtlich, praktisch. Schon im Juli beschwert sich Bundesanwalt Rebmann beim Fachpublikum über einige gesetzliche Ungereimtheiten, die sein Amt bei der Verfolgung der sog. Guerilla diffusa, d.h. der schwer faßbaren Kleingruppen, behinderten. Es fehle bei diesen an der Voraussetzung der dauerhaften

Vereinigung. Eine Lösung zeichnet sich schon ab. Irgendwo müssen sich diese Kleingruppen ja finden. Wo, wenn nicht im politischen Kampf? Was, wenn nicht die Beobachtung und Behandlung des gesamten politischen Widerstandes nach den Grundsätzen der Terroristenjagd, könnte helfen?

Die Bourgeoisie hat eine gewisse Abneigung gegen zentrale politische Polizeien. Die Ablösung der Regierung durch die Opposition wird u.U. schwierig, Meinungswechsel, wie sie eine kluge Geschäftspolitik ja so oft verlangt, können gefährlich werden usw. Diesem ideologischen Hindernis, es ist besonders nach den Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus nicht ganz gering, rückt man jetzt zu Leibe. Die unbestimmte Furcht, die bei Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik im Effekt solcher Aktionen entsteht, wird dazu benutzt, den Wunsch nach

einer einheitlichen paramilitärischen Behörde, die im ganzen Bundesgebiet Jagd frei! hat, zu kitzeln.

Auf dem Hintergrund eher still verfolgter Pläne sind die Worte des Bundesinnenministers Zimmermann zu verstehen, der fein sauber absteckt, wer alles Objekt der Mühe sein soll:

"Zwei Punkte machen mich besonders besorgt. Da ist einmal die Tatsache, daß die Terroristen ihre Ziele offenbar unbeirrt weiterverfolgen, ungeachtet ihrer faktischen ideologischen Isolierung in der Bevölkerung; denn der Ansatz, den einmal Meinhof und Mahler hatten, ging davon aus, daß das sogenannte Industrieproletariat in der Bundesrepublik die entscheidende Unterstützung für die Ziele der RAF darstellen werde, begleitet durch die Intelligenz der Jugend, gesellschaftliche Randschichten und andere. Aber schon die erste Generation der Terroristen hat erkennen müssen, daß dieser ideologische Ansatz gescheitert war.

Aber es fanden sich immer neue Täter, und das ist der andere, besorgniserregende Grund. Es ist den Terroristen immer wieder gelungen, ihre Kader aufzufüllen und Personen aus dem Umfeld dazuzugewinnen. Diese gehen dann in den Untergrund, schließen sich – als letztes Glied der Kette – terroristischen Zirkeln an.

In dieser Kette wird deutlich, was viele Fachleute schon seit Jahren beobachten – in diesen Tagen hat auch der frühere Präsident des Bundeskriminalamtes in einem Magazin diese Kette aus seiner Sicht bestätigt –, daß nämlich niemand von heute auf morgen Terrorist wird. Solche Karrieren beginnen weiter unten bei gewalttätigen Demonstrationen, bei Hausbesetzungen, bei Hilfsmaßnahmen, bei Unterstützungen und schließlich bei den Terroristen selbst, und dann ist das

ärmeren Mittelmeerländer und Irland Geld erhalten. Der Druck auf diese Länder steigt damit weiter, die großen EG-Mächte bauen ihre Vorherrschaft aus. Irland und Portugal lehnten deshalb den Haushalt ab. – (rül)

"Volksbegehren gegen Atomenergie" eingereicht

Die von den Grünen initiierte nordrhein-westfälische "Aktion Volksbegehren gegen Atomanlagen" hat ihren Antrag auf ein Volksbegehren für die Verstaatlichung und anschließende Stilllegung aller Atomanlagen in NRW bei der Landesregierung eingereicht. 100000 Unterschriften hat die u.a. von den Jusos und örtlich auch von der DKP unterstützte "Aktion" übergeben. Innerhalb von sechs Wochen muß die Landesregierung über die Zulässigkeit des Antrages entscheiden. Bei einem positiven Entscheid beginnt das eigentliche Volks-

begehrten: Der Gesetzentwurf muß in Ämtern ausgelegt werden und von 20% der Wahlberechtigten in NRW, rund 2,5 Mio. Menschen, unterschrieben werden. Im Gesetzentwurf tritt die "Aktion" für "Energieeinsparung" und die Nutzung "erneuerbarer Energiequellen" und "fossiler Energieträger" ein, die Kritik an der Reaktion ist äußerst begrenzt. Die Tatsache, daß die Stromproduktion auf die imperialistischen Interessen der großen Monopole zugeschnitten ist und die Lohnabhängigen hierfür u.a. mit hohen Strompreisen zahlen müssen, spielt keine Rolle. – (wof)

Für "Qualifizierungsurlaub" Lohnsenkung angeboten

Wenige Tage vor seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD-Landesliste Niedersachsen zu den Bundestagswahlen Anfang 1987 hat der IG Chemie-Vorsitzende Rappe gegenüber der BILD-Zeitung (11.9.86) ein Modell "Im

Urlaub zum Facharbeiter" ins Gespräch gebracht. Arbeiter sollen fünf Jahre lang jährlich drei Monate (bezahlten) Urlaub nehmen, um sich zum Facharbeiter weiterzubilden. Große Firmen (sofern zahlungsfähig) sollen dies selbst bezahlen, für kleinere Betriebe sollen die Arbeitgeberverbände einen "Sonderfonds Facharbeiter" einrichten. Rappe: "Die Gewerkschaften berücksichtigen ein solches Fonds-Modell bei den Tarifverhandlungen. Bedingungen: 1. Arbeitsplatz-Garantie, 2. keine Renteneinbußen." Rappe, der die Befriedigung des (Fach-)Arbeitskräftebedarfs der Kapitalisten auf Kosten allgemeiner Lohnsenkung über Anrechnung bei den Tarifverhandlungen ins Gespräch bringt, wird sich nicht nur Lob vom BILD-Kommentator einholen. Wer Rappe kennt, muß solches "Große-Koalitions-Angebot" zur Unterdrückung insbesondere der Bezieher niedriger Einkommen sehr ernst nehmen. – (mio)



Gegen die Kriegsvorbereitungen, aufgewühlte Fremdenfeindlichkeit und zunehmende staatliche Brutalität sind gezielte Kritik und Aufklärung das Gebot der Stunde. Links: Öffentliches Rekrutengeblöbnis in München, 1980. Rechts: Demonstration gegen die reaktionäre Ausländerpolitik.

Abtauchen in den Untergrund nur noch der letzte Schritt."

Das zeigt erstens an, daß das Innenministerium die für die sog. Terroristenverfolgung geschaffenen Sondergesetze und Kompetenzen auf die allgemeine oppositionelle Bewegung auszudehnen plant; zweitens aber ist die ideologische Seite, die Wendung an die eigene Klasse wichtig. Zimmermann nennt das im weiteren Text fettgedruckt "Schutzmaßnahmen für Personen und Objekte". Mit der Betonung des Personen- und Objektschutzes legt Zimmermann klar, daß eine Befriedigung reaktionärer politischer Interessen eben solche Widerstände auslösen wird, die nach seiner fachmännischen Einschätzung nicht beigelegt werden können, gegen die man halt Sicherheit anschaffen muß. Wer in der bürgerlichen Gesellschaft reich ist, weiß wie das dazu kam und kauft Sicherheit ein. Wer sich einer Politik hingibt, die einen gewissen

Prozentsatz an Elenden als unabdingbar für den Reichtum der Nation ansieht, weiß, daß er Verzweiflung in gesellschaftlichem Maßstab schafft, die politischen Ausdruck finden muß. Er kauft Sicherheit ein. In den unmittelbar in Militäraktionen tätigen Ländern ist die private Sicherheit lang schon zu einer Industrie geworden. In der BRD entsteht diese Industrie von vornherein in enger Verzahnung mit den staatlichen Stellen. In das Anti-Konzept der Bourgeoisie gehört die unmittelbare Bewaffnung der Bourgeoisie, die Einrichtung von Privatmilitär mit gefestigten Verbindungen zu Geheimdiensten, Polizei, Armee. Bald werden Verbindungen zu faschistischen Banden bekannt werden.

Sodann gehört dazu die Ausweitung zentraler Fahndungskompetenzen und Ausdehnung dieser auf immer diffuse politische Zusammenhänge, so daß im Bedarfsfalle die gesamte Opposition unter Anti-Terror-Gesetze ge-

stellt werden kann.

Begünstigen die genannten Aktionen diese Politik, oder lösen sie sie sogar aus, sind sie kurz gesagt daran schuld? – Diese Aktionen sind nicht geeignet, die Politik der Reaktion zu bekämpfen. Sie verlassen das Feld des Kampfes um die öffentliche Meinung in entscheidenden politischen Fragen. Sie können von der Bourgeoisie mit Spezialeinheiten technisch bekämpft werden. Sie führen nicht zu einer Sammlung des Widerstandes, sondern schreiben Zersplitterung auf ihre Fahnen. Dem ideologischen Kampf, in dem man den gezielten Kriegsvorbereitungen, der aufgewühlten Fremdenfeindlichkeit, der brutalisierten Stille der Vernichtung in Isolationshaft öffentlich entgegentreten muß, weichen sie aus. Sie verpuffen in ungezielten Explosionen verzweifelten Protestes, wo gezielte Kritik und Aufklärung, wo Arbeit in der Öffentlichkeit erforderlich ist. – (maf)

Juristentag für Tötung von Patienten "auf Verlangen"

Unter Krebskranken liegt die Selbstmordrate nicht über dem Durchschnitt. Das von dem Juristentag, unterstützt von Leuten wie Prof. Hackethal erfundene Patienteninteresse am Sterben ist nicht auszumachen. Das Interesse der Kapitalisten hingegen ist bekannt, daß sie die Ausgaben für die Alten und für die Kranken, die nicht mehr arbeitsfähig zu machen sind, drastisch senken wollen. Die Schwerkranken brauchen Unterstützung, um trotz schwerer Krankheit leben zu können. An die Stelle dieses Rechts auf Leben wollen die 70 Juristen der Strafrechtsabteilung des Juristentages das "Recht auf den Tod" setzen. Die sog. "Tötung auf Verlangen" soll straffrei werden (wie der Selbstmord), "wenn die Tötung zur Beendigung eines unerträglichen Leidenszustandes vorgenommen wird."

Medizinische Behandlung, die das Leben des an einer unheilbaren Krankheit Leidenden verlängert, sei "Verfälschung des Sterbens", das Gegen teil soll erlaubt und geboten sein. Schmerzlinderung mit Medikamenten, die zur Verkürzung des Lebens beitragen können, solle ebenfalls erlaubt und geboten sein. (Quelle: Materialien des Juristentages – sul)

Schicht- und Sonntagszuschlag nicht mehr steuerfrei?

Stoltenberg verspricht neue Steuersenkung ("wählerwirksam"), aber einige Experten rechnen bereits, wer die Taschen der Spendierhosen füllen soll. Die Südd. Ztg. berichtet, das "von der Wirtschaft getragene" Institut "Finanzen und Steuern" habe erste Vergünstigungen genannt, die die Regierung zu kürzen oder ganz zu streichen hätte. Bei einer allgemeinen Senkung der Steuertarife wäre der Weihnachts- und der Arbeitnehmerfreibe-

trag zu überprüfen. Die Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit müßte ganz entfallen. Der Vorschlag ist nicht bloß finanziell gemeint: Die Kapitalisten wünschen, daß in der BRD Schichterei und Sonntagsarbeit als was für Arbeiter ganz Normales gelten. Da stört eine Steuerprämie – so sehr sie einst als Anreiz erwünscht war –, erkennt man mit ihr doch an, daß Arbeit unter solchen Umständen eine außergewöhnliche Belastung ist. – (alk)

Agentenpoker zu welchem Zweck?

Ob der in den USA kürzlich festgenommene angebliche sowjetische Spion Sacharow wirklich einer ist, ist nicht gewiß. Sicher ist nur, daß der Vorfall, der zu seiner Verhaftung führte, durch einen US-Agenten herbeigeführt wurde, der seit Jahren auf Sacharow angesetzt war. Daß der im Gegenzug in Moskau festgenommene

Energiepolitik

Arbeitsprogramm "Folgen aus Reaktorunfall Tschernobyl"

Das Bundeskabinett hat am 3.9. ein "Arbeitsprogramm" zu den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beschlossen. Die Absicht besteht darin, die "Öffentlichkeitsarbeit" und zentralen Eingriffsvollmachten bei großen Nuklearunfällen in ihrem Sinne zu verbessern; zum anderen versucht die Bundesregierung, in der Frage der Absicherung ihres unveränderten Atomkurses wieder in die Offensive zu gelangen. Kernpunkte des "Arbeitsprogrammes" sind:

1. Eine sog. "Sicherheitsüberprüfung" aller in Bau und Betrieb befindlichen AKW in der BRD soll vorgenommen und ein Foschrungsprogramm "Reaktorsicherheit" mit dem Schwerpunkt "Beherrschung von Unfällen mit schweren Kernschäden" aufgelegt werden. Dahinter verbirgt sich eine Änderung der "Sicherheitsphilosophie": Der Super-GAU, der früher nach Maßstäben der "praktischen Vernunft" (Bundesverfassungsgericht) als ausgeschlossen galt, wird jetzt ausdrücklich für möglich gehalten. Er soll jedoch für durch technische Maßnahmen "beherrschbar" erklärt werden. Die "Sicherheitsüberprüfung" erfolgt daher auch nicht mit dem Ziel, besonders katastrophenträchtige AKW abzuschalten, sondern sie sicherheitstechnisch eventuell nachzurüsten, um sie weiter betreiben zu können. Ein internationales "Operational Safety Review Team" der betreiberhörigen Internationalen Atomenergiebehörde in Wien wird in die KKW Biblis A, Phillipsburg 2 und Krümmel entsandt. In Biblis A hat dieses "Team" die Aufgabe, ein mögli-

ches kritisches Votum der von der "rot-grünen" Koalition in Hessen eingesetzten Überprüfungskommission (u.a. auch mit AKW-Kritikern besetzt) sofort wieder unter Hinweis auf das international "höhere Renommee" des Wiener "Teams" einkassieren zu können.

2. Von der Bundesregierung wird weiterhin "eine Bilanz ihrer insgesamt erfolgreichen Energiepolitik" durch Vorlage eines Energieberichts angekündigt. Hierum hat es in letzter Zeit Verwirrung in Regierungsreihen gegeben: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hatte (wie auch zwei ökologisch orientierte Institute) ein Gutachten vorgelegt, das wider Erwarten (und wider stillschweigenden Auftrag) auch einen sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft für technisch und wirtschaftlich möglich gehalten hat. Dieser "Betriebsunfall" mit dem RWI-Gutachten wie auch die Ergebnisse anderer Gutachten sollen nun durch den Energiebericht wieder verkleistert werden. Hierbei spielt eine besondere Rolle, daß gleichzeitig vom Forschungsminister ein "neues Energieforschungsprogramm" vorgelegt werden wird, durch das "insbesondere die Photovoltaik, Windenergie und einige andere Technologien, die noch ein Entwicklungs-potential versprechen, mit Nachdruck verfolgt (werden), ohne allerdings kurzfristige Erfolge erwarten zu können." (Das Ganze paßt also ganz zu der offiziellen Sprachregelung der regenerativen Energiequellen als "additive" (nämlich zusätzliche zur Kernkraft). Hinzu kommt, daß die vier größten Stromkonzerne der BRD (RWE, Bayernwerk, Badenwerk, PREAG) sich schon längst den zu erwartenden Geldregen und den entsprechenden Markt unter sich aufgeteilt haben.

3. Politisch wesentlicher Teil des "Arbeitsprogramms" ist schließlich, daß Tschernobyl zum Vorwand genommen wird, die "Katastrophenversorgung insgesamt – auch gegenüber anderen Gefahrenquellen (z.B. Chemiekatastrophen, Unfälle beim Transport gefährlicher Güter, Seuchen...)" in einem zentralisierten "Gesamtsystem des Katastrophenschutzes" neu zu organisieren. Daß die Kriegsmedizin hier über die Hintertür hereinkommen soll, darf als sicher vermutet werden. Wofür die Zentralisierung der Kompetenzen bei Nuklearkatastrophen nötig ist, geht daraus hervor, "daß zukünftig unterschiedliche Empfehlungen, die die Bevölkerung verunsichern könnten, vermieden werden". Denn nicht die Strahlenbelastung z.B. der Milch hat die Bevölkerung nach Tschernobyl verunsichert, sondern daß Hessen einen Grenzwert von 20 Bq/l gegenüber 500 Bq/l der Reaktorsicherheitskommission gesetzt hatte. Bei einem einheitlichen Grenzwert von 500 Bq/l wäre Ruhe im Land?

Nur ein reaktionäres Bürokratenhirn kann so infam denken. – (wim)

Blockfreienbewegung

Einige Fortschritte im antiimperialistischen Kampf

Ende August/Anfang September fand in der Hauptstadt Simbabwes, Harare, die achte Konferenz der Blockfreienbewegung statt. Die Blockfreienbewegung wurde vor 25 Jahren gegründet und umfaßt heute 99 Staaten und zwei Befreiungsorganisationen. Den Vorsitz der alle drei Jahre stattfindenden Konferenz nimmt z.Zt. der Ministerpräsident Simbabwes, Mugabe, ein. Über 50 Regierungschefs

US-Journalist Daniloff im Solde der US-Regierung spioniert hat, wird von dieser heftig bestritten. Doch selbst die bürgerliche Presse gesteht zu, daß Daniloff auffällig viel Kontakte in der SU unterhalten und bei seinen verschiedenen Recherchen die Landesgesetze übertreten hat. Warum aber haben die USA entgegen den Gepflogenheiten den Fall so hochgespielt und durch die Drohung mit Sanktionen verschiedenster Art die Verschärfung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kurz vor dem anvisierten Gipfelgespräch zwischen Reagan und Gorbatschow betrieben? Suchen sie vielleicht einen Vorwand, die beiden Verträge mit der Sowjetunion über Rüstungsbeschränkung (ABM und Salt II) platzen zu lassen? Im Herbst nämlich sollen neue, hochmoderne Waffen in Dienst genommen werden; vertragsgemäß müßte die US-Regierung dann ältere Waffentypen verschrotten lassen. – (scc)



Einen "frauenpolitischen Aktionsmonat" hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung begonnen. Weg mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz, keine Frauen in die Bundeswehr, Kritik an Teilzeitarbeit, Kapovaz und Job-Sharing, mehr öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen, gegen Niedriglöhne – zur Unterstützung dieser Forderungen sollen Unterschriften gesammelt und Aktionen durchgeführt werden. Anfang Oktober werden die Ergebnisse auf dem Gewerkschaftstag der GTB beraten. Bild: Stand der GTB. – (rü)

und Delegationen aus über 100 Ländern sowie Beobachter aus Nichtmitgliedsländern waren anwesend.

Schwerpunkte waren u.a.: die imperialistischen Aggressionen gegen Libyen, die Befreiung des südlichen Afrikas, der iranisch-irakische Krieg, die Verschuldung der Dritten Welt. Zu diesen Themenbereichen erarbeiteten Arbeitsgruppen entsprechende Anträge, die in der Konferenz verabschiedet wurden.

Die Blockfreienbewegung stellte sich in einer Resolution gegen die imperialistischen Aggressionen gegen Libyen auf die Seite ihres Mitgliedslandes. Oberst Ghaddafi forderte die Konferenzteilnehmer in seiner Eingangsrede eindringlich auf, sich gegen den Imperialismus zusammenzuschließen. Die Blockfreienbewegung verurteilte die US-Aggressionen als "Staatsterrorismus" und erklärte ihre volle Unterstützung für Libyen. Die USA wurden aufgefordert, unverzüglich ihre Flottenmanöver in der Großen Syrte vor der libyschen Küste zu beenden. Gleichzeitig schloß sie sich dem Antrag der libyschen Delegation an und fordert die "sofortige Entschädigung für menschliche und materielle Verluste" Libyens durch die USA. Neben den USA wurde Großbritannien wegen seiner "Hilfe und Zusammenarbeit" bei der Aggression angegriffen.

Im Zentrum der Blockfreienkonferenz stand die Debatte über das südliche Afrika. Sie verabschiedete eine "Erklärung für die sofortige Unabhängigkeit Namibias". Südafrika und die USA wurden insbesondere wegen ihrer Politik gegenüber Namibia verurteilt, die USA, Großbritannien und die BRD wegen ihrer Unterstützung für das Rassistenregime in Südafrika. Die blockfreien Staaten beschlossen weitgehende wirtschaftliche, politische und kulturelle Sanktionen gegen Südafrika, z.B. keine Einfuhr von Krüger-rands, von agrarischen, mineralischen Produkten sowie kein Technologie-transfer nach und keine Erdöllieferungen an Südafrika. Insbesondere sollen die Frontstaaten von der Blockfreienbewegung finanziell und wirtschaftlich unterstützt werden.

Gegenüber dem iranisch-irakischen Krieg erzielte die Blockfreienkonferenz keinerlei Fortschritte hinsichtlich einer Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung. Sie forderte die kriegsführenden Parteien nochmals auf – auch im Interesse der Blockfreienbewegung –, den Krieg zu beenden. Zur Verschuldung der Dritten Welt beschloß die Konferenz die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe, die gemeinsame Maßnahmen zur Reduzierung der Zins- und Tilgungszahlungen ausarbeiten soll. Quellenhinweis: Afrique Asie Nr. 382; Weekly Mail, 5.9.86; West Afrika, 8.9.86; The Herald, 1.-5.9.86; NZZ, 7./8., 9.8.86 – (sie)

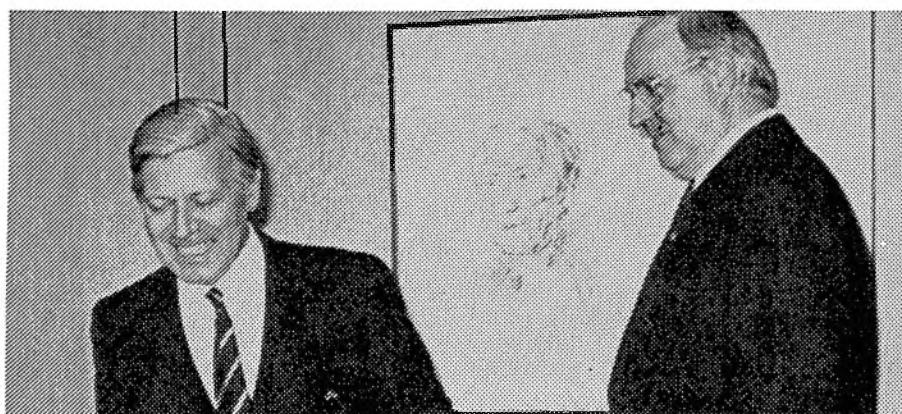
Haushalt '87 im Bundestag

Regierung sozialdemagogisch-großdeutsch SPD für die Wirtschaft zu allem bereit

Die erste Debatte über den Regierungsentwurf für den Haushalt 1987 hat einen Vorgesmack verschafft, wie Regierungsparteien und Opposition den Wahlkampf zum nächsten Bundestag führen wollen. Union und FDP wollen mit sozialer Demagogie und Nationalismus bei den Wahlen ihre 1983 errungene Mehrheit noch weiter ausbauen. Die SPD machte deutlich, daß sie auf die auch von der öffentlichen Meinung geteilte Siegeszuversicht des Regierungslagers und auf den Druck der Kapitalisten mit einem umso energischeren Anknüpfen an der arbeiterfeindlichen und sozialimperialistischen Politik unter Helmut Schmidt reagieren will. Helmut Schmidt erntete stehende Ovationen seiner Fraktion, während Johannes Rau, der noch vor Jahresfrist getötet hatte, er werde "alle unsozialen Kürzungen rückgängig machen", gleich gar nicht auftrat und so auch äußerlich unterstrich, welche SPD-Politik er fortsetzen will.

unteren Lohngruppen ihren Eintritt ins Rentenalter nicht lange überleben werden, wenn sie überhaupt dieses Alter erreichen, und daß sie dann auf keinen Fall eine Rente bekommen, die ausreicht für ihren Lebensunterhalt. Die jugendlichen Arbeitslosen wurden, bevor man ihnen Kindergeld bewilligte, zuerst einmal ihres Arbeitslosengeldanspruches beraubt und so wieder zu Kostgängern ihrer Eltern. Und bevor einer die Erhöhung der Sozialhilfe als "Wohltat" erlebt, muß er erst einmal in eine Lage gedrückt werden, wo ihm nichts anderes mehr bleibt als Sozialhilfe!

Die Demagogie, die das Regierungslager entfaltet, verspricht nur scheinbar den Armen Schonung. In Wirklichkeit spekuliert sie auf die Zugkraft der Konjunktur, will sie alle vorgeblich "Tüchtigen" und von der Hoffnung auf Laufbahn und Vermögen Bewegten um die Kapitalisten scharen und die am schwersten arbeitenden und am



Das Kapitalistenorgan "Handelsblatt" verabschiedete Helmut Schmidt (Bild: bei der Amtsübergabe an Kohl 1982) am 12.9. mit überschwenglichem Dank: "Ein Pragmatiker mit hoher Moral", er habe "sich um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht".

"Der Beitrag der Finanzpolitik der letzten Jahre für die wirtschaftliche Trendwende, für die Festigung zuvor erschütterter Sozialsysteme, für das erreichte Höchstmaß an Preisstabilität und die seit 1984 wieder zunehmende Beschäftigung war positiv." So rechtfertigte Finanzminister Stoltenberg seine Haushaltspolitik. Diese verwandelt sich in der Demagogie der Regierungsredner in lauter soziale Wohltaten. Da haben die Rentenkürzungen die Renten angeblich "sicher" gemacht. Da ist die steigende Sozialhilfe eine "Wohltat" der Regierung. Da bessert das Kindergeld für jugendliche Arbeitslose deren Los. In Wirklichkeit ist bei den Renten nur sicher, daß die jetzt in Beschäftigung befindlichen Lohnabhängigen in den

wenigsten verdienenden Lohnabhängigen weiter isolieren.

Alfred Dregger ergänzte dies mit revanchistischen Drohungen: "Niemand in Ost und West soll sich einbilden, Aachen und Magdeburg, die Deutschen diesseits und jenseits der Teilungsgrenze auf Dauer snalzen zu können."

Der Haushalt 1987 und die mittelfristige Finanzplanung bis 1990 unterstreichen diesen Regierungskurs. Der Verteidigungsetat soll bis 1990 auf 58,5 Mrd. DM steigen. Das bedeutet gegenüber 1980 einen Anstieg um 45%. Mindestens zehn Milliarden DM jährliche Rüstungsausgaben, die unter anderen Titeln verborgen sind, sind darin noch nicht eingerechnet. Die Sozialausgaben sollen dagegen 1990 nur

Helmut Schmidt, 11.9., Schlußrede im Bundestag

Die SPD-Fraktion hat Helmut Schmidt nach seiner letzten Rede im Bundestag gefeiert. Auch die bürgerliche Presse widmet dem Ex-Kanzler wohlmeinende Kommentare. Wie der Mann Haushaltsstrukturgesetze, Rentenkürzungen und andere Angriffe seiner Regierung auf die Lohnabhängigen den "Ölscheichs" in die Schuhe schiebt, als Raketenkanzler zu mehr Abrüstung aufruft und Mogadischu als Sternstunde des Rechtsstaates feiert, das macht ihm so schnell keiner nach. Bestimmend für Schmidts Rede war der Appell an SPD und Regierung, die Gemeinsamkeiten stärker zu betonen. Das stärkt die Position Kohls, dem die SPD enge Zusammenarbeit zur Förderung des BRD-Imperialismus anbietet, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf Interessen der Lohnabhängigen zu verlangen.

Weniger Lohn und Rente: Die OPEC war schuld!

"Wie sah denn eigentlich die von ihnen genüßlich so genannte Erblast wirklich aus? In der zweiten Ölpreisexplosion von 1979/80 zahlten wir in der Spalte bis zu 35 Dollar pro Faß ... und infolgedessen fehlte das Geld für viele andere Ausgaben der Konsumenten, der Unternehmen und des Staates ... Tatsache ist und bleibt: Ganz Europa, ganz Nordamerika, ja ... alle Nicht-Öl-Staaten der Welt waren durch die OPEC in eine tiefe Krise gestürzt worden."

Abrüstungsappelle an USA und UdSSR ...

"In der Zeit des fast nicht mehr gebremsten Wachstums der nuklearen

Massenvernichtungsmittel muß die Rüstungskontrollpolitik in die höchste Priorität fallen ... Wie aber sieht die Bilanz der Rüstungskontrollpolitik aus? Seit 1973 hat es keinen Abrüstungsvertrag zwischen den beiden Supermächten mehr gegeben ... Warum ... wagen sie es dann nicht, das SDI-Thema und das Rüstungsbegrenzungsthema ganz oben auf die Tagesordnung des Bündnisses zu setzen?"

... und mehr Rüstung mit Frankreich ...

"Die beschädigten legitimen Interessen Deutschlands bedürfen der Legitimation durch Frankreich, um wirksam geltend gemacht werden zu können ... Wenn wir doch gemeinsam und erfolgreich den Tornado und den Airbus entwickelt und gebaut haben, warum nicht ... gemeinsame Beobachtungssatelliten und Hubschrauber?"

Mit der SPD für mehr "deutsches Gewicht"

"Zieht man die Bilanz ihrer außenpolitischen Absichten, Herr Bundeskanzler, so ist anzuerkennen, daß auf diesem Felde keine 'Wende' eingetreten ist ... Eingetreten ist ein weitgehender Gewichtsverlust der Bundesrepublik ..."

"Geborgenheit" in Familie, Heimat, Nation

"Mir scheint es, daß die europäischen Menschen auf dreifache Weise Geborgenheit suchen und Geborgenheit nötig haben. Das ist einmal die Geborgenheit, die sie in der Familie und bei ihren Freunden finden; da ist sodann die landschaftliche Geborgenheit in der Heimat ... und da ist drittens die Geborgenheit, die der Nationalstaat mit seiner Identifikationsmöglichkeit darbietet ... vielleicht

ist diese Verletzung (der "Geborgenheit im Nationalstaat", d. Red.) für die gestiegerte Unruhe mitverantwortlich, die wir in den nachwachsenden Generationen in Deutschland viel stärker erleben als im europäischen Ausland."

Für "Terrorbekämpfung" stets zu haben!

"Für mich überschreitet auch der Steinewerfer eindeutig die Grenzen des Erlaubten und des Tolerierbaren. Ich bin gegen jede Gewalt von Bürgern gegen Bürger! Die Ereignisse von Mogadischu vor neun Jahren haben sehr drastisch gezeigt, daß auch der Staat einmal vor der Notwendigkeit stehen kann, Gewalt üben zu müssen ... Unser Staat braucht ... eine Führung, die das Krisenmanagement beherrscht!"

Mehr Gemeinsamkeit!

"Kein Parlament, keine demokratische Ordnung kann überleben ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit ... Ein Mehrparteiensystem verlangt grundsätzlich Koalitionsfähigkeit nach allen Seiten! ... Laßt uns deshalb ... gemeinsam die Grundpfeiler pflegen und bewahren: das Verhältnis zu unserem wichtigsten Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika; das Verhältnis zu unserem engsten Partner Frankreich; das Verhältnis zur Sowjetunion, einem mächtigen und gefährlichen Nachbarn ... Zu den Grundpfeilern gehört unsere positive Einstellung zum Fortschritt der Europäischen Einigung. Dazu gehört die Bewahrung des sozialen Konsenses. Wie wir uns auch streiten müssen, jeder von uns muß seine Politik aufbauen auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes."

um 22,3% höher als 1980 sein.

Die offiziellen Ausgaben für Rüstung, Zinsdienst und Wirtschaftsförderung erreichten schon 1980 86,6 Mrd. DM. Das waren damals 47,6% der Bundesausgaben. Bis 1990 sollen sie auf 128,2 Mrd. DM oder 51% aller Bundesausgaben steigen.

Gegenüber diesen Planungen der Regierung legte sich die SPD an keinem Punkt ernsthaft quer. Schon vor dem Auftritt Helmut Schmidts hatte Hans Apel die Haushaltsstrukturgesetze 1981/82 der Regierung Schmidt/Genscher noch einmal ausdrücklich gelobt und den Kapitalisten die SPD als die Partei angeboten, die in der Lage sei, erneut solchen "Subventionsabbau" gegen die Lohnabhängigen durchzusetzen: "1981/82 sind von uns rd. 8 Mrd. DM Steuervergünstigungen und Finanzhilfen abgebaut worden. Das wirkt heute noch weiter." SPD-Wirtschaftssprecher Roth ergänzte: "Die Mehrheit in unserem

Volk ist bereit zu helfen, auch durch ein finanzielles Opfer zu helfen, damit Millionen von Menschen nicht weiter ins Abseits der Beschäftigungslosigkeit abgedrängt werden." Wem diese Opfer wirklich nutzen sollen, dokumentierte sein Appell an die Kapitalisten, in der EG stärker aufzutrumpfen: "Man kann nicht die dominierende Wirtschaftsmacht Europas sein und gleichzeitig nichts tun. Welcher Autoritätsverlust seit Helmut Schmidt auf diesem Gebiet."

"Opfer" der Lohnabhängigen, um dem BRD-Imperialismus bei der weltweiten Expansion zu helfen – diese sozialimperialistische Linie durchzog sämtliche SPD-Beiträge. Für die nach den Wahlen geplante "große" Rentenreform – zu der u.a. die Anhebung des Rentenalters auf 68 Jahre gehören soll – versprach Anke Fuchs (SPD) der Regierung erneut Unterstützung.

Die Grünen übten zwar heftige Kritik am Regierungsprogramm. Am En-

de aber folgten dann nur noch Forderungen nach neuen Programmen zur Rettung des Waldes, der Nordsee usw. Der Grüne MdB Dr. Müller verstieß sich sogar zu dem Vorwurf an die Regierung, sie sei "zu sehr auf die kurzfristigen bornierten Interessen der Wirtschaft fixiert ... , als daß eine ... ökonomisch-volkswirtschaftliche Argumentation sie überzeugen könnte". Wer erleben will, wie gegen "bornierte Interessen" der "volkswirtschaftliche Sachverständ" mobilisiert wird, der studiere die Reden des Grafen Lambsdorff gegen die angeblich bornierten Interessen der Gewerkschaften! Von einer SPD, die wie unter Helmut Schmidt für das weltweite Auftrumpfen der BRD Opfer eintreiben will und einer grünen Partei, die den "volkswirtschaftlichen Sachverständ" entdeckt, hat diese Regierung nichts zu fürchten.

Quellenhinweis: BT-Protokolle vom 9. und 10.9.; Finanzbericht 1987 – (rül)

IGM-Gewerkschaftstag

Der tarifpolitische Antrag des Vorstands braucht einige Änderungen

Das Antragsmaterial an den 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 19. bis 25.10.1986 in Hamburg liegt veröffentlicht vor. Die Anträge aus den Verwaltungsstellen und vom Vorstand geben Aufschluß über Lagebeurteilungen und Vorhaben innerhalb der IG Metall. Im folgenden einige Gesichtspunkte zum Antrag "E 12: Tarifpolitik" des Vorstands.

Löhne und Gehälter

Der Abschnitt "1. Tarifliche Einkommenspolitik" vermeidet eine Beurteilung und Kritik der Einkommensverhältnisse, die die Kapitalisten in den letzten Jahren durchgesetzt haben. Die inzwischen häufigen Niedrigeinkommen aus Teilzeitarbeit werden nicht erwähnt. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß sich aber diesem Problem stellen. Andernfalls werden mit den Niedrigeinkommen Maßstäbe gesetzt, die nicht nur für die direkt Betroffenen grausam, sondern für die Beschäftigten in allen Einkommenszonen schädlich sind. Nötig ist eine Mindestabsicherung, die auch den Lohn betrifft.

Der Kampf gegen diese Niedrigeinkommen ist auch eine Voraussetzung, um die Bestrebungen für Anhebung der unteren Lohngruppen zu stärken. Hier fordert der Vorstand zwar "überdurchschnittliche Verbesserungen". Die Formulierung deutet aber auf weitere "Einmalzahlungen" hin, die an den Lohnungerechtigkeiten nichts ändern. Die Entschließung des letzten Gewerkschaftstags von 1983 ging hier weiter mit der Festlegung auf lohngruppenwirksame "Sockel- oder Mindestforderungen". Dahinter sollte der jetzige Gewerkschaftstag nicht zurückgehen. Als Begründung könnte der Antrag 237 des Frauenausschusses beim Vorstand dienen. Er verlangt, daß die Diskriminierung der Arbeit von Frauen unter verlogenen Stichworten wie "einfache Tätigkeiten", "geringe Belastungen" abgestellt werden muß.

Arbeitszeit

Die zahlreichen einschlägigen Anträge aus den Verwaltungsstellen sind erfreulicherweise fast alle beherrscht von der Aufgabenstellung "Abwehr der Flexibilisierung der Arbeitszeit". Auch der Antrag E 12 des Vorstands verbindet die Fortsetzung der Kampagne für Arbeitszeitverkürzung mit der Abwehr der "unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen". Er stellt Kriterien auf, an denen ein Abschluß zu messen ist. So sollen acht Stunden die tägliche Höchstarbeits-

zeit bilden, Samstag und Sonntag arbeitsfrei sein und die Arbeitswoche von Montag bis Freitag dauern. Hier wären praktische Schlüffolgerungen interessant. Der Antrag 287 aus Aachen fordert, daß in allen Manteltarifverträgen die wöchentliche Arbeitszeit von Montag bis Freitag festgeschrieben werden soll. Das wäre tatsächlich ein lohnendes Ziel der nächsten Tarifbewegung.

In einem schwerwiegenden Punkt freilich will der IGM-Vorstand der kapitalistischen Flexibilisierung keine Schwierigkeiten bereiten: Bei der Schichtarbeit, auch in ihrer ruinösesten Form, der Nachtarbeit. Hier wird nur ein Ausgleich durch vermehrte Freizeit verlangt. Aber auch ein Freizeitzuschlag kann die übermäßige Be-

Arbeitsbedingungen

Das Problem der Arbeitsteilung, der Monotonisierung vieler Arbeiten, der Intensivierung und immer stärkeren Leistungsabforderung ist groß. Aus dem Antrag E 12 läßt sich nun entnehmen, daß der Vorstand mit Festlegungen auf der tariflichen Ebene zurückhaltend sein will, die Kontrolle über die Leistungsabforderung den Betriebsräten zuweisen und dem einzelnen Beschäftigten ein Reklamationsrecht bei Arbeits- und Leistungsbedingungen einräumen lassen will. Die aufgeführten Kriterien für Arbeits- und Leistungsbedingungen sind unscharf und für den Streit mit den Kapitalisten wenig geeignet: human, menschengerecht, zumutbar, akzeptabel u.a. Die Diskussion in dieser Sache war schon weiter. Immerhin ist in Baden-Württemberg mit dem Lohnrahmenentwurf Süd schon vor Jahren der Versuch unternommen worden, die allgemeine Formel "Die Arbeit ist human zu gestalten" in tarifliche Nor-



Die Anträge an den Gewerkschaftstag der IG Metall zeigen: Trotz einer Reihe von Mißerfolgen ist die Unterstützung für den Kampf gegen die unteren Lohngruppen, gegen die Lohndiskriminierung vor allem von Frauen, stark.

anspruchung durch Nachtarbeit nicht ausgleichen. 1983 wurden in der Entschließung E 12 dagegen "strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht- und Wechselschichtarbeit" gefordert, also eine Einschränkung von Nacht- und Wechselschicht. Einen Schwenk in dieser Frage würden die Kapitalisten unweigerlich – vielleicht verbunden mit geringfügigen Arbeitszeitverkürzungen – mit der forcierten Einführung von Nachtarbeit "honorieren". Arbeitszeitverkürzung unter solchen Bedingungen wäre aber sowenig ein Fortschritt wie um den Preis von Samstags- oder Sonntagsarbeit. In dieser grundsätzlichen Frage ist zu wünschen, daß der Gewerkschaftstag die Vorstandsposition nicht passieren läßt, sondern ändert. Das wäre auch im Sinn einer Reihe von Anträgen aus Verwaltungsstellen gegen Nacht- und Schichtarbeit.

men zu fassen, die objektiv faßbare Anhaltspunkte für die Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten liefern und einer Mitbestimmung des Betriebsrats und einem Reklamationsrecht der Beschäftigten erst eine Grundlage geben. So wurde in diesem Tarifentwurf verlangt, daß die Arbeits- und Leistungsbedingungen so gestaltet sein müssen, daß sie von allen, ob jünger oder älter, auszuhalten sind, daß sie auch auf Dauer nicht zu Gesundheitsschäden führen dürfen, daß sie über ein ganzes Arbeitsleben zu ertragen sind und daß diese Grundsätze "anderen Betriebszielen nicht unterzuordnen" sind. Auf die Entwicklung solcher Kriterien zu verzichten und das Problem vom Tarif auf die betriebliche Ebene zu verlagern, wo die Kapitalisten Betriebsräte und Beschäftigte unter Druck setzen, wäre der falsche Weg. – (anh, rok)

Dokumentiert: Aus E 12 (Tarifpolitik) Antrag des IGM-Vorstands

... Unsere grundlegenden tarifpolitischen Ziele bleiben daher unverändert gültig:

1. Erhöhung der Realeinkommen
2. Verkürzung der Arbeitszeit
3. Sicherung und Verbesserung von Eingruppierung und Qualifikationsniveau
4. Menschengerechte und zumutbare Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und Ausbau der Mitbestimmung
5. Menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

1. Tarifliche Einkommenspolitik

Es bleibt Aufgabe tariflicher Einkommenspolitik, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zu erhöhen.

Für die abhängig beschäftigten Männer und Frauen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gilt es, überdurchschnittliche Verbesserungen durchzusetzen. Zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten soll ein festes Monatsentgelt für alle Arbeitnehmer im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge verwirklicht werden.

Die Ausbildungsvergütungen und ihre Erhöhung sollen im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge – in unterschiedlichen Prozentsätzen für die einzelnen Ausbildungsjahre – an das Tarifentgelt für Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung angebunden werden.

Die IG Metall strebt die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes und die tarifliche Absicherung eines vollen 13. Monatseinkommens für alle Arbeitnehmer an.

2. Arbeitszeitpolitik

Die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bleibt Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik. Die IG Metall strebt die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich an, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die gestiegenen Belastungen auszugleichen und die Voraussetzungen zu verbessern, daß Arbeitnehmer ihr persönliches Leben gestalten und am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Neben der Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung erhält auch die Auseinandersetzung um die Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit immer mehr Gewicht. Gegen die unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen stellen wir den Wert von kollektiv geregelten Arbeitszeiten und Normalarbeitsverhältnissen für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, für die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer und für die Lebensbedingungen einer ganzen Gesellschaft.

Die Arbeitszeit für das Normalarbeitsverhältnis soll als Anspruch für den einzelnen Arbeitnehmer wieder abschließend im Tarifvertrag geregelt sein. Neue Arbeitszeitformen und -regelungen dürfen diese Wirkungen nicht zunichten machen. Das heißt insbesondere:

- keine negativen Beschäftigungswirkungen haben,
- nicht zu zusätzlichen Belastungen führen,
- die Freizeitsituation nicht verschlechtern.

Sie dürfen darüber hinaus das Entgelt der Arbeitnehmer und die Rechte der Betriebsräte nicht vermindern, die Gestaltungsfunktion von Tarifverträgen nicht ausöhnen und müssen schließlich von den Betroffenen akzeptiert werden.

Im Sinne dieser Grundsätze gilt es, das freie Wochenende (Samstag und Sonntag), die 5-Tage-Woche (Montag bis Freitag) und den 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit zu verteidigen und zu sichern.

Um negative Beschäftigungswirkungen und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen durch Mehrarbeit zu vermeiden, fordern wir:

- Weitere Begrenzung der Mehrarbeit und Freizeitausgleich ab der ersten Mehrarbeitsstunde innerhalb eines

festgelegten Zeitraums; wahlweise Abgeltung der Zuschläge durch Freizeit.

Die IG Metall ist nach wie vor bestrebt, Teilzeitarbeit möglichst einzuzgrenzen und vor allem eine Verringerung des Beschäftigungsvolumens durch Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze zu verhindern. Um ungeregelten und ungesicherten Arbeitsverhältnissen bei Teilzeitarbeit einen Riegel vorzuschieben, fordern wir:

- Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen und Regelung der Arbeitsverhältnisse für Teilzeitbeschäftigte im Rahmen der geltenden Tarifbestimmungen nur mit Zustimmung des Betriebsrates;
- Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen nur in Form von sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit und mit fester täglicher Arbeitszeit und fester Zahl von Wochenarbeitstagen (keine Kapovaz);

Schicht- und Nachtarbeit und belastende Arbeitsbedingungen drohen zuzunehmen. Um einen notwendigen Ausgleich für die gesundheitlichen und sozialen Belastungen durch besondere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten zu erreichen, fordern wir:

- zusätzliche bezahlte Freizeit für sozial beeinträchtigende und gesundheitsschädliche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen;
- Verdienstsicherung, Umschulung und das Angebot zumindestiger Arbeitsplätze beim Wechsel aus Schicht- in Normalarbeitszeit.

3. Eingruppierung und Qualifikation

Durch den Wandel von Technik und Arbeitsorganisation werden die geltenden tariflichen Lohn- und Gehaltsgruppenbestimmungen immer unzureichender und die Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Angestellten zunehmend überholt. Darüber hinaus finden sich in der Gesetzgebung und Rechtsprechung immer häufiger eine Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer. Die IG Metall fordert deshalb:

- Neue und gemeinsame Tarifverträge über Eingruppierung und Entgelt für alle Arbeitnehmer. Dabei sind ungegerechtfertigte Unterschiede, z.B. zwischen Arbeitern und Angestellten und unangemessene Entgeltrelationen zu beseitigen. Dazu sind gezielte Kampagnen notwendig und alle tarifpolitischen und tarifrechtlichen Möglichkeiten einzusetzen, die zu einer entsprechenden dauerhaften Erhöhung der Tarifverdiene in den unteren Entgeltgruppen führen ...

4. Menschengerechte Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen

Angesichts der Neugestaltung der Planung, Konstruktion, Produktion und Verwaltung ist auch eine tarifliche Neugestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen für alle Arbeitnehmer auf Dauer erforderlich:

- Unser grundlegendes Ziel ist ein festes Entgelt für alle Arbeitnehmer auf der Grundlage einer vereinbarten Sollleistung unter menschengerechten und zumutbaren Arbeits- und Leistungsbedingungen. Sie müssen für die betroffenen Beschäftigten akzeptabel und von ihnen reklamierbar sein.
- Dazu ist die Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz auszubauen. Dies gilt insbesondere für alle Fragen der Gestaltung von Arbeit, Arbeitsorganisation und Technik.
- Überall dort, wo Leistungsvorgaben gemacht werden oder ein bestimmtes Arbeitspensum verlangt wird, sind bei Arbeitern und Angestellten Entlohnungsgrundsatz und Entlohnungsmethode so zu vereinbaren, daß die Sollleistung und sämtliche Bedingungen, unter denen sie erbracht wird, der Mitbestimmung des Betriebsrates und der Reklamationsmöglichkeit durch den einzelnen Arbeitnehmer unterliegen. Im anderen Fall ist jede direkte oder indirekte Form der Leistungsvorgabe tarifvertraglich auszuschließen ...

Azania (Südafrika)

PAC: Die Entmündigung der Frauen hält sie nicht vom Befreiungskampf fern

In den Kämpfen gegen das südafrikanische Regime stellen die azanischen Frauen eine bedeutende Kraft dar: – Zahlreiche Kämpfe gegen Zwangsumsiedlungen werden vor allem von Frauen geführt. Zum Beispiel haben die Frauen der "wilden" Siedlung Crossroads eine eigene Demonstration vor dem Siedlerparlament durchgeführt, um gegen die Auflösung der Siedlung und die Umsiedlung in eine Gegend zu protestieren, in der die Anfahrtswägen zur Stadt lang und die Versorgung mit dem nötigsten nicht gesichert war. – Die azanischen Frauen beginnen sich zunehmend in den Gewerkschaften zu organisieren, und sie bilden Gewerkschaften im Bereich der Hausangestellten, wo etwa 40 Prozent der azanischen Frauen arbeiten. – Seit vielen Jahren führen azanische Frauen am 9. August Demonstrationen und Veranstaltungen durch, um an den Protestmarsch von 20000 Frauen im Jahr 1956 gegen die Paßgesetze und die Ausweitung der Paßpflicht für azanische Frauen zu erinnern. Auch in diesem Jahr haben – trotz des Ausnahmezustandes – zahlreiche solcher Veranstaltungen stattgefunden. Verschiedene Frauenorganisationen, wie z.B. die Organisation "Black Women Unite" (Schwarze Frauen, Vereinigt Euch) oder die im Frühjahr dieses Jahres gegründet Afrikanische Frauenunion, sehen es als ihre Aufgabe an, die Frauen für den Befreiungskampf zu mobilisieren und zur Teilnahme zu befähigen.

Wir führten ein Gespräch mit der Koordinatorin für Frauenarbeit des PAC in BRD, E. Mogkadi, über die Gründe, die zur Entstehung von Frauenorganisationen im Befreiungskampf in Azania führten und welche besonderen Aufgaben sich für den PAC für die Organisierung von Frauen stellen. E. Mogkadi berichtet, daß die azanischen Frauen einer besonderen Unterdrückung unterworfen sind. Mit dem Gesetz über die Eingeborenen von 1917 erließ die britische Kolonialmacht eine der rechtlichen Grundlagen der Enteignung der afrikanischen Bewohner Südafrikas. Die Männer sollten zum Verkauf ihrer Arbeitskraft in den Goldbergwerken gezwungen werden. Mit diesem Gesetz wurden jedoch zugleich auch die afrikanischen Frauen jeglicher Rechte beraubt. Die afrikanischen Frauen wurden zu Unmündigen erklärt.

"Mit diesem Gesetz waren wir Sklaven für die Kolonialisten, Männer und Frauen, aber die Frauen waren noch rechtloser, weil wir nichts mehr aushandeln konnten, ohne daß unsere Männer ihre Unterschrift oder die Er-

laubnis gaben. Wir brauchten plötzlich einen Treuhänder für alles. Frauen hatten zum Beispiel Rinder, auch wenn sie heirateten, bekamen sie Rinder mit, als Schutz, wenn etwas passierte. Nach dem Gesetz war dies verboten, eine Frau durfte kein Vieh mehr halten usw. Natürlich war dies auch eine Maßnahme von 'Teile und Herrsche' der Kolonialisten, um einen Widerspruch aufzubauen zwischen Mann und Frau."

Diese Entrechtung der afrikanischen Frauen besteht heute noch fort. Keine Frau kann eine Arbeit aufnehmen oder einen Vertrag unterzeichnen, ohne daß ein männlicher Vormund oder ihr Ehemann zustimmt und mitunterzeichnet. Die Kolonialmacht behauptete bei Einführung der Gesetze, sie entsprächen den traditionellen rechtlichen Geflogenheiten der "Eingeborenen". Das Gegenteil war der Fall. In den afrikanischen Gesellschaften waren die Frauen nicht rechtlos oder Vormünden unterstellt, sie verfügten innerhalb der Dorfgemeinschaften über Rechte, die ihre selbständige Existenz sicherten, auch

setzte auch auf diesem Wege den afrikanischen Widerstand gegen die quälende Lohnarbeit in Bergwerken und auf Farmen.

Die Entmündigung der Frauen führt dazu, daß der Landraub der Kolonialisten und ihre Siedlungsgesetze für die Frauen besonders schlimme Auswirkungen haben. So werden alle Mädchen über 16 Jahren, die bei ihren Familien in Townships wie Soweto aufgewachsen sind, in die "Homelands" geschickt, wenn sie keine Arbeit haben. Das gleiche Verfahren wendet das Regime gegenüber Witwen an, die keinen "Vormund" in der Stadt aufweisen können. Weil sie keinen Vertrag unterschreiben können, verfällt ihr Mietvertrag in der Stadt, und sie werden in die Homelands abtransportiert. Dort kennen sie oft keinen Menschen, und sie finden kaum Möglichkeiten, sich zu ernähren. E. Mogkadi berichtet, daß besonders diese Maßnahme der Regierung zu erbittertem Widerstand der Frauen geführt hat und war gerade für die Frauen in den "Homelands" ein Beweggrund, am Befreiungskampf teilzunehmen. Viele Frauen gingen aus den "Homelands" zurück in die Städte und gründeten "wilde Siedlungen", wie z.B. Crossroads.

In den Homelands und in den Siedlungen ist die Situation der Frauen trostlos. Hunger und Elend sind an der Tagesordnung, viele Frauen sind Anal-



Die Frauen sind eine wichtige Kraft im Befreiungskampf.

für den Fall, daß der Ehemann starb oder sie nicht mehr mit ihm zusammenleben konnte. Mit der Entmündigung der Frauen hatten die Kolonialherren ein Instrument in der Hand, zahlreiche Spaltungslinien innerhalb des azanischen Volkes zu ziehen. Männliche Vormünder haben z.B. das Recht, die Frauen für sich arbeiten zu lassen oder sie zur Lohnarbeit zu zwingen und den Lohn einzustreichen. Die Entmündigung der afrikanischen Frauen zerrüttete die afrikanischen Produktionsgemeinschaften und zer-

phabierten. Der PAC sieht deshalb eine wichtige Aufgabe darin, die Frauen dabei zu unterstützen, selbständig zu werden. Im Inneren Azanias unterstützt er Projekte, die dabei nützen. Dazu gehören Alphabetisierungskampagnen für die Frauen, die in Kursen unterrichtet werden, aber auch Vorhaben, die den Frauen eine selbständige Existenz ermöglichen und ihr Leben erleichtern können, wie z.B. Nähkurse oder die Bildung von Produktionsgemeinschaften. Eine besonders wichtige Aufgabe ist die wissen-

schaftliche und praktische Ausbildung und die Erziehung der Frauen und Mädchen. In Azania kämpfen afrikanische Frauenorganisationen gegen besondere Mädchengeschulen, Eltern organisieren Ausbildungsstätten, in denen Jungen und Mädchen gemeinsam in denselben Fähigkeiten ausgebildet werden.

E. Mogkadi erklärt: "Die Einschränkungen im Bereich der Erziehung, die dem afrikanischen Volk durch das Minderheitsregime der kolonialen Siedler auferlegt wurden, verfolgen den Zweck, den Fortschritt des afrikanischen Volkes in Azania, besonders im Bereich der Wissenschaft und Technologie, aufzuhalten. Die wenigen, denen es gelingt, aufgrund ihrer sozialen Stellung Zugang im höheren Bildungswesen in Südafrika zu bekommen, werden in gesellschafts- und geisteswissenschaftliche Fächer geschleust.

Diese Politik, zusammen mit den nicht tragbaren Bildungskosten für

das afrikanische Volk sollen dazu dienen, arbeitsame, angepaßte Roboter zu produzieren und zahlreiche halbqualifizierte und halbgebildete Arbeitskräfte zu schaffen, die für maximale Ausbeutung im Dienst und Interesse der rassistisch-kolonialistischen Siedler geeignet sind. Deshalb ist es die Pflicht der nationalen Befreiungsbewegung, das Prinzip des Selbstvertrauens zu fördern und die Arbeitskraft mit den notwendigen Fertigkeiten auszustatten, die in unsere Gesellschaft einfließen müssen, um die Kapazität und die Fähigkeit des azanischen Volkes zu erhöhen, den Kampf für die nationale Befreiung und Selbstbestimmung fortzusetzen."

Die Entmündigung der azanischen Frauen bringt aber auch mit sich, daß beträchtliche Teile konservativ sind und die Auseinandersetzung mit dem Regime fürchten. E. Mogkadi führte weiter aus: "Auf dem PAC-Frauenseminar 1980 haben wir festgestellt, daß das ein großes Problem in Afrika ist.

Viele Frauen sind Hausangestellte

Mindestens eine Million azanische Frauen arbeiten als Hausangestellte in den Haushalten der Siedler in den Städten, nahezu in jedem Siedlerhaushalt werden die schmutzigen Hausarbeiten von Hausangestellten verrichtet. Sie sind vollständig rechtlos, kein Gesetz schreibt Mindestbedingungen wie Länge des Arbeitstages oder Mindestlöhne für ihre Beschäftigung vor. So sind sie der Willkür der Rassisten ausgeliefert. Ihre Löhne liegen weit unter denen der Männer, zwischen 80 und 120 DM im Monat, mitunter erhalten sie überhaupt keinen Lohn, sondern werden in "Naturalien" entlohnt. Das bedeutet oft eine Baracke als Wohnung und Reste der Nahrung der Dienstherren zum Essen und die abgetragenen Kleidungsstücke der Herrschaft zum Anziehen.

Ihre Arbeitszeiten sind ungeregelt. Die in den letzten Jahren gegründeten Gewerkschaften der Hausangestellten enthüllten, daß manche Haushälterin mitunter über Jahre keinen freien Tag erhalten und die Dienstherren ihnen Arbeitstage von 16 bis 18-stündiger Dauer abverlangen. Irgendwelcher Kündigungsschutz existiert nicht, nach zehn oder fünfzehn Jahren Arbeit in einem Haushalt können die Hausangestellten von heute auf morgen entlassen werden, wenn sie krank oder alt sind. Versicherungen für sie werden nicht abgeschlossen.

Die Arbeit ist hart. Oft lassen die Siedler alle Haushaltarbeiten von der billigen Hausangestellten erledigen: ob Wäschewaschen, Flickarbeiten oder Reinigungsarbeiten.

Seit einigen Jahren beginnen auch die Hausangestellten, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Trotz der Isolierung in den einzelnen Haushalten sind inzwischen über mehrere Tausend Hausangestellte in meist regionalen Gewerkschaften organisiert.

1980 erließ die Regierung ein Gesetz, nachdem die Dienstherren ständig ein Register der Hausangestellten einschließlich deren Arbeitspapiere und Zweitenschlüssel für die Dienstquartiere der Hausangestellten bereit halten müssen, damit die Polizei jederzeit die Quartiere und das Dienstpersonal kontrollieren kann, und den Hausangestellten, die in "weißen" Gebieten wohnen, verboten ist, zwischen Mitternacht und acht Uhr morgens Besuch zu empfangen. Daraufhin führten die Hausangestellten in Kapstadt und Port Elizabeth Treffen durch, verteilten Flugschriften und gründeten eine Gewerkschaft. Sie verlangen die Abschaffung des Gesetzes, aber vor allem eine Änderung der Arbeits- und Lebensumstände der Hausangestellten: Höhere Löhne, das Verbot, die Löhne in Naturalien auszuzahlen, festgelegte Tagesarbeitszeiten und regelmäßige freie Tage.

Die kleinen Gewerkschaften haben sich zum Teil den Gewerkschaftsdachverbänden angeschlossen. Mehrere der Hausangestellten-Gewerkschaften arbeiten in Frauenorganisationen wie der Organisation "Black Women Unite" und der im April gegründeten Afrikanischen Frauenorganisation mit und beteiligen sich am Befreiungskampf.

Quellenhinweis: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 10/81; Sowetan v. 11.4.86



Fast jeder Siedlerhaushalt beutet Hausangestellte aus

Viele Diktatoren in Afrika wären ohne die Unterstützung der Frauen nicht mehr an der Macht. Wir müssen die Frauen erziehen, damit sie nicht an schlechten Traditionen oder kolonialen Wertvorstellungen festhalten. Das ist auch eine Aufgabe des PAC."

Spendenkonto: R. Lötzer, BfG, Kontonr. 21 54424600, Blz. 370 101 11. Spenden für die Unterstützung der Frauenarbeit des PAC bitte mit einem Vermerk "PAC-Frauenarbeit" versehen. — (uld)

Süd- und Mittelamerika

Indianer gegen nationale und soziale Unterdrückung

Anfang September trafen sich Abordnungen der südamerikanischen Indianer in der Ortschaft Cosquin in der argentinischen Provinz Cordoba zu einem Kongreß des Indianerrates von Südamerika (CISA). Die Indianerorganisation war 1980 in der peruanischen Provinz Cusco gegründet worden und wird von den Vereinten Nationen als regierungsunabhängige Organisation anerkannt. Der Indianerrat wandte sich in Resolutionen gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Indianer in den südamerikanischen Ländern gegen Landverreibungen und die Enteignung von indianischem Land durch staatliche und private Organisationen und forderte die Lösung des Hauptproblems der Indianer, die Landfrage.

Heute leben in Süd- und Mittelamerika 30 Mio. Indianer, das sind ca. 10 % der Bevölkerung. Die meisten Ureinwohner leben in den Andenländern: Beispielsweise in Bolivien bilden sie 59,2 % der Bevölkerung und in Ecuador 32 %, in Mexiko oder El Salvador bis unter 15 %, in Honduras, Chile, Panama, Nicaragua unter fünf Prozent. In Argentinien und Brasilien sind die In-

dianer dagegen von den spanischen Eroberern fast ausgerottet worden. Auf dem Gebiet des heutigen Brasiliens lebten im 16. Jahrhundert zwischen sechs und sieben Millionen Indianer, heute nur noch ca. 250000.

21 Mio. Indianer dieser Indianer sind Bauern, zumeist Klein- und Kleinstbauern, Pächter, die mit einfachsten Mitteln den Acker bebauen und die sich oft noch in feudalistischer Abhängigkeit zum Großgrundbesitzer befinden. Die Indianer machen auch den größten Teil der landlosen Bauern aus, die sich für einen Hungerlohn beim Großgrundbesitzer verdingen müssen. Ein großer Teil von ihnen, ohne eigenes Land und ohne Arbeit, zieht wie Nomaden durch das Land. In wachsender Zahl bevölkern die Indianer die Elendsquartiere um die großen Städte Süd- und Mittelamerikas. Imperialistische Konzerne, Bodenspekulanten und die Großgrundbesitzer verdrängen zunehmend auch die indianischen Stämme des Amazonasgebietes von ihrem verbliebenen Land.

Seit den 70er Jahren verstärkten die Indianer Süd- und Mittelamerikas ihre politische und organisatorische Zusammenarbeit. In fast allen diesen Ländern wurden in den letzten Jahren nationale Indianerorganisationen gegründet. In Guatemala, El Salvador, Peru und Kolumbien verfügen sie über eigene Guerillaorganisationen oder beteiligen sich an bewaffneten Kämpfen gegen Armee, Polizei und Großgrundbesitz. Die Indianer sind Teil des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in Süd- und Mittelamerika. Quellenhinweis: Latin America Weekly Report, August und September 1986; TAZ, 29.8.86 – (sie)

Krieg Iran-Irak

Ausweitung und direkte imperialistische Einmischung?

Die westlichen Beobachter des Krieges zwischen Iran und Irak, die sich seit Jahren darauf beschränken, nach einer nicht ernst gemeinten Klage über die unerhörten Opfer des Gemetzels die Unabsehbarkheit eines Kriegsendes angesichts der Gewichte auf beiden Seiten auszumalen und damit auch das Interesse der Imperialisten an einem möglichst langen Waffengang anzudeuten, schalten im Ton um: "Sollte Irak in die Knie gehen – womit Kenner in den westlichen Hauptstädten ernsthaft rechnen –, rutschen die Szenenbilder Nahost und Mittelost zu einem einzigen großen Konflikt her zusammen. Die USA müßten dann in anderer Form auf den Plan treten als seit dem Rückzug aus Libanon 1984." (Welt v. 15.8.86)

Es gibt andere, direktere Anzeichen für eine Zuspitzung des Krieges: Ägypten, das nach unterschiedlichen

Meldungen hunderttausende Arbeiter und zwischen 10000 und 30000 Soldaten als Hilfsstruppen in den Iran geschickt hat und das in tiefe wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA und den Imperialisten in der EG verstrickt ist, drohte dem Iran mit einem Eingreifen, falls iranische Truppen die Sicherheit der Golfstaaten bedrohten. Eine militärische Niederlage des Irak – von der ägyptischen Regierung als möglich angesehen – wäre aber eine solche Bedrohung. Schließlich erschienen in den letzten Wochen offensichtlich von der US-Regierung lancierte Meldungen, nach denen die VR China im ersten Halbjahr für 600 Mio. DM Waffen an Iran geliefert und dadurch das von den Imperialisten als Garantie für einen langen Krieg angesehene Gleichgewicht – moderne Waffen für Irak gegen iranische Menschenmassen – empfindlich gestört habe. Ein militärischer Sieg des Iran ist aber das Allerletzte, was die Imperialisten wollen: Das würde zunächst ihre Pläne durchkreuzen, sich die arabischen Staaten zu unterwerfen und den Mittelmeerraum vollständig zu befrieden.

Zudem gibt es handfeste ökonomische Gründe, die die kriegsführenden Regimes womöglich dazu zwingen, schnell die Entscheidung zu suchen. Der Fall der Ölpreise hat den Regimes nicht nur die Mittel zur Kriegsführung verknappt – für Irak fließt auch die Unterstützung durch Saudi-Arabien und die Golfstaaten spärlicher –, sondern untergräbt wahrscheinlich zunehmend die politische Basis der Regimes, weil auch die am Krieg verdienenden Händler, Importeure und Fabrikanten sowie das Militär nicht einfach mehr von ihrer Partizipation an den Kriegseroberungen ausgehen können. Vor einigen Monaten ließ das irakische Regime sogar den Gesundheitsminister hinrichten, weil er es gewagt hatte, für ein Eingehen auf die iranische Friedensbedingung – Rücktritt des irakischen Präsidenten Saddam Hussein – zu votieren. Vor allem: Auch im Iran muß das Regime bei weiter sinkenden Ölannahmen den Lebensstandard gerade der Ärmsten, der durch egalitäre Maßnahmen angehoben wurde, brutal angreifen und sich damit wesentlicher Unterstützung berauben. Schließlich dämpfen auch die wechselseitigen immer brutaleren Angriffe auf die Zivilbevölkerung die Kriegsbegeisterung.

Aber eine ausgeprägte defaitistische Bewegung ist weder im Iran noch im Irak erkennbar. Ohne das bleiben die Aussichten der Imperialisten günstig, den Hauptnutzen aus dem Krieg und aus jedem möglichen Kriegsausgang zu ziehen.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, div. Ausgaben; FAZ, div. Ausgaben; Financial Times v. 8.9.86 – (wom)

USA

Tarifvertrag bei Hormel – Konzessionen zurückgeholt?

Die Gewerkschaft UFCW hat mit den Fleischverarbeitungskonzernen nach monatelangen Verhandlungen einen neuen Lohntarifvertrag abgeschlossen. Die Kapitalisten der gewerkschaftlich organisierten Betriebe hatten in diesen Verhandlungen genauso wie in den beiden davor liegenden Vertragsverhandlungen "Konzessionen" beim Lohn verlangt, weil sie mit den nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben nicht konkurrenzfähig seien. 1981/82 hatte die UFCW ein dreijähriges Einfrieren der Löhne angeboten. 1984, noch vor Auslaufen des Vertrags, hatte die UFCW Verhandlungen



Hormel-Kapitalisten lassen Streikbrecher mit Hilfe der Armee in ihr Werk bringen (Januar 1986).

über eine Senkung des Lohns von 10,69 US-\$ auf 9,00 angeboten. Gegen dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung hat die Gewerkschaftsgruppe beim Hormel-Zweigwerk in Austin, Minnesota, rebelliert und war in den Streik getreten. Der jetzige Vertrag, der von etwa 2/3 der Gewerkschaftsmitglieder angenommen wurde, sieht vor, daß bis Ende 1988 der Tariflohn auf 10,70 US-\$ angehoben wird. Das ist der gleiche Lohn wie 1980 (nominal, nicht inflationsbereinigt). Der AFL-CIO bezeichnet das in seinem Mitteilungsblatt als Zurückgewinnen von Lohnkonzessionen. Der Streik der Gewerkschaftsgruppe P-9 bei Hormel / Austin, der jetzt seit über einem Jahr andauert, hat nationale Solidarität und Aufmerksamkeit erhalten, weil er ein entschiedener Versuch war, die nicht enden wollende Kette von immer neuen Konzessionen aufzuhalten. Die Unternehmensleitung hat nach kurzer Zeit alle Streikenden entlassen und Streikbrecher rekrutiert und eingestellt. Die Gewerkschaftsführung der UFCW hat den Streik als unauthorisiert erklärt, nachdem sich

die Arbeiter von P-9 nicht auf Konzessionsverhandlungen einließen, und hat schließlich P-9 ausgeschlossen. Die UFCW hat sogar die Streikbrecher aufgenommen. Von den ca. 1000 Ja-Stimmen für den neuen Vertrag bei Hormel/Austin sind über 500 von Streikbrechern. Im neuen Vertrag steht auch nichts über Wiedereinstellung der entlassenen Streikenden. Die Epidemie der LohnkonzeSSIONEN, die 1981 zur Zeit der Rezession in bestimmten Branchen angefangen hatte, ist heute über alle Branchen verbreitet. Sie hat die Rezession überdauert, Firmen mit satten Gewinnen verlangen genauso Konzessionen wie Firmen, die nahe am Bankrott sind. Das Beispiel, daß ein Kapitalist niedrigere Löhne ausgehandelt hat, treibt den anderen an, gleiches zu erreichen. Die Verhandlungen über LohnkonzeSSIONEN haben eine historisch wichtige Position zerstört, die sich die Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg erkämpft hatten, nämlich den Lohn aus der kapitalistischen Konkurrenz herauszuhalten. Sie hatten das erreicht, indem sie für die Verhandlungen mit den verschiedenen Unternehmen und Betrieben einer Branche solche Lohnforderungen aufstellten, daß die Löhne in der ganzen Branche in etwa gleich hoch wurde. Außerdem haben die größten Gewerkschaften, wie etwa die der Stahlarbeiter, branchenweite Rahmentarifverträge erstrebzt und auch erreicht. Die zunehmenden LohnkonzeSSIONEN haben den Lohn wieder in die kapitalistische Konkurrenz geworfen und damit den Druck auf den Lohn noch erhöht. Der durchschnittliche Stundenlohn in der fleischverarbeitenden Industrie war 9,19 US-\$ im Januar 1982, als das Einfrieren der Löhne wirksam wurde, und ist jetzt 7,93 US-. Wegen des Zurückweichens der AFL-CIO-Gewerkschaften versuchen die Streikenden von P-9 jetzt, eine neue Gewerkschaft in der Fleischindustrie aufzubauen. – (ger, her)

SVR Albanien

Festhalten am unabhängigen Aufbau des Landes

Mit der Fertigstellung eines jugoslawischen Teilstücks der Eisenbahnverbindung Jugoslawien-Albanien ist die Sozialistische Volksrepublik Albanien an das internationale Eisenbahnnetz angeschlossen. Vollzieht Albanien damit erste Schritte, sich gegenüber dem imperialistischen Weltmarkt zu öffnen?

Das Eisenbahnprojekt mit Jugoslawien basiert auf dem Bemühen Albaniens, sowohl den Außenhandel auszuweiten als auch den Warenverkehr noch stärker über die Eisenbahn abzuwickeln. Verbunden damit ist auch der

Ausbau des inneralbanischen Eisenbahnnetzes.

Bis zum Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion 1962 bzw. zur VR China 1978 waren diese Länder die Haupt Handelspartner Albaniens. Inzwischen unterhält die SVR Albanien Handelsbeziehungen zu über 50 Ländern, nicht aber mit der SU und den USA.

"Spektakuläre Entwicklungen nach dem Muster Chinas sind in Albanien nicht zu erwarten", dämpft die "Internationale Wirtschaft" aus Wien bereits am 5.9.85 gegenteilige Hoffnungen. Die Zeitung bemerkt, daß Albanien keine Schulden macht und über ein Guthaben von 44 Mio. US-\$ bei westlichen Banken verfügt. Tatsächlich verlangt der Außenhandel Albaniens eine strikte Deckung der Importe durch die Exporte. Die Einfuhr ist auf Güter begrenzt, die nach allen Abwägungen im Lande nicht hergestellt werden können. Die albanischen Zentralbehörden erstellen alle zwei Wochen eine Schnell-Handelsbilanz, die eine sofortige Korrektur im Außenhandel erlaubt. Gleichzeitig verbesserte Albanien die Struktur des

Außenhandels, fast 3/4 der Exporte bestehen inzwischen aus verarbeiteten Produkten. Zudem kann die albanische Wirtschaft mehr als 85% des Bedarfs der Bevölkerung an Konsumgütern selbst herstellen. Was die Ziele der Imperialisten besonders stört, sind Festlegungen der albanischen Verfassung von 1976, die die Erfahrungen vieler Länder beim Aufbau ihrer Wirtschaft berücksichtigen. Im Artikel 28 heißt es: "In der SVR Albanien ist die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen kapitalistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten."

Quellenhinweis: Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (Hrsg.), Presseschau Ostwirtschaft (Wien), 1985/86; Albanische Hefte, hrsg. von der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. (DAFG); weitere Informationen über Sekretariat der DAFG, Rüdiger Pier, Postfach 19762, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/8502736 – (sie)

Großbritannien

TUC (halbherzig) gegen Anti-Gewerkschaftsgesetze

Der britische Gewerkschaftsbund TUC beschloß auf seinem Gewerkschaftstag Anfang September die Resolution "People at Work: New rights, new responsibilities" ("Menschen bei der Arbeit: Neue Rechte, neue Pflichten"). Darin fassen die Gewerkschaften ihre Forderungen nach Aufhebung bzw. Änderung der meisten von der Regierung Thatcher erlassenen Gewerkschaftsgesetze zusammen. In einem Hauptpunkt gelang es der La-

bour-Partei unter Neil Kinnock allerdings, den TUC zur Beibehaltung des Thatcherschen Gesetzes zu bewegen: Auch unter einer eventuellen Labour-Regierung sollen die Gewerkschaften weiter gezwungen sein, vor jedem Streik auf jeden Fall eine Urabstimmung durchzuführen.

Trotz dieser Bresche in der gewerkschaftlichen Front für Abschaffung der arbeiterfeindlichen Gesetze mußte sich Labour verpflichten, die mei-



Solidaritätsstreiks (hier: Londoner Busfahrer streiken für Krankenschwestern) sind verboten



Ein weiteres Mal hat das südafrikanische Rassistenregime Menschen hingerichtet: drei Mitglieder des ANC sowie drei unbekannte Azanier. Es kennzeichnet den Charakter des Regimes, daß nirgendwo in der Welt mehr Menschen hingerichtet werden als in Südafrika – 82 seit Anfang 1986. Eine unbekannte Zahl erwartet die Hinrichtung. Unter ihnen sind die Sechs von Sharpeville, die für ihre Beteiligung an Kämpfen gegen Mieterhöhung zum Tode verurteilt wurden und deren Freilassung von UNO, OAU und Blockfreienbewegung gefordert wird. Zur Unterstützung dieser Forderung finden im Oktober mehrere Veranstaltungen mit Frau Mokhesi statt, der Schwester eines zum Tode Verurteilten.

Belgien: Agfa-Gevaert Vorreiter beim Tarifbruch

Der Vorstand der belgischen Agfa-Gevaert-Werke (im Besitz von Bayer, BRD), dessen Vorsitzender A. Leysen gleichzeitig Vorsitzender des belgischen Unternehmerverbandes VBO ist, hat 70 Jugendliche zu Löhnen unter dem geltenden Tariflohn eingestellt. Die Zeitung "Solidair" der belgischen revolutionären "Partei der Arbeit" (PvdA) meldet, daß Agfa am 1.9. diese Jugendlichen mit Verträgen eingestellt hat, die auf zwei Jahre befristet sind. Ihr Lohn liegt mit 3,97 pro Stunde (697 DM im Monat) unter dem geltenden tariflichen Mindestlohn bei Agfa-Gevaert. "Solidair" vermutet, daß dieser offene Tarifbruch der

Agfa-Gevaert Kapitalisten bald Nachahmung durch andere belgische Kapitalisten finden wird. – (rül)

VR China: Künftig nur noch Arbeitsverträge

Die Staatsbetriebe der VR China sollen allen neu eingestellten Beschäftigten Arbeitsverträge geben, die ein Kündigungsrecht enthalten. Daneben wird eine Arbeitslosenversicherung eingeführt, die bei Arbeitslosigkeit 50 bis 75 % des Lohnausfalls zahlt. Seit Jahrzehnten beschäftigen die Betriebe Vertrags- und Saisonarbeiter neben dem Stammpersonal mit Beschäftigungsgarantie. Die Verallgemeinerung von Arbeitsverträgen kann die bestehende Spaltung weiter vertiefen. – (wom)

Chile: Pinochet verschärft Terror gegen die Opposition

Am 7.9.86 entkam der chilenische Diktator Pinochet nur knapp einem Anschlag, sieben seiner Leibwächter wurden getötet. Wenige Stunden danach verhängte die Militärgesetz den Belagerungszustand über das gesamte Land. Damit versuchten die Militärs die bevorstehenden Proteste zum 13. Jahrestages des Militärputsches zu unterdrücken, gleichzeitig sollte die faschistische Meute mobilisiert und gegen die Opposition neu vereinigt werden. Massenverhaftungen wurden vorgenommen, Mordkommandos der Militärs und der Rechten ermordeten bislang vier Oppositionelle. Zum Jahrestag des Putsches mobilisierten die



Militärs ihre Anhängerschaft. Ca. 40000 demonstrierten zu Ehren von Pinochet, Tausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Beschäftigungsprogramme wurden zur Teilnahme zwangsverpflichtet. – (sie)

sten der Knebelparagraphen aufzuheben.

Anders als ihr gescheiterter Vorgänger Heath, der 1971 das gesamte Recht mit einem Schlag ändern wollte und dabei am geschlossenen Widerstand der Gewerkschaftsbewegung unterging, setzte Margaret Thatcher ihre Maßnahmen Schritt für Schritt unter Erfolg durch.

Vier Gesetze wurden erlassen: das Beschäftigungsgesetz von 1980 (Employment Act, EA 1980), das Sozialhilfegesetz 1980, das Beschäftigungsgesetz 1982 (EA 1982) und das Gewerkschaftsgesetz 1984 (Trade Union Act). Ausgebaut wurde die reaktionäre Rechtslage durch konsequent gewerkschaftsfeindliche Richter und deren Auslegung der Gesetze.

Im Employment Act 1980 griff die Regierung vor allem das Recht auf Streikposten und auf Solidaritätsstreiks an. Ein streikender Arbeiter begeht nach bürgerlichen Rechtsvor-

stellungen Vertragsbruch. Das britische Recht gibt deshalb ausdrücklich Immunität für Gewerkschaften und streikende Beschäftigte vor Schadenersatzklagen. Nach dem Gesetz von 1980 sind Solidaritätsstreiks nur noch unter bestimmten Bedingungen erlaubt, u.a. müssen die streikenden Arbeiter für einen Kunden oder Zulieferer des hauptsächlich bestreikten Kapitalisten arbeiten und der Zweck des Streiks muß sein, die Lieferung/Verarbeitung von Waren von oder aus diesem Betrieb zu verhindern. Arbeiter eines ähnlichen, streikbrechenden Betriebes dürfen also nicht streiken! (EA 1980, 17)

Streikposten dürfen nur vor dem eigenen Betrieb stehen, und das in kleiner Zahl – alles andere ist für die Gerichte nach diesem Gesetz "unnötige Schikane" und wird verboten (EA 1980, 16). Ein neues Gesetz ist in Vorbereitung, das sogar das Demonstrieren in der Nähe eines Werktors unter

Strafe stellen soll.

Ebenfalls 1980 wurde das Sozialhilfegesetz neu gefaßt. Wie bisher haben Streikende keinen Anspruch auf Sozialhilfe, wohl aber ihre Familienangehörigen. Doch denen wird seither der Betrag von 17 Pfund pro Woche (51 DM) abgezogen, weil der Staat die Zahlung eines Streikgeldes durch die Gewerkschaft annimmt, obwohl die meisten nichts zahlen, z.B. die Bergarbeitergewerkschaft in ihrem einjährigen Kampf.

Mit dem Gesetz von 1982 trieb die Reaktion die Aufhebung der Immunität noch weiter. Jetzt können Gewerkschaften auf Unterlassung und Schadenersatz verklagt werden. Zwar hat in den drei Jahren 1983 bis 1986 erst eine Gewerkschaft Schadenersatz zahlen müssen, die Druckgewerkschaft NGA an den Anzeigenblatt-Herausgeber Shah im Jahr 1983 (125000 Pfund, 375000 DM). Aber weitere Prozesse sind unterwegs. Vor allem

Brasilien: 1,5 Mio. Arbeiter im Streik

Nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen über höhere Löhne traten am 11.9. 1,5 Mio. Arbeiter und Angestellte bundesweit in einen unbefristeten Streik, darunter 800000 Bankangestellte und 200000 Angestellte von Krankenkassen sowie die Arbeiter der Gaswerke. Im Bundesstaat São Paulo schlossen sich die Volksschullehrer, in Santos die Hafenarbeiter, dem Streik an. Die Bundesregierung und der Gouverneur von São Paulo, Montoro, drohten mit Militäreinsätzen gegen Streikposten. — (sie)

USA: Mehr Frauen erhalten vergleichbaren Lohn

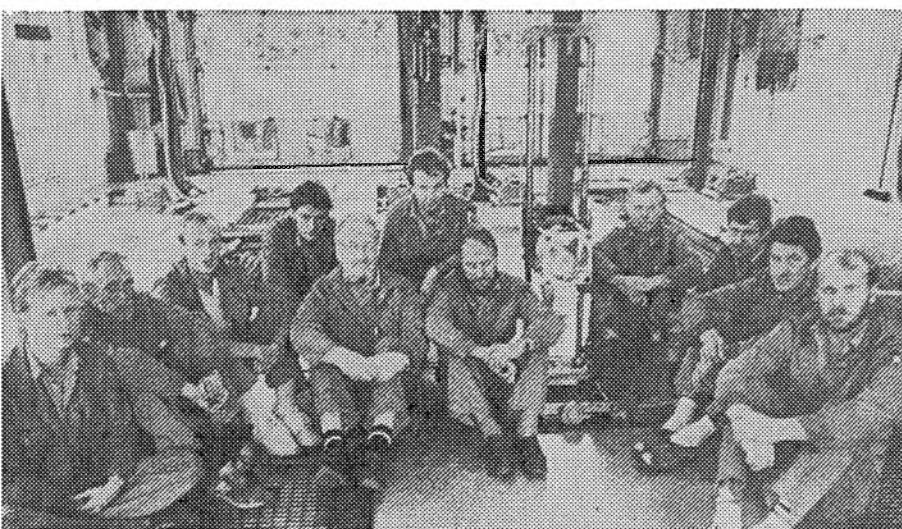
Im Durchschnitt erhalten Frauen in den USA 30% weniger Lohn als Männer. Im Dezember 1985 streikten die Sekretärinnen der Yale Universität im Staat Connecticut für vergleichbaren Lohn. Sie verlangten z.B., daß ihre Arbeitsplätze wie die eines Elektrikers bewertet werden. Ihr Streik führte dazu, daß im Mai dieses Jahres die Landesregierung drei Mio. US-\$ bereit stellte als erste Rate für die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten in den untersten Lohngruppen. In elf weiteren Bundesstaaten sind solche Ausgleichszahlungen begonnen worden. In weiteren 24 Staaten sind entsprechende Verhandlungen im Gange. Noch vor einem Jahr hat die Gewerkschaft im Staat Washington ein entsprechendes Gerichtsverfahren verloren. Heute werden 35000 Beschäftigte dieses Staates in den untersten Lohngruppen 450 Mio. US-\$ zusätzlich über die nächsten fünf Jahre erhalten. Diese Erfolge sind z.Zt. noch auf den öffentlichen Dienst beschränkt, insbesondere weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad

höher ist als in den privaten Dienstleistungsbereichen. Doch setzen immer mehr Gewerkschaften vergleichbaren Lohn für Frauen und Minderheiten auf ihre Verhandlungslisten. — (ger/her)

Reagan will Verbot der Heimarbeit aufheben

Ein seit 44 Jahren bestehendes Verbot von Heimarbeit in sechs zur Bekleidungsbranche gehörenden Gewerben — Frauenbekleidung, Juwelen, Handschuhe, Knöpfe, Taschentücher und Verzierungen — versucht die Reagan-Regierung jetzt aufzuheben.

Das Verbot der Heimarbeit in den sechs Gewerben wurde 1942 nach Jahren von Mißbrauch und Mißachtung von Arbeitsgesetzen erlassen. Seit Beginn der Reagan-Regierung ist die Reaktion planmäßig dabei, die letzten noch bestehenden Arbeitsschutzgesetze aus der Zeit des "New Deal" zu beseitigen. Der AFL-CIO und die Gewerkschaften der Bekleidungsbranche greifen das Vorhaben als die Rückkehr zu Kinderarbeit und Unterlaufen aller Arbeitsschutzgesetze sowie des Minimallohns und der Überstundenbezahlung an. — (ger/her)



Bei Arbeitsbeginn am 28. August traten in Stockholm, Schweden, die Arbeiter der Autopolstereien in einen wilden Streik. Der Grund für den Ausbruch war, daß der Kapitalistenverband für die Branche sich bisher weigerte, einen lokalen Vertrag über eine Lohnerhöhung abzuschließen, der dem im Juni abgeschlossenen zentral abgeschlossenen Lohnabkommen entspricht. Die Arbeiter forderten jetzt zunächst einmal einen Ausgleich für den Lohnverlust von Juni bis zum Ende August. Außerdem mußten sie niedrigere Abschlüsse in den letzten fünf Jahren hinnehmen. Sie erläuterten, daß sie damals in ihrem Stundenlohn höher lagen als die Automechaniker. Heute verdienen sie schon 2,80 skr. weniger in der Stunde als diese. Sofort wollen sie einen Vertrag, der den Verlust der letzten zwei Jahre wettmacht. — (uwb)

aber verurteilten Gerichte in neun Fällen Gewerkschaften wegen Mißachtung einer einstweiligen Anordnung zu Strafen zwischen 10000 Pfund (30000 DM) und 675000 Pfund (2,03 Mio. DM). Das Verfahren: Die Arbeiter streiken, der Kapitalist meint, das sei illegal. Er erhält sofort vom Gericht eine einstweilige Anordnung. Unterstützt die Gewerkschaft den Streik weiter, schlägt das Gericht per Geldstrafe zu. In zwei Fällen wurde sogar das Gewerkschaftsvermögen zeitweilig beschlagnahmt, bei den Bergleuten 1984 und bei der Druckgewerkschaft SOGAT in diesem Jahr. Zwei Beispiele für die Perfidie der Gerichte: Im Juni 1982 wurde die Druckgewerkschaft NGA zu 15000 Pfund verurteilt, weil sie "nicht genug getan" habe — sie habe sich nicht öffentlich von den Streikenden und deren Zielen bei der Druckerei Express & Star in Wolverhampton distanziert. Eddie Shabs "Messenger"-Zeitung-

gruppe erhielt 1983 vom Gericht nicht nur Schadenersatz für den Produktionsausfall zugesprochen — auch die Kosten seiner Vorbereitung für den Prozeß mußte die Gewerkschaft zahlen.

Ebenfalls im Gesetz von 1982 änderte die britische Regierung die Definition des Begriffs "Arbeitsauseinandersetzung". Seit 1906 sind Streiks in Großbritannien dann legal, wenn sie "in Verfolgung oder zur Förderung einer Arbeitsauseinandersetzung" geführt werden. Die Änderung der Definition dessen, was einen "trade dispute" ausmacht (EA 1982, 18), hatte weitreichende Auswirkungen. Denn plötzlich sind nur noch Auseinandersetzungen, die "ganz oder hauptsächlich" auf die Beschäftigungsbedingungen zielen, legal. Politische Streiks, sogar Streiks gegen Privatisierung, aber auch Streiks für die Durchsetzung des Closed Shops (d.h., nur Gewerkschaftsmitglieder werden einge-

stellt) dagegen sind illegal.

Schließlich schaffte die Regierung auch noch den minimalen bestehenden Kündigungsschutz nach Streiks ab. Bis 1982 konnten die Kapitalisten entweder alle oder keinen der Streikenden entlassen. Seither dürfen sie alle entlassen und einzelne (auch zu schlechteren Bedingungen) wieder einzstellen (EA 1982, 19).

Mit dem Gewerkschaftsgesetz von 1984 schließlich griff die Regierung massiv in die Verbandssatzungen ein. Den Gewerkschaften wurden schriftliche Urabstimmungen vor Streiks, aber auch bei der Wahl von Vorständen und in anderen Fragen vorgeschrieben. Die Vorstände dürfen dabei "keinerlei Einfluß" auf ihre Mitglieder ausüben — für Kapitalisten oder Zeitungen gilt dies Verbot nicht. Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben; Labour Research, versch. Ausgaben; LRD: Employment Law under the Tories — (hef)

* Veröffentlichungen *

Atombomben – "Made in Germany"

Das Buch enthält die Materialien der gleichnamigen Konferenz, die im September letzten Jahres stattfand. Für die These, die westdeutschen Imperialisten seien an der Beschaffung von Atomwaffen interessiert und hätten sich trotz des Atombewaffnungsverbots der WEU für die BRD und trotz Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages inzwischen Gelegenheiten verschafft, Atomwaffen zu produzieren, enthält das Buch einiges Material. Allerdings wird aus einigen Beiträgen deutlich, daß selbst die Kräfte der Friedensbewegung, die sich in ihrer Kritik auf die kriegstreiberischen Machenschaften der BRD konzentrieren wollen, Vorurteilen und Irrtümern über den Charakter den BRD oder der imperialistischen Bündnisse, in denen sie Mitglied ist, anhängen. Helmut Ridder, Mitherausgeber der "Blätter für deutsche und internationale Politik", wendet sich gegen die Forderungen nach "Souveränität" der BRD und die Abschaffung von alliierten und anderen völkerrechtlichen Beschränkungen. Er vertritt jedoch die Auffassung, daß auch die NATO ein Hemmschuh für die expansionistischen Vorhaben der westdeutschen Imperialisten sei, weil "die Bündnispartner die außenpolitischen Ambitionen der BRD nicht teilen", und billigt der NATO Beschneidung der Souveränität der BRD zu. Damit nimmt er die bestehende Übereinstimmung in der NATO über das Ziel "Wiedervereinigung Deutschlands" nicht zur Kenntnis. (Atombomben – Made in Germany, Kölner Volksblatt-Verlag, 18,- DM – uld)

SPD verlangt "Bildungspolitik" – aber was für eine?

Björn Engholm, 1982 bis 1983 letzter SPD-Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, jetzt Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen 1987 in Schleswig-Holstein und seit dem jüngsten SPD-Parteitag "in das Zentrum der Partei gerückt", hat zehn Bildungspolitiker und Bildungswissenschaftler veranlaßt, "Beiträge zur Wiederherstellung der Bildungspolitik" zu schreiben. Wenn auch nicht ausdrücklich so formuliert, hat Engholm als Herausgeber des so entstandenen Buches "Demokratie fängt in der Schule an" den Anspruch, sozialdemokratischer Bildungspolitik neue Impulse zu geben.

Einige der Autoren üben durchaus treffende Kritik an der reaktionären Bildungspolitik der CDU/CSU/FDP-Regierung. Dieter Wunder etwa, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, greift die Politik der Bundesregierung an, das ge-

gliederte Schulwesen zu stärken. "Es sind Schulen der Selektion ... Sitzenbleiben sowie Abschulung sind die direkten Auswirkungen dieses selektiven Charakters."

In ihrer Gesamtheit vermitteln die Diskussionsbeiträge jedoch den Eindruck, der wesentliche Mangel der Regierungspolitik sei deren Unfähigkeit, dafür zu sorgen, daß das Schulsystem "der technischen Zivilisation gewachsen bleibt". Der technische Fortschritt habe durch "Mediatierung", Einsatz von Computern und Microchips solche Auswirkungen auf das Leben und Lernen, daß die gegen-



Ex-Minister für Bildung und Wissenschaft Björn Engholm.

wärtige Schule dem völlig plan- und hilflos gegenüberstehe. Eine so gearbeitete Kritik der Reaktion ist nicht nur nicht wirksam. Sie läuft sogar Gefahr, konservativer Bildungspolitik den Weg zu ebnen.

Der wichtigste Diskussionsbeitrag im Teil "Pädagogische Innovationen für die technische Zivilisation" stammt von Benediktus Hardorp, Vorstandsmitglied des Bundes der freien Waldorfschulen. Er hält den Zuständen im öffentlichen Schulwesen die Erfahrungen der "Freien Schulen", insbesondere der Waldorfschulen, gegenüber. Er kommt zu dem Schluß, neben der anderen Pädagogik sei entscheidend für den Erfolg der Privatschulen, daß die Eltern an der Verantwortung beteiligt seien und zwar nicht zuletzt finanziell. Die Auflösung des allgemeinen Schulwesens in private oder auch nur halbprivate Schulen als Perspektive? Das würde die Bemühungen um "Förderung der Elite" und Abqualifizierung des Restes enorm beschleunigen. (Demokratie fängt in der Schule an, Herausgeber: B. Engholm, Eichborn-Verlag, Frankfurt 1985, 28 DM – clm)

Mit Carstens ins Paradies

Die Union arbeitet an einer Mobilisierungsstrategie, die dem emanzipatorischen Denken das christliche direkt entgegengesetzt und die problematisch ist, weil Kapitalisten nicht fromm sind und doch so tun müßten als ob. Vor Kölner Jungunternehmern referierte Carstens die Vorteile religiös begründeter Politik. Wenn Grundwerte wie Nächstenliebe, Gerechtigkeitsinn, Wahrhaftigkeit, Treue und Tapferkeit, auch die Bereitschaft Leistungen zu erbringen, in einem Katalog von Erziehungszielen nicht vorkommen, sei ein solches System auf dem falschen Wege. Nach seiner Überzeugung gehöre auch die religiöse Dimension zu den Aufgaben der Pädagogik. In der nordrhein-westfälischen Verfassung werde die Ehrfurcht vor Gott als eines der vornehmsten Erziehungsziele bezeichnet. Er frage sich, was in der Praxis der Schulen aus diesem Ziel geworden sei. – Die breiige Verbindung von Gott, Geld und Schulsäuberung wanzt sich einfach an den Kapitalistenwunsch nach leistungsbereiten Arbeitern an; es fielen aber auch Worte zum eher Idealen. Kriege dürfe man im Unterricht der Schulen nicht ausklammern, es gäbe auch Rühmliches zu berichten. Generalfeldmarschall Blücher, der Napoleon besiegt habe, hätte die Zuneigung der Europäer genossen wie kaum jemand zuvor oder danach. Er, Carstens, fände es nicht verkehrt, wenn das unseren jungen Mitbürgern erzählt würde als Beispiel für das Ansehen eines deutschen Soldaten in der Welt. Mit welchen Siegen sich deutsche Soldaten heute Ansehen in der Welt verschaffen könnten, brauchte Carstens nicht mehr auszuführen. (Karl Carstens, Demokratie und Vaterland; zu beziehen über: Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln, Herwarthstr. 18, 5000 Köln 1 – maf)

Drohsel: "Die Lohndiskriminierung der Frauen"

Wer die zunehmende Diskussion in den Gewerkschaften über Quotierung und Frauenkarriereförderpläne zu einseitig findet, dem liefert dieses Buch eine Fülle von Argumenten für die Beseitigung der unteren Lohngruppen.

Die Autorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundeshaus, untersucht die Entwicklung der Löhne der Industriearbeiterinnen von 1945 bis heute im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. "So wird die Lohndiskriminierung der Frau durch die Unterbewertung angeblich leichter repetitiver Teilarbeiten und deren angeblich geringe psychische Anforderungen legitimiert, obwohl sich diese Tätigkeiten, die in überwiegendem Maße ungelernten und angelernten Frauen zugewiesen werden, nach

Arbeitsplatzanalysen als besonders belastend herausstellen. Dabei kann mit einer generellen Streichung der Leichtlohngruppen das Problem der Lohndiskriminierung inzwischen gar nicht mehr gelöst werden. Der mittlerweile auch nach oben aufgestockte Lohngruppenkatalog hat zwischenzeitlich die Lohnspanne in letzter Konsequenz so erweitert, daß neben einer Reduzierung des Lohngruppenschlüssels völlig neue Lohngruppen geschaffen werden müßten. Dabei müßte sichergestellt werden, daß die zunehmenden energetisch leichten und monotonen Arbeiten höher als bisher gewichtet werden." (S.244) DrosSEL weist nach, daß es zu keinem Zeitpunkt für diese Position in den Gewerkschaften Mehrheiten gegeben hat und daß jeder Fortschritt in diese Richtung von den gewerkschaftlich organisierten Frauen durchgeboxt werden mußte. IGM-Bundesfrauenkonferenz 1982: "Wir sind auch bei einem längeren Streik bereit, für die Anhebung der unteren Lohngruppen zu kämpfen." 14. IGM-Gewerkschaftstag: keine Mehrheit für den Antrag auf Streichung der Lohngruppe 2. Das Buch enthält außerdem reichhaltiges statistisches und dokumentarisches Material über Frauenerwerbstätigkeit, das Tarifgefüge, analytische Arbeitsbewertung und auch die Tätigkeit des Gesetzgebers und der Gerichte. (Petra DrosSEL, "Die Lohndiskriminierung der Frau", SP-Verlag Schüren, Marburg, 36 DM - rec)

Ein Wahlkampf-Buch für Bürgerliche

Der Erste Bürgermeister Hamburgs v. Dohnanyi im Spiegel v. 11.08.1986: "Die SPD hat es immer so gehalten: zwei Flügel und den Kopf in der Mitte. Das ist die Geschichte der Partei. Die kann nur mit zwei Flügeln fliegen. Die eine Seite muß dafür sorgen, daß man der Realität nahe bleibt, die andere Seite muß dafür sorgen, daß das Träumen nicht aufhört. Ich fühle mich mit den beiden Flügeln wohl. Aber der Kopf muß in der Mitte der Partei sein – das ist richtig." Und so ist auch das Buch von v. Koppanyi "Hamburg – Mein Standort", 168 Seiten, 55 Kapitel, 81 Bilder, im April 1986 für 19,80 DM erschienen. Das Buch ist eine Beweihräucherung der "Standort-Politik" und seiner selbst und zielt direkt auf die Gewinnung bürgerlicher Wähler für ihn als Garanten kapitalistischer Politik. Für den Arbeiter hält er bereit: "Denn was dem Unternehmen nützt, das nützt auch Dir, mein Junge." Für Linke, wohl selbst für SPD-Linke, ist die Traktatensammlung ohne jede Anziehungskraft, weil ohne jedes Zugeständnis. Es paßt zu v. Dohnanyis Absage an jegliche Verhandlungen mit der GAL für den Fall des Verlustes der absoluten SPD-Mehrheit. – (wal)

Gesamtmetall

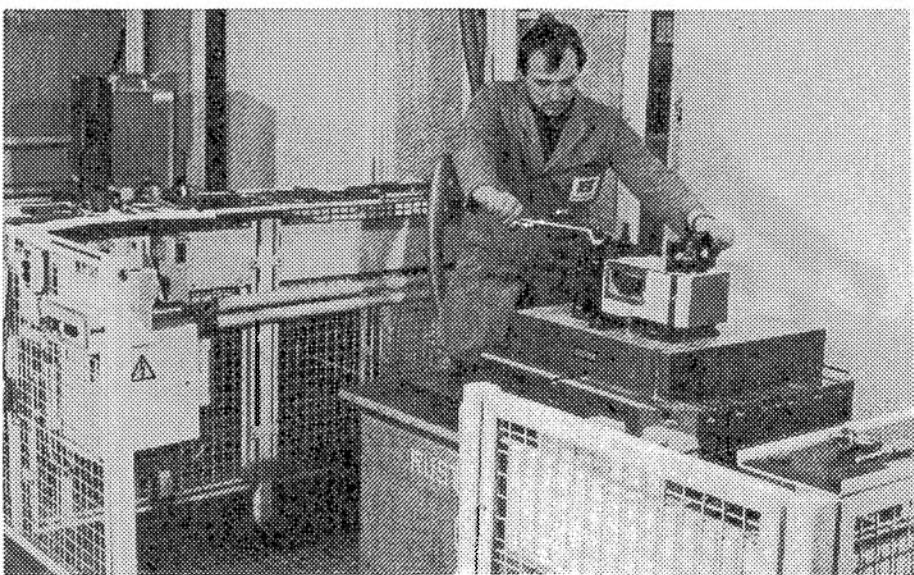
Anwendung neuer Techniken als Schlüsselaufgabe

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände für die Unternehmen in der Metallindustrie Empfehlungen unter dem Titel "Neue Techniken und Arbeit". Da die entsprechende Arbeitsgruppe mit hochrangigen Vertretern aus den Vorständen wesentlicher Metallkonzerne besetzt war, ist das veröffentlichte Dokument bedeutsam für die Auseinandersetzung mit Belegschaften und IG Metall.

Aus den Empfehlungen von Gesamtmetall geht hervor, daß, wenn überhaupt, eine betriebsnahe Auseinandersetzung angestrebt wird. "Es geht also darum, die Mitarbeiter rechtzeitig auf den Einsatz der neuen Techniken vorzubereiten und einzustimmen und mit diesen Techniken weiter zu einer guten Gestaltung der Arbeit beizutragen", heißt es deshalb im Vwort. Von Vereinbarungen mit der IG Metall oder gar von tarifrechtlichen Übereinkünften ist keine Rede. Umso mehr sind Hinweise für die Kapitalisten enthalten, wie das "Einstimmen der Mitarbeiter" gelingen kann und wie den Betriebsräten vorgemacht werden kann, ihre Auffassung würde einbezogen in die Entscheidungsprozesse über neue Investitionen oder veränderte Arbeitsabläufe und dies würde den Interessen der Mitarbeiter gerecht werden. Die praktische Erfahrung zeigt, wie schwierig es für den Betriebsrat ist, ohne tarifliche Grundsätze die Belegschaft vor einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen schützen zu wollen. Blockiert er etwa durch Anrufung des Arbeits-

gerichts die Einführung neuer Techniken zumindest für einen gewissen Zeitraum, hat er sich sofort mit einer Reihe schwergewichtiger Vorwürfe auseinanderzusetzen. Das reicht von der angeblichen Gefährdung der Arbeitsplätze, der Untergrabung der Wettbewerbslage des Unternehmens bis hin zum Vorwurf des Festhaltens an nicht zeitgemäßer Technik und nicht zeitgemäßer Arbeitsgestaltung. Nicht selten finden die Argumente der Kapitalisten Fürsprecher bei jenen Teilen der Gehaltsempfänger, die mit neuer Technik umgehen, indem sie z.B. Zugang zum Betriebscomputer haben, selber aber nicht einer computergestützten Verhaltens- und Leistungskontrolle unterliegen. Die Betriebsräte sind in aller Regel überfordert allein mit der Einschätzung der Möglichkeiten der computergestützten Datenerfassung und Auswertung, zumal wenn keine Fachleute der IG Metall seitens der Verwaltungsstelle zur Verfügung stehen. Es ist kein Wunder, daß Gesamtmetall seinen Mitgliedern empfiehlt, die Betriebsräte in die "Entscheidungsfindung miteinzubeziehen".

Zumindest gilt dies für die Großbetriebe, wo schon seit geraumer Zeit mittels EDV und Betriebscomputer die Lagerhaltung reduziert wird, das Wareneingangs- und Versandwesen optimiert wird usw. Gleichzeitig dienen diese Anlagen der Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Beschäftigten. Die Auswertung der entsprechenden Daten kann regelmäßig erfolgen, und zwar ohne großen Aufwand. Technische Einrichtungen, die es möglich



Zentrale Auf- und Abspannstation bei einer flexiblen Fertigungszelle, Schaffung minderwertiger Arbeitsplätze.

machen, Verhalten und Leistung zu kontrollieren, unterliegen der Mitbestimmung. Insofern haben die Betriebsräte einen gewissen Einfluß und konnten per Gericht oftmals Schutzrechte für die Belegschaften durchsetzen. Das gilt aber längst nicht für alle Betriebe und vor allem nicht für Betriebe, die zu amerikanischen oder japanischen Konzernen gehören. Insbesondere aber gilt es nicht für mittlere oder kleinere Betriebe, wo bereits mit Hilfe von kleinen, dezentral einsetzbaren Personalcomputern seit einiger Zeit versucht wird, Verhaltens- und Leistungskontrollen der Beschäftigten in der Fertigung durchzusetzen, ohne die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Für kleinere und mittlere Betriebe sind die Kapazitäten von Personalcomputern durchaus ausreichend, um den von den Kapitalisten gewünschten Effekt der Möglichkeit der Aussiebung nicht genügend leistungsfähiger Mitarbeiter zu erreichen. Vor allem aber ist der Umgang und die Auswertung der von den Beschäftigten gespeicherten Daten bei Personalcomputern im Gegensatz zu großen EDV-Anlagen in keiner Weise kontrollierbar. Besteht bei EDV-Anlagen die Möglichkeit des Zwangsprotokolls, also die Möglichkeit der nachträglichen Kontrolle der durchgeführten Operationen durch Betriebsrat oder Arbeitsgericht, so besteht bei Personalcomputern diese Möglichkeit nicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Beispiel des Westberliner Elektrounternehmens Schleicher-Relais-Werke. Hier hat die Geschäftsleitung im Juli dieses Jahres ebenfalls für Teilbereiche des Unternehmens, nämlich für den Bereich Leiterplattenbestückung und Prüffeld, versucht, mittels Personalcomputer eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle einzusetzen. Natürlich bezeichnete die Geschäftsleitung dies als eine sogenannte Arbeitsstudie zur Gewinnung von Daten zwecks Verbesserung der Qualität der Produkte. Dem Betriebsrat wurde kurzerhand mitgeteilt, er hätte hier keinerlei Mitbestimmungsrechte. Über die Mobilisierung der Belegschaft in Abteilungsversammlungen und Anrufung des Arbeitsgerichtes konnte der Versuch der Geschäftsleitung zurückgewiesen werden. Der Betriebsrat erreichte sogar eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht, die dem Unternehmen untersagt, die Arbeitsstudie weiterzuführen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde vom Gericht ein Zwangsgeld in Höhe von 10000 DM festgesetzt. Das Unternehmen hat 500 Beschäftigte immerhin, zählt also zu den mittleren Unternehmen. Das Beispiel zeigt, wie weit es mit der "Einbeziehung von Mitarbeitern und Betriebsräten" her ist, wenn die Kapi-

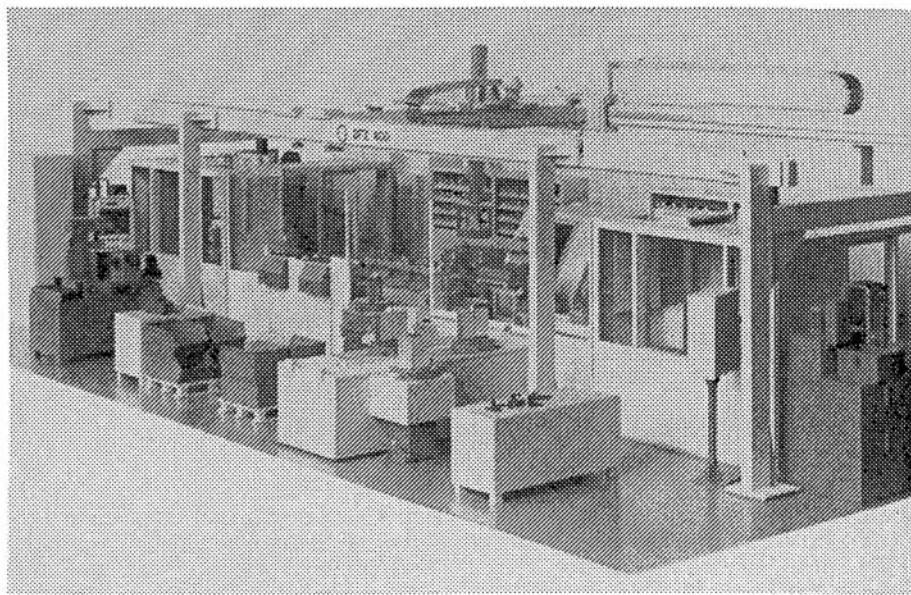
talisten glauben, sie kämen auch ohne das zum Ziel. Dies ist meist in kleineren Betrieben der Fall. Daß es sich im übrigen nicht um eine Ausnahme einer besonders frechen Geschäftsleitung handeln kann, wird dadurch untermauert, daß der Westberliner Verband der Metallkapitalisten die Rechtsvertretung wahrnimmt und vieles darauf hindeutet, daß der Rechtsstreit seitens der Kapitalisten bis zum Bundesarbeitsgericht gebracht werden soll.

Neben den Möglichkeiten verbesselter Leistungs- und Verhaltenskontrolle fordern die Empfehlungen von Gesamtmetall für den Bereich Arbeitsgestaltung im wesentlichen weitere Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit durch und im Zuge der Anwendung neuer Techniken.

In diesem Sinne entsprach bereits der Manteltarifvertragsabschluß mit Regelung der Arbeitszeit durch Vereinbarung mit den Betriebsräten ge-

sonders unattraktive Zeiten (zum Beispiel Nachtarbeit) durch bedienerfreien Betrieb zu überbrücken. Bei der Ausgestaltung der Einsatzpläne sollten alle Möglichkeiten der Flexibilisierung ausgeschöpft und den Mitarbeiterwünschen nach größerer zeitlicher Flexibilität entgegengekommen werden. Auch hier schaffen die neuen Techniken neue Spielräume."

Auch bei diesem Punkt kommen vor allem die Betriebsräte in Schwierigkeiten. Sofern es überhaupt Interesse an sogenannten attraktiven Arbeitszeitmodellen gibt, finden sie sich bei den besser verdienenden Beschäftigten im Bereich Entwicklung, Konstruktion usw. Wahr machen diese einen immer größeren Teil der Belegschaft aus. Sie erhalten jedoch soviel Gehaltsumme und unterliegen Arbeitsbedingungen, wo die effektive Wahrnehmung eines sogenannten Freizeitblocks attraktiv erscheint, ganz im



Sogenannte doppelte flexible Fertigungszelle im geschlossenen Zustand.

nau dem Interesse der Kapitalisten. In diesem Sinne empfiehlt Gesamtmetall die weitere Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit und fordert mehr Spielraum durch entsprechende Tarifverträge. Dabei kalkulieren die Geschäftsleitungen mit Mitarbeitern im Bereich Konstruktion und Entwicklung und deren Interesse an sogenannten attraktiven Arbeitszeitmodellen. Die Anwendung neuer Techniken verlangt geradezu nach flexibleren Arbeitszeiten. In den Empfehlungen heißt es entsprechend: "Neben der traditionellen Schichtarbeit sollten dazu neue, auch für die Mitarbeiter attraktive Arbeitszeitmodelle (individuelle Teilzeitarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit bzw. Aufbau von Freizeitblöcken) entwickelt werden, die die individuelle Arbeitszeit und Betriebszeit zunehmend entkoppeln. Dabei sollten auch die durch die neuen Techniken entstehenden Möglichkeiten genutzt werden, Pausen und be-

Gegensatz zu den schlecht bezahlten Arbeitskräften, die eine andere Art von Reproduktion ihrer Arbeitskraft wahrnehmen müssen. Auch das ist zunächst eine Geldfrage. Wie soll der Betriebsrat das Bündnis herstellen? Er kann es gar nicht ohne eine entsprechende Politik der IG Metall, ohne daß die IG Metall eine Kampagne für den Normalarbeitstag und für ein Normalarbeitsverhältnis betreibt, die bündnisfähig ist, d.h. die verschiedenen Teile der Belegschaften auch zu mobilisieren in der Lage ist. Gewisse Entscheidungen in dieser Richtung fallen hoffentlich auf dem kommenden IG-Metall-Gewerkschaftstag.

Quellenhinweis: "Neue Techniken und Arbeit", Hrsg. Gesamtmetall, Juli 86; Materialien zum IGM-Gewerkschaftstag; Nachrichtendienst Stahl- und Metallindustrie 36/86; Informationen/Argumente für die Führungskräfte des Hauses Siemens, Hrsg. Siemens, März 1986 - (brr)

Südafrika-Veranstaltung mit einem PAC-Vertreter

Braunschweig. Am 4.9. führte das Südafrika-Komitee eine Veranstaltung mit Vertretern des PAC durch. Vor knapp 50 Teilnehmer/innen wurde dargestellt, daß der Befreiungskampf des Volkes von Azania bereits seit der Zeit geführt wird, seit die ersten Weißen im Süden landeten und das Land zu rauben begannen. Das Jahr 1984 hätte lediglich eine neue Stufe hervorgebracht: "Wir haben den Motor des Volkskrieges angelassen!" Zur Unterstützung dieses Kampfes seien auf jeden Fall Sanktionen nützlich. Dadurch würden die Opfer im Kampf verringert. Zur Rolle der Weißen in einem befreiten Azania wurde dargestellt, daß jeder, egal welcher Hautfarbe, in Azania leben kann, wenn er sich in die Kultur Azanias integriere. Auf keinen Fall könne es so sein, wie es die Rassisten z.Zt. verlangten, daß sich die Schwarzen in ihrem eigenen Land der europäischen Kultur der Weißen unterzuordnen hätten. Es wurden am Schluß Unterschriften und Geld (ca. DM 170,00) zur Unterstützung der zum Tode verurteilten Patrioten gesammelt und beschlossen, eine Rundreise zu unterstützen. – (kpm)

Fünfzig Jahre und dreißig sind identisch

Uetersen. Ende August fand in der nach dem NS-Jagdflieger Marseille benannten Kaserne ein Tag der offenen Tür statt. In der Vorbereitung wollte man erst fünfzig Jahre Fliegerhorst und dann wegen politischer Bedenken dreißig Jahre Bundeswehr feiern. Während die Uetersener Fraktionen außer der grün-alternativen Liste (GAL) nichts dabei fanden, regte sich Widerstand gegen die Feierlichkeiten bei der SPD der Gemeinde Appen, auf deren Gelände die Kaserne steht. Sie fand, daß es um eine Feier der fünfzig Jahre ging und sagte die Teilnahme am Bankett ab. Die antifaschistischen Kräfte organisierten die Gegenwehr gegen die Werbung für Kriegsvorbereitung. Am Tag der offenen Tür führte einerseits die Friedensinitiative Uetersen (Versöhnungsbund, Jusos, GAL, DKP) und das Antifaschistische Bürgerkomitee (VVN-BdA, Volksfront, DOKO) andererseits, eine Flugblattaktion vor der Kaserne durch. Das Bürgerkomitee zeigte eine Ausstellung über den faschistischen Inhalt des dort angesiedelten Luftwaffenmuseums und die Friedensinitiative verteilte Luftballons an die Kinder. Die Feldjäger waren angesichts dieser Aktivitäten sehr zurückhaltend. – (uwb)



Mannheim. Vom Friedensmarkt nahm diese Demonstration ihren Ausgang. In einem Flugblatt hieß es u.a.: "Machen wir bei kommenden Veranstaltungen zur Bundestagswahl Chile zum Thema: Jede Bundesregierung muß der Militärjunta wirtschaftliche und militärische Hilfe untersagen! Keine weiteren U-Boote nach Chile, kein Verkauf von Helmen, Schildern und Kampfgasen!" – (tht)

Prozesse wegen Protest gegen RSA-Generalkonsul

Lübeck. Am 14.11.85 fand vor dem "Stadthallencafe" eine Kundgebung mit 100 Teilnehmern gegen eine Veranstaltung der Gesellschaft für Wehrkunde mit dem Generalkonsul der R. Südafrika, Nell, statt. Aufgrund von Polizeiprovokationen ergingen im August 3 Strafbefehle wegen Nötigung, Beleidigung und Körperverletzung. Nachdem Einspruch dagegen erhoben wurde, setzte das Amtsgericht kurzfristig Verhandlungstermine fest. Der erste Prozeß wegen Beleidigung/Verleumdung wurde am 9.9. gegen die Zahlung von 200 DM Bußgeld eingestellt. Am 25.9. findet der Prozeß gegen die beiden anderen wegen Nötigung und Körperverletzung statt. Dabei geht es auch um die Behauptung, einer der Angeklagten sei Verursacher des penetranten Gestanks gewesen, der sich im Veranstaltungsräum verbreitet hatte. Weil die Aktionen gegen den Konsul erfolgreich waren, sollen die Prozesse schnell durchgezogen werden. Ein Unterstützerkreis ruft zur Teilnahme auf. – (cae)

Reaktionäre Ratsmehrheit verhindert Gesamtschule

Dormagen. Auf Grund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster (5. Senat) wurde die Einrichtung einer Gesamtschule in Dormagen auf Betreiben der reaktionären Ratsmehrheit verhindert. Das scheint das vorläufige Ende einer langen Auseinandersetzung zu sein. Ende 1985 hatte noch der Rat der Stadt, mehrheitlich aus CDU, Zentrum und einem weitbekannten Nazi gestellt, der Einrichtung einer Gesamtschule zugestimmt. Als dann 119 Anmeldungen für die Schule eingingen, zog der Rat seinen Beschuß zurück, da 29 der angemeldeten Kinder nicht aus Dormagen, sondern aus der Umgebung

stammten. Kultusminister Schwier (SPD) erzwang dann die Einrichtung der Schule, was jetzt zweitinstanzlich das OVG Münster aufhob. Nicht gescheut hatte sich die CDU in Dormagen, einer Schule den Namen Langermark zu geben. – Die Eltern weigern sich, die Kinder auf eine andere Schule zu schicken. – (rub)

Schärfere Töne aus Revanchistenkreisen

Westberlin. Die zentrale Veranstaltung der Vertriebenenverbände zum "Tag der Heimat" fand erneut in Westberlin statt. Die Teilnehmerzahl war höher als im letzten Jahr und auffällig war auch, daß die Veranstalter äußerlich erkennbaren Faschisten den Einlaß verwehrten. Als Redner traten auf: Innenminister Zimmermann, Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und MdB, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, und der SPD-Fraktionssprecher des Berliner Abgeordnetenhauses, Momper. Czaja stellte das aktuelle Leitwort für dieses Jahr vor: das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Alle Redner, vor allem Zimmermann, befaßten sich mit der angeblichen Unterdrückung deutscher Minderheiten im "Osten". Mehrfach klang an, daß eine Allparteienkoalition in der "deutschen Frage" notwendig sei. Infolgedessen wurde wieder von sogenannten Vaterlandsverrättern gesprochen. So erklärte Czaja in seiner Rede, es habe häufiger Unruhe gegeben um Patenschaften mit Städten aus dem Osten, etwaige Kündigungen seien schärfstens zurückzuweisen, Deutsche, die solche Kündigungen betrieben, richteten sich selbst. Innenminister Zimmermann wie auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, würdigten in ihren Beiträgen die Verdienste der Vertriebenenverbände und wandten sich gegen Vorwürfe, es handele sich um "Kalte Krieger". – (gug)

Bürgerschaftswahl Hamburg

DKP kandidiert zwecks "Profilierung" und ruft auf, - GAL zu wählen

Hamburg. Am 23.08. beschließt die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP, daß die DKP zur Bürgerschaft kandidiert (bis zum Sommer hieß es: definitiv nicht); und: "Die GAL hat zu den Bürgerschaftswahlen 1986 ein demokratisches Reformprogramm vorgelegt, das wesentliche Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung berücksichtigt und sich auf die Friedens- und Arbeiterbewegung, auf die Gewerkschaften zubewegt ... Für die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses und als Hamburger Signal gegen die Bonner Wende ist bei der Bürgerschaftswahl 1986 entscheidend, daß es der GAL gelingt, Wählerstimmen dazuzugewinnen ... Diese Einsicht über eine politisch-effektive Stimmabgabe ... teilen verschiedenste linke Kräfte".



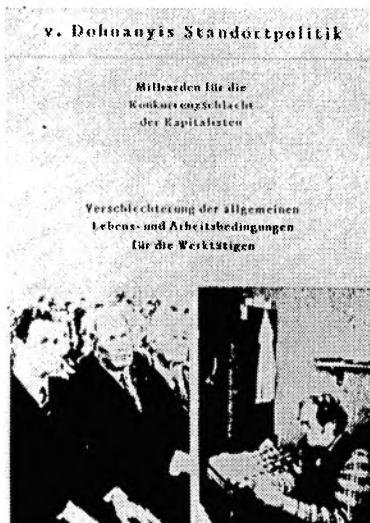
Links: "Das Bündnis"-Gründungskongress Februar 1986. – Rechts: BWK, FAU/R und KPD haben anlässlich der Wahl eine Broschüre "v. Dohnanyis Standortpolitik" erstellt (für 2.60 DM in Briefmarken über GNN, Güntherstr. 6a, 2 HH 76).

Da die DKP ihre Haltung zu Wahlen so sehr unter taktischen, vielleicht bringt's einen Sitz mehr für die GAL, und so wenig unter strategischen Gesichtspunkten definiert, daß sie eine Stimmabgabe für sich für nicht politisch-effektiv hält, ist schwer begreiflich, warum sie ihre Kandidatur überhaupt angemeldet hat. "Wir wollen", so sagt der Beschuß dazu, "die DKP als wichtigen Teil der Linkskräfte weiter profilieren, für unsere Politik werben und unseren Einfluß ausweiten."

Die Begründung ist reinweg formal und macht nach außen nur den Eindruck von "Parteiladenpolitik", insfern völlig offen gelassen wird, wofür mehr als für ein "demokratisches Reformprogramm" die DKP sich einzusetzen will. Müßte nicht eine sich kommunistisch verstehende Partei

mißtrauisch und kritisch auf dem Sprung sein, wenn sich in einer Zeit angespannter ideologischer Klassenkämpfe, die Wahlkämpfe nun einmal sind, ein "demokratisches Reformprogramm" – obendrein noch – auf die Arbeiterbewegung zubewegt? Die DKP müßte einmal, wie auch die anderen "verschiedenste linke Kräfte", darlegen, was das Urnenschleppen für die GAL für die Entwicklung sozialistischer Positionen und die öffentliche Behauptung proletarischer Klasseninteressen eigentlich bringen soll.

In ihrer Wahlkampf vorbereitung hat sich die DKP freiwillig den Weg verbaute, Arbeiterinteressen zum systematischen Ausgangspunkt ihres Wahlkampfes zu bestimmen. Sie führte am 30.11./1.12.85 einen Kongreß "Arbeitsplatz Hamburg – Alter-



native zum Unternehmen Hamburg" durch (mit der "Unternehmen Hamburg"-Rede läutete v. Dohnanyi 1983 die "Standortpolitik" ein), der "Arbeitsplatz" einseitig quantitativ, "mehr Arbeitsplätze", faßte und so vom Thema her mögliche Erwartungen täuschte. Zum 6oseitigen "Forderungs-Programmentwurf" stand in der DKP-Stadtzeitung zu lesen: "Alles das, was wir Kommunisten teilen können, wurde aufgenommen". Und das, was andere nicht teilen können, wurde weggelassen. Ergebnis: ein "politökonomischer Minimalkonsens", der die Ausbeutung, die Gestaltung des Arbeitsplatzes, die Kritik körperlich und nervlich ruinöser Arbeitsbedingungen ausspart. Die DKP hat sich immer stark an der (links-)gewerkschaftlichen Diskussion orientiert, in der zur Zeit grüne Theoriebildung an Bedeu-

tung gewinnt. U.a. deshalb wohl werden Abgrenzungsschwierigkeiten zur GAL erklärlich.

Die von der DKP auf solch inhaltlicher Grundlage initiierte Nicht-nur-Wahl-Organisation "Das Bündnis" wurde dann auch von vielen als im selben Gewässer fischendes Konkurrenzunternehmen zur GAL empfunden. Über das Spektrum der "Friedensliste" hinaus hat sie Einfluß auch nicht erzielen können. Deshalb, und nach Platzierung einer Frau aus "Das Bündnis" auf Platz 22 der GAL-Liste, beschloß "Das Bündnis", nicht zur Bürgerschaft zu kandidieren.

Die UZ vom 30.08. fragte den Hamburger DKP-Vorsitzenden: "Wie wertest du Stimmen, die ... der DKP zu fallen?" Zufallen! "(Sie) zählen natürlich ... für die Kräfte links von der CDU, und sind sicher Stimmen von Menschen, die sich weder von SPD noch GAL vertreten fühlen. Sie wollen über Tagespolitik hinaus für eine grundsätzliche Systemalternative votieren. Für uns ist wichtig, daß diese Stimmen in das Kräftepottential links von der CDU eingerechnet werden". Daß sich revolutionären Interessen bis zum Wahlkreuzmachen hin verpflichtet fühlende DKP-Wähler gefallen lassen müssen, als "links von der CDU" mitgezählt zu werden, liegt in der Logik der Unterschlagung der Aufgaben, derer sich auch in Wahlzeiten anzunehmen einer DKommunistischenP angelegen sein müßte. – (wal)

Asylrecht

Asylrechtsdebatte von der Bürgerschaft abgelehnt

Bremen. Die Asylpolitik sollte das zentrale Thema der ersten Bürgerschaftssitzung nach der Sommerpause sein. Darauf hatten sich SPD, CDU und Grüne geeinigt. Im CDU-Antrag hieß es sinngemäß: "Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechtes". Der Senat wird aufgefordert, die Änderung von Art. 16 Abs. 2 GG zu unterstützen mit dem Ziel: 1. Beschleunigung der Asylverfahren; 2. unverzügliche Rückführung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber; 3. der wirksamen Bekämpfung der Schlepperorganisationen; 4. Einschränkung des Zustromes unberechtigter Asylbewerber durch Vereinbarungen mit den Transitländern, Fluggesellschaften und ihren internationalen Verbänden. Die Grünen wenden sich in ihrem Antrag erstens gegen jede weitere Verschärfung des Asylrechts. Insbesondere mißbilligen sie die Vorschläge zur Änderung von Art. 16 GG. Zweitens halten sie es für ungerechtfertigt, von Asylantenschwemme zu sprechen. Drittens sprechen sie sich für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung aus, die für viele Menschen den Grund zur

Flucht beseitigen kann. Viertens kritisieren sie die Art und Weise, wie Flüchtlinge und Asylbewerber in unserem Lande aufgenommen werden. Zur gleichen Zeit fanden vor der Bürgerschaft Aktionen der Initiativen "Ein Mensch eine Stimme" und "Freie Flüchtlingsstadt Bremen" statt. In dem Aufruf für ein Ausländerwahlrecht heißt es: "Unser Leben wird von einem rassistischen Ausländergesetz geregelt, das uns auf Schritt und Tritt diskriminiert und entreicht." Im Flugblatt "Freie Flüchtlingsstadt Bremen", überwiegend von Kirchen getragen, heißt es: "Wir werden dafür eintreten, daß das Grundrecht auf Asyl seinen Namen wieder verdient. Doch die bisherigen Anstrengungen aller im Flüchtlingsbereich tätigen Gruppen reichen nicht aus. Die praktische Solidarität aller demokratisch gesinnten Menschen ist notwendig. 'Auch ich will einen Flüchtlings schützen!' ist deshalb unser Aufruf an alle, sich bereitzuerklären, einen Flüchtlings von Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtlings bei sich aufzunehmen."

Doch aus der Asyldebatte wurde nichts – aus Zeitgründen. Der erste Punkt der Tagesordnung – Hafenschlick – dehnte sich bei einer Redezeit pro Redner von 30 Min. (sonst 15 Min.) über Gebühr aus. Alle Fraktionen einigten sich auf Absetzung des Tagesordnungspunktes. – (wob)

Asylrecht

Landesregierung bereitet Massenabschiebungen vor

Stuttgart. Kaum hatte die Bundesregierung die von Baden-Württemberg mitinitiierten Gesetzesverschärfungen zum Asylrecht beschlossen, gab die Landesregierung in Stuttgart noch weitergehendere Maßnahmen gegen die Flüchtlinge bekannt. In Karlsruhe soll eine zentrale Ausländerbehörde eingerichtet werden. Ihre einzige Aufgabe besteht darin, über Asylfolgeanträge zu entscheiden und damit "eine beschleunigte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zu erreichen". Die betroffenen Asylbewerber sollen verpflichtet werden, bis zur Entscheidung über ihren Antrag, in der zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe zu wohnen. In Stuttgart soll gleichzeitig eine zentrale Abschiebestelle installiert werden, die für die "Beschaffung der erforderlichen Unterlagen für Abschiebungen, die Koordination mit dem Bundesgrenzschutz und die Organisation der Transporte zum Flughafen" zuständig sein soll.

Offenbar stellt sich die Landesregierung von Baden-Württemberg auf großangelegte Massenabschiebungen infolge der Verschärfung der Asylge-

setze ein. Sie fordert darüber hinaus, daß bundesweit die Abschiebung in Krisengebiete wieder möglich sein soll und der 1983 verfügte Abschiebestopp in den Libanon aufgehoben wird. Notfalls will sie diese Maßnahmen im Alleingang durchziehen.

Seit Jahren schon betätigt sich die Landesregierung derart als Vorreiter bei der Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetzgebung. Als erstes Bundesland hatte Baden-Württemberg 1980 damit begonnen, Sozialhilfe nur noch in Form von Sachleistungen und Taschengeld auszuzahlen und die Asylbewerber in Sammellager zusammenzupferchen. Späths damalige Begründung für das Sammellagerkonzept macht deutlich, welche Konsequenzen sich für die Lebensverhältnisse der Asylbewerber in der BRD vor allem aus dem jetzt bundesweit beschlossenen fünfjährigen Arbeitsverbot ergeben werden: "Sammellager geben uns die Möglichkeit die Arbeitserlaubnis zu versagen ... In Baden-Württemberg hat der Zustrom der Türken um die Hälfte nachgelassen, weil nämlich die Buschtrommeln sehr schnell verkündet haben, geht nicht nach Baden-Württemberg, die machen Sammellager. Das ist der wichtigste Effekt, nämlich der Abschreckungseffekt" (Staatsanzeiger v. 23.7.80).

Die Kosten für dieses reaktionäre Konzept wurden über ein sogen. "Gesetz über die Zuweisung von Asylbewerbern an die Gemeinden" den Kommunen aufgehalst. Es mobilisierte dort reaktionäre Kräfte, die gegen die Asylbewerber und für Gesetzesverschärfungen Stimmung machten. Jetzt ist geplant, die Einwohnergrenze in diesem Zuweisungsgesetz ganz fallen zu lassen, obwohl bereits bei den letzten Änderungen deutlich war, daß kleinere Gemeinden die Unterbringung und die Kosten kaum bewältigen können. Es geht der Landesregierung dabei auch weniger um die Unterbringung der Asylbewerber als um die erneute Mobilisierung ihres reaktionären Anhangs für weitere Gesetzesverschärfungen. – (rac)

Siemens

GRÜNE mit Popularklage gegen Sonntagsarbeit

Regensburg. Ende 1986 beginnt in dem neuen Siemens-Megabit-Werk in Regensburg die Produktion von Chips mit einer Speicherkapazität von einer Million Bits. Siemens will "schritthalten können mit dem, was auf diesem Sektor weltweit getan wird." 600 Mio. DM wurden investiert, 320 Mio. davon zahlte das Bundesforschungsministerium.

Für die Arbeitszeitregelung hat Siemens beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung

eine Ausnahmegenehmigung beantragt für Sonntagsarbeit. Begründung: Bei 52 Produktionsunterbrechungen im Jahr wäre die Qualität der Chips nicht mehr gesichert und alle Konkurrenten in dieser Technologie (in USA und Japan) würden rund um die Uhr arbeiten und hätten damit Wettbewerbsvorteile. Im Februar wurde der Antrag genehmigt.

Peinlicherweise hat weder die Gewerkschaft noch die SPD, noch der Siemens-Betriebsrat etwas gegen diese Ausnahmegenehmigung unternommen.

Im August hat die Katholische Ar-



Sekt für die Chefs, Sonntagsarbeit für die Arbeiter

beitnehmerbewegung (KAB) der Diözese Regensburg die Bayerische Staatsregierung gebeten, noch einmal zu überprüfen, ob diese Ausnahmegenehmigung mit dem § 105 der Gewerbeordnung (Verbot von Sonntagsarbeit) zu vereinbaren sei. Ende August hat dann der Kreisverband Regensburg der GRÜNEN mit einer Popularklage an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof reagiert.

Daß die GRÜNEN gegen die Sonntagsarbeit aktiv werden, ist erfreulich, auch daß sie diese Maßnahme als Vorreiteraktion in Verbindung sehen mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes. Die Begründung für diese Klage ist aber eher konservativ. Die GRÜNEN argumentieren mit dem "Schutz der Familie", dem Verlust der "Religionsfreiheit" (Artikel 125, 126 und 147 der Bayerischen Verfassung) und der Gefahr eines Verdrängungswettbewerbes zwischen Groß- und Mittel- und Kleinbetrieben mit der Folge des Verlustes von Arbeitsplätzen.

Die Popularklage wurde bisher abgelehnt, weil der Kreisverband Regensburg der GRÜNEN kein Klagerecht hat (keine juristische Person). Jetzt wird das Anliegen an den Landesverband der GRÜNEN weiter geleitet. – (uth)

Kommunalwahlen '86

CDU: Familie (SPD: Arbeit) statt Sozialleistungen

Braunschweig. Nach den letzten Kommunalwahlen 1981 wurde mit der "Haushaltskonsolidierung" der offene Angriff auf das "Anspruchsdenken" der Werktätigen begonnen, um der Anspruchsinflation der Kapitalisten auf kommunale Leistungen entsprechen zu können. "Für jeden Bürger wird die Frage, ob er in Zukunft noch Arbeit findet, viel entscheidender sein, als die Versorgung mit Gemeinbedarfseinrichtungen. Allein schon deshalb hat die Wirtschaftsförderung absolute Priorität". (Oberstadtdirektor Körner, SPD, 3.11.82) Wie aus einer unveröffentlichten Schrift der Stadt Braunschweig von 1982 hervorgeht (1), sollten die kommunalen Aufgaben langfristig nach diesem

schaftsförderung oder die unzureichende finanzielle Versorgung der Stadt ausgemacht, obwohl auch letzteres bei entsprechender Gelegenheit ausgewalzt wird: "Bei anderer Gelegenheit haben wir nachgewiesen, daß die Stadt Braunschweig in der Zeit von 1975 bis 1983 durch gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes und des Landes einen Betrag von 244 Mio. DM ... eingebüßt hat." (Stadtkämmerer Dr. Bräcklein am 16.10.85) Als Ursache für den Finanzierungskonflikt werden die "Fachplanungen, Zielsetzungen und Bedarfslisten der 60er und 70er Jahre" entdeckt. Obwohl seit den 60er Jahren der Bedarf an staatlich garantierten Sozialleistungen gewachsen ist, diese Fachplanungen nur eine (in



Oberbürgermeister Scupin, Volksgemeinschaftsideologe: "zum Wohle unserer Stadt, für alle Braunschweiger"

Motto neu festgelegt werden und die betroffenen "Bürger" vom notwendigen Verzicht auf bestimmte Kommunaleistungen bei höheren Kosten überzeugt werden. Zu diesem Zweck stellte die Stadtverwaltung den Fehlbedarf an kommunalen Einrichtungen (Alten- und Jugendeinrichtungen, Betriebshöfe, Wohnungen, Wirtschaftsförderung) zusammen und ermittelte die städtischen Kosten. Ergebnis: Neuinvestitionen insgesamt 1300 Mio. DM, Ersatzinvestitionen 1060 Mio. Der Nettoinvestitionsbedarf für 1983 bis 1995 ergab 180 Mio. DM/Jahr und 21 Mio. DM/Jahr Folgekosten gegenüber den vorhandenen Finanzmitteln von 70 Mio. DM jährlich. Das Finanzierungsdefizit beträgt somit 130 Mio. DM/Jahr.

Als Ursache für diesen Finanzierungskonflikt wurde jedoch von der Verwaltung nicht die expansive Wirt-

vielen Punkten völlig unzureichende Mindestversorgung sicherstellen sollen und diese Mindestversorgungen bei kaum einer dieser Fachplanungen gedeckt ist, wird zunächst der Zusatzbedarf bestritten. "Augenscheinlich haben wir 40 Jahre nach Kriegsende unseren Nachholbedarf an Neuinvestitionen weitgehend erfüllt." (Stadtkämmerer ebd.) für diese Behauptung wird nicht mehr der objektive Bedarf herangezogen, sondern Städtevergleiche, die um nur 1% jährlich sinkende Einwohnerzahl und die räumlichen Versorgungsunterschiede im Stadtgebiet. Denn die größten Defizite bei fast allen Bedarfslisten bestehen in den Altaugebieten, wo überwiegend die unteren Einkommensgruppen wohnen, die aber am meisten auf diese Einrichtungen angewiesen sind. Bei den Kindertagesstätten z.B. liegt die Durchschnittsversorgung

heute bei 68%, aber in den Altaugebieten liegt sie nur bei 40 bis 50%, weil in den Einfamilienhausgebieten teilweise schon über 100% erreicht werden. Die CDU will jetzt auch noch die unentgeltlichen Vorschulklassen abschaffen, die vorwiegend in den Altaugebieten liegen.

Der Bedarf wird 2. indirekt über den am "Markt" sichtbaren "Bedarf" angegriffen, der über die Gebühren erhöhungen und die weitere Vereinigung ausgesteuert wird. Z.B. wurden und sollen auch 1988 (CDU) die Kindergartenentgelte angehoben werden. 1982 wurde sogar ein Mindestentgelt eingeführt, so daß insbesondere ausländische Familien aus Kostengründen ihre Kinder aus dem Kindergarten nehmen mußten. 3. wird der Bedarf über die personelle Situation in den Einrichtungen angegriffen. So wurden in den vergangenen Jahren nach dem Personalabbau insbesondere im Sozialbereich die AB-Maßnahmen extensiv ausgeweitet (1986 sind schon 470 bei der Stadt) und nach drei Jahren Auseinandersetzung wurde 1985 mit dem Arbeitseinsatz für Sozialhilfeempfänger begonnen (1986: 100, zusammen 16% der Beschäftigten). Den Eltern-Kind-Gruppen, denen die Gelder reduziert wurden, werden jetzt von der Stadt Sozialhilfeempfänger bewilligt, die tariflich bezahlt werden.

Demgegenüber wurde in den letzten Jahren immer mehr "Bedarf" hinsichtlich Wirtschafts- und City-Förderung, Stadtgestaltung, insbesondere historischer Stätten, eines neuen Theaters, kurz, für "gehobene" Bedürfnisse festgestellt.

Nach diesen "Einsparungserfolgen" der Reaktion von 39 Mio. DM/Jahr in den letzten Jahren, die von der CDU mit Unterstützung der SPD durchgesetzt wurden, soll jetzt nachgesetzt werden. Die FDP will auf der Ratssitzung am 17.9.86 ein Gutachten zur Privatisierung kommunaler Leistungen beschließen lassen. Die Verwaltung läßt diesmal schon vor dem Wahltermin ein zusätzliches Finanzierungsdefizit von 20 Mio. DM aus dem Sack, womit in den nächsten Jahren reingarne keine Finanzkraft für Investitionen vorhanden sei. Während die neue Finanzministerin der CDU-Landesregierung öffentlich in Braunschweig erklärt, daß die Wirtschaftsförderung nicht am Geld scheitern dürfe. Die CDU propagiert die Versorgung durch die Familie und die unentgeltliche Sozialarbeit und stellt sich einen Freibrief in Sachen Sozialkürzung aus, indem sie sich in ihrem Wahlprogramm über Finanzierungsprobleme vornehm ausschweigt. Die SPD fordert als Voraussetzung für Sozialleistungen die intensive Wirtschaftsförderung und dadurch die Stärkung der Finanzkraft der Stadt.

Anmerkungen: (1) Schriften der Stadt Braunschweig zur kommunalen Planung, Reihe 1, Heft 43, 1982. — (jeb)

"Nordischer Ring"**Rassistentreffen nicht verhindert, aber gestört**

Schleswig. Vom 5. bis 8.9.86 trafen sich in Schleswig Rassisten des "Nordischen Rings", der "Northern League", der "Gesellschaft für biologische Anthropologie" und der "Artgemeinschaft – Glaubensbund wesensgemäß Daseinsgestaltung" zu einer "Vorgeschichtstagung". Sie tagten in Schleswig, weil sich hier "das bedeutendste Vorgeschichtsmuseum Deutschlands" im Schloß Gottorf sowie das neue Wikingermuseum befinden. Von hier aus ging's noch nach Kiel-Molfsee zum Freilichtmuseum und nach Neumünster zum Textilmuseum.

Alle o.g. Organisationen sind im Verfassungsschutzbericht als rechts-extrem beschrieben. Sie erheben die nordische Rasse zur führenden Rasse, weswegen eine nordische Föderation angestrebt wird. Organisator der Tagung und zugleich einer der Referenten war Jürgen Rieger, Rechtsanwalt aus Hamburg, Staranwalt der gesamten Nazi-Szene. Er ist führendes Mitglied in allen o.g. Organisationen. Weiterer Referent war Dieter Vollmer, Schleswig. Dieser schrieb nach dem Krieg für das nazistische Blatt "Der Weg/El Sendero" (Argentinien). Auch er bewegt sich sicher in neonazistischen Kreisen.

Die Volksfront hatte gleich zu Anfang eine Materialzusammenstellung über die o.g. Organisationen erstellt und vertrieben.

Der DGB führte am Samstag eine Demonstration mit 400 Leuten in der Nähe des Schlosses durch. Um 11 Uhr sollten die Faschisten das Schloß besichtigen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter der vier Kreistagsparteien. SPD und SSW beschworen die Einheit des Kreistages und riefen mahnend "Wehret den Anfängen!". Der CDU-Vertreter erzählte, daß in seiner Jugend die SA Bürger verdrosch, die die Fahne nicht grüßten. Zu den Neonazis sagte er nichts, sondern beschwore die Menschenrechte vor allem im Osten. Einzig die GRÜNEN-Vertreterin brachte das Auflösen der Neofaschisten mit den staatlichen Maßnahmen gegen Ausländer und Asylanten in Verbindung und forderte Verbot und Auflösung der faschistischen Organisationen nach dem Alliierten Kontrollratsgesetz. Autonome, Volksfront, BWK, FAU/IAA und GRÜNE zogen mit rd. 250 Leuten vor's Schloß. Ein Auto mit Skinheads fuhr in die Menge und verletzte zwei Demonstranten. Die Faschisten verschoben ihre Besichtigung. Es waren eh nur 80 statt 500 erwarteter Teilnehmer gekommen. Auch am Sonntag änderten die Rassisten ihr Besichtigungsprogramm. Sie gingen vormit-



DGB-Demonstration am 6.9.86

tags statt nachmittags ins Wikingermuseum. Nach dem Fortsetzen der Tagung wurden die Antifaschisten – nach einer kleinen Aktion zur Verwirrung der Polizei – verfolgt und observiert; Fahrzeug- und Personenkontrollen wurden durchgeführt. Mit acht Verhaftungen und einigen Beschlagnahmen hielt sich die Polizei gegenüber anderen antifaschistischen Aktionen eher zurück.

Das Textilmuseum in Neumünster konnten die Faschisten am Montag gar nicht besichtigen. 40 Antifaschisten blockierten den Eingang. Der Museumsleiter schloß kurzerhand sein Museum. Bei Rangeleien mit der Polizei betätigte sich Rieger noch als Schläger. – (sah)

750 Jahre Berlin**Revanchismus wird groß geschrieben**

Westberlin. Am 19. August hat der Senat die Vorlage vom Senator für kulturelle Angelegenheiten, Hassemer, für das Programm zur 750-Jahr-Feier in Westberlin beschlossen.

In der Vorlage weist der Senat darauf hin, "daß die vorbereitenden Arbeiten zur 750-Jahr-Feier davon geprägt waren, daß Berlin nach wie vor die einzige denkbare Hauptstadt aller Deutschen ist. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation." Dieses Zitat verdeutlicht, daß der Senat das Jahr 1987 zu einem Propagandajahr für die "Deutsche Nation" im weitesten Sinne machen will. Der Senat will nach seinen eigenen Worten "das Stadtjubiläum" zu einer "Berlin- und deutschlandpolitischen Standortbestimmung" nutzen. Hierbei will er folgende Elemente einbringen:

- Nachdenken über Geschichte und Zukunft,
- Verbesserung und Verschönerung der gebauten Stadt,
- Feiern der Berliner mit ihren Gästen.

Als wichtigstes bezeichnet der Senat hierbei die "politische Standortbestimmung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." In diesem Rahmen soll 1987 auch der Gründungsakt für das Deutsche Historische Museum durchgeführt werden. Ferner soll eine Konferenz unter dem Titel "Berliner Konferenz 1987 – Perspektiven für das 21. Jahrhundert" abgehalten werden mit dem Ziel, die Entwicklungsmöglichkeiten "Berlins und Zentraleuropas"(!) zu diskutieren.

Die Betonung bei den Feierlichkeiten will der Senat darauf legen, daß das "ganze Berlin" 750 Jahre alt werde. Der Senat will offensiv angreifen, daß "der freie Zugang der Menschen zueinander" durch die Mauer behindert sei. "Ost-Berlin" wolle durch die Feierlichkeiten in der Hauptstadt der DDR die "eigene Rolle aufwerten". Die "politische Aufgabe bei der 750-Jahr-Feier" sei auch, diesen "Versuch zum Scheitern zu bringen."

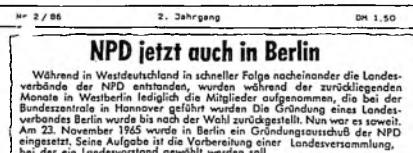
Für diese politische Aggression gegen die DDR und ihre Hauptstadt, wie den weit darüber hinausgehenden Revanchismus, hat der Senat die bislang geplanten Gelder von 65 Mio. DM um 16% auf 75,3 Mio. DM erhöht.

Diese zentrale Absicht des Senats mit der 750-Jahr-Feier wurde bei der Debatte des Senatsbeschlusses im Abgeordnetenhaus von der Opposition nicht angegriffen. Im Gegenteil. Die SPD kritisierte, daß das verbindende Konzept fehle, das die gemeinsame Entwicklung der erst seit 40 Jahren geteilten Stadt deutlich mache. SPD-Fraktionsvorsitzender Momper äußerte seine Befürchtung, daß "Ost-Berlin" "eine ganz große Schau abzieht" und "Westberlin nur ein Kulturfestival besonderer Art". Die AL kritisierte, daß der Senat "Aktivitäten von unten" zur 750-Jahrfeier nicht fördere.

Quellenhinweis: Mitteilungen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses 10/105, Protokoll der Abgeordnetenhausdebatte am 6.9.86. – (kla)



Deutsche Stimme im besetzten Berlin



NPD jetzt auch in Berlin
Während in Westdeutschland in schneller Folge nacheinander die Landesverbände der NPD entstanden, wurden während der zurückliegenden Monate in Westberlin lediglich die Mitglieder aufgenommen, die bei der Bundeszentrale in Hannover geführt wurden. Die Gründung eines Landesverbandes Berlin wurde erst nach der Wahl zunäckstet. Nun war es soweit. Am 23. November 1986 wurde der Landesverband der NPD eingesetzt. Seine Aufgabe ist die Vorbereitung einer Landesversammlung, bei der ein Landesvorstand gewählt werden soll.

Am 5. März 1986 wurde dann im vollbesetzten Saal der "STADIONTERRASSEN" am Olympia-Stadion der LANDESVERBAND BERLIN der NPD gegründet.

MÄRZ

1986

MÄRZ

1986

20 Jahre



Titelblatt des NPD-Organs "Hauptstadtecho" in Westberlin, Frühjahr 86.

Ausländer in Dortmund

Brandanschlag auf türkischen Laden: Polizei und Presse machen Opfer zu Tätern

In der Nacht des 13.7.86 brennt ein türkisches Lebensmittelgeschäft in der Rheinischen Straße in Dortmund aus – Brandstiftung. Die Täter haben Benzin ausgegossen; beim Anzünden gibt es eine Verpuffung. Der Sachschaden beträgt 5000 DM, das Feuer droht auf die über dem Geschäft liegenden Wohnungen überzugreifen; zwei Passanten werden durch die Wucht der Explosion und Glassplitter verletzt. Eine Stunde später nimmt die Polizei einen Täter fest, er hat schwere Brandverletzungen erlitten und konnte daher nicht weit fliehen. Die Dortmunder Presse berichtet über den Vorgang zunächst mit vorsichtiger Parteinaufnahme für die Türken: Eine Familie stehe vor dem Nichts, die Existenzvernichtung drohe, schreibt etwa die "Westfälische Rundschau" (WR) am 15.7.86. Einen Tag später wird vermeldet, der Brandstifter habe gestanden, das Feuer gelegt zu haben, um die Spuren seines Einbruchs zu verwischen. Am gleichen Tag erklärt der DGB als Reaktion auf den Anschlag, der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus müsse verstärkt werden. Eine Aktionseinheit aus GRÜNEN, KPD, BWK, Volksfront und Buchladen Taranta Babu bildet sich und gibt ein Flugblatt heraus, in dem erklärt wird:

... Noch entzieht es sich unserer Kenntnis, ob der Anschlag von organisierten Neo-Nazis verübt wurde. Unabhängig davon können wir aber feststellen, daß solcher Terror Ergebnis ist
 – der ausländerfeindlichen Politik der Regierenden, die Ausländer unter Sonderrecht stellen und unterdrücken,
 – einer Politik, die Volksverhetzung und Rassenhaß duldet und fördert, so durch Duldung faschistischer Organisationen wie FAP und NPD
 – einer Politik, die die Arbeiter spaltet, indem sie dem ausländischen Teil der Arbeitnehmer politische Rechte wie das Wahlrecht vorenthält
 ... Wir fordern daher: Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen gemäß den Kontrollratsbeschlüssen der Alliierten und Art.139 GG!... Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche, als ersten Schritt Kommunalwahlrecht!..."

Von Seiten der Kripo ist zu diesem Zeitpunkt nur zu erfahren, daß der Täter ein Deutscher aus Bochum ist. Die Aktionseinheit führt vor dem ausgebrannten Geschäft Informationsstände durch und verteilt Flugblätter.

Viele Anwohner und Passanten zeigen sich empört über den Anschlag. Anwohner berichten, daß in den letzten Monaten eine "Bürgerinitiative Ausländerstop" im Viertel aktiv war u.a. durch Flugblätter mit Überschriften wie: "Ausländer Stop! Damit Deutschland überlebt!" Diese Initiative besteht seit einigen Jahren und hat ihren Sitz in Bochum. Ihre Adresse ist identisch mit der der NPD in Bochum-Wattenscheid. Zu ausländerfeindlichen Aktionen ist es in der Gegend der Rheinischen Straße des öfteren

festgenommen worden. Die Kripo schloß die Akten und erwirkte Haftbefehle. Daraufhin erscheint in der rechten türkischen Zeitung "tercuman" ein Artikel, der mit Häme feststellt, die Linken seien mit ihrer Unterstützung der Familie auf den Bauch gefallen. Am 24.8. ist Haftprüfung: Der Haftrichter sieht sich gezwungen, die Haftbefehle gegen die beiden Türken aufzuheben, es bestehe kein Tatverdacht mehr. Tatsächlich hatte die Kripo die Ermittlungen eingestellt und die angebliche Anstiftung als Er-



Notdürftig ist der linke Teil des Ladens wieder eingerichtet; rechts wird noch repariert.

gekommen: An mindestens zwei Geschäften wurden in diesem Jahr die Fenster eingeworfen, dasselbe Geschäft, das jetzt Opfer des Brandanschlags wurde, war Anfang des Jahres schon einmal ausgebrannt, der damalige Inhaber gab auf; die Umstände sind allerdings nicht endgültig geklärt. Die Entwicklung in dem Stadtteil legt die Vermutung einer ausländerfeindlichen Aktion bei dem Brandanschlag nahe. Wenige Tage nach Erscheinen des Flugblatts der Aktionseinheit verteilt die faschistische FAP ein Flugblatt, das sich gegen die Antifaschisten richtet, die versuchen würden, die FAP zu diskreditieren.

Dann erscheint eine Pressenotiz: Der türkische Ladeninhaber und einer seiner Söhne seien verhaftet worden, der festgenommene Brandstifter habe sie belastet. Sie sollen ihn beauftragt haben, das Feuer zu legen, es gehe wohl um die Versicherungssumme. Seither ist Schweigen in der Presse. Die weitere Entwicklung wird verheimlicht.

Die beiden Türken waren von der Kripo vorgeklagt und auf dem Revier

gebracht dem Haftrichter präsentiert; tatsächlich gibt es außer der Aussage (ausgerechnet!) des Brandstifters keine stichhaltigen Hinweise und schon gar kein Motiv. Der Laden war erst drei Monate vor dem Anschlag eröffnet worden, die Familie arbeitet hart, um das Geschäft am Laufen zu halten. Keine gerade "typische" Konstellation für einen Versicherungsbetrug.

Mittlerweile liegen der Aktionseinheit Hinweise vor, daß der Brandstifter zu einer Schlägertruppe aus Bochum gehört, die schon des öfteren gegen Türken zu Felde zog. Zu den "Zielen" dieser Angriffe gehörte u.a. auch einer der Söhne des Ladeninhabers; kein Wunder, daß der Brandstifter behaupten kann, er kenne diesen Sohn und der habe ihm Geld geboten für die Tat. Die Vermutung, die Tat sei vor einem ausländerfeindlichen Hintergrund zu sehen, scheint sich zu bestätigen.

Die Freilassung der beiden Türken war der Presse bislang keine Zeile wert. Gegenüber dem Rechtsanwalt der Familie erklärte eine Journalistin, man habe bezüglich den Verhaf-

tungen lediglich eine Pressemitteilung der Kripo abgeschrieben. So einfach ist das! Weitere, eigene Recherchen? Fehlanzeige! Mit solchen journalistischen Methoden nutzt man gewollt oder nicht gewollt denjenigen, die Rassismus und Ausländerfeindlichkeit propagieren. Die Presseberichterstattung hat dazu beigetragen, daß im Laden kaum noch etwas verkauft wird, es bleibt einfach was hängen in den Köpfen der Menschen, und das ist kein Wunder, wenn auch noch die entlastenden Umstände verschwiegen werden. Besonderen "Ruhm" hat sich der "tercüman" erworben, der unter Türken einige Verbreitung hat: Seine Redaktion erklärte, sie habe wiederum nur die deutsche Presse abgeschrieben und übersetzt!

Nicht mehr von Schlampelei sprechen kann man bei der Kripo und ihrer Pressestelle. Sie hat mit ihrer Art der "Ermittlungstätigkeit" ein wahres Glanzstück an Rechtsstaatlichkeit vollbracht. Eine einzige Aussage ausgerechnet des Hauptbeschuldigten reicht aus, um die Ermittlungen ein-

zustellen, Haftbefehle zu erwirken und das Ganze als Erfolg über die Presse verkaufen zu lassen. Uns scheint, diese "Aussage" kam der Polizei sehr gelegen: Die Hintergründe des Anschlags können verwischt werden, über Ausländerfeindlichkeit braucht nicht geredet zu werden, im Gegenteil bewegt man sich auf der Linie der offiziellen Politik, in der das "Türken raus" (mit leiseren Tönen als bei den Neo-Nazis) längst Programm ist, man denke nur an Blüms "Rückkehrhilfen", die die Ruhrkohle AG derzeit "privat" weiterbetreibt (sie will bis zu 3000 türkische Bergleute durch "Rückkehrprämien" los werden), oder an die Kampagne zur Beseitigung des Asylrechts.

Wie sehr die bürgerlichen Parteien eine öffentliche Diskussion über die Lebensbedingungen der Ausländer in der BRD scheuen, zeigte auch das Verhalten des Rats der Stadt Dortmund. Wenige Tage nach dem Brandanschlag (noch vor den Verhaftungen der Türken) lehnte der Rat die Befasung (!) mit einem Antrag der GRÜNEN zu der Angelegenheit ab:

Man könne sich nicht um jeden Einzelfall kümmern und da könne ja jeder mit seinen Problemen den Rat behelligen, lautete die Begründung. Da wollte auch Oberbürgermeister Samtlebe nicht nachstehen und reihte sich in die Reihe der auf einmal Leichtgläubigen ein, indem er nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen gegenüber einem Ratsvertreter der GRÜNEN erklärte, die Sache sei ja wohl erledigt.

Die Aktionseinheit sagt dagegen: Die Angelegenheit ist kein Stück erledigt. Im Gegenteil. Zur Frage der Hintergründe des Anschlags kommt nun die Frage der Haltung von Polizei, Presse und Stadtrat hinzu. Wir sagen: Diese Institutionen tragen in diesem Fall die Verantwortung für die Schürung von Ausländerfeindlichkeit und für die Deckung rechter Anschläge auf Ausländer. Wir erwarten, daß die betroffene Familie offiziell rehabilitiert wird, daß die wahren Hintergründe des Anschlags aufgedeckt werden und daß die Verantwortlichen zu ihrer Art Behandlung des Problems öffentlich Stellung beziehen!

– (Mak, dev, R.E.)

RAG: Erneut Rückkehraktion für ausländische Arbeiter

"Passend" zur derzeit geschürten Ausländer- und Asylantenfeindlichkeit versucht die Ruhrkohle AG erneut, ausländische Kollegen loszuwerden. Das vor einigen Jahren eingeläutete Zechensterben und die Leistungssteigerung unter Tage führen nach Ansicht der RAG zu einem "Personalüberhang". Der gesunkene Ölpreis und der gesunkene Dollar-Kurs haben die Halden bei der RAG erneut seit einem halben Jahr ansteigen lassen. Kurzarbeit und Frühverrentung, Anpassungspläne und kilometerweite Verlegungen der Kumpel der stillgelegten Schachtanlagen reichen der RAG nicht mehr aus: Für hauptsächlich türkische Kollegen, die schon jahrelang hier sind, soll die Heimkehr in die Türkei schmackhaft gemacht werden.

Bei einer ähnlichen Aktion vor zwei Jahren verließen 2700 ausländische Arbeiter die RAG. Heute sind noch 18700 der 113000 Beschäftigten der RAG ausländischer Nationalität.

Das "Angebot" lautet: Zweieinhalb Monatslöhne als betriebliche Abfindung, Zahlung der vollen Treueprämie (624-DM-Gesetz), des vollen Weihnachts- und Urlaubsgeldes im Jahr des Ausscheidens, zusätzlich 10000 DM als "Sonderabfindung". Das gilt für Kumpel, die mindestens 45 Jahre alt sind und schon wenigstens 15 Jahre in der BRD auf der Zeche waren. Dazu gilt die Regelung, daß sie sich auf Antrag ihren Anteil an der Rentenversicherung

auszahlen lassen können.

Für die türkischen Kumpel wird dazu eine Beratungsstelle eingerichtet, die Betonung legen RAG und Betriebsrat auf "freiwillig".

Dieses erneute Abschiebungsprogramm der Ruhrkohle AG versucht, wie schon seit Jahren, die Folgen der Energiekonkurrenz auf die Kollegen abzuwälzen. Die Spaltung zwischen in- und ausländischen Arbeitern wird betont, ausländerfeindlichen Stimmen Vorschub geleistet. "Die dürfen schon mit 45 gehen", ist ein öfter gehörtes Wort, als ob damit Vorteile verbunden wären. Die Abfindungen für die ausländischen Kumpel reichen höchstens für Umzug und einen Anfang zuhause. Was ist aber mit den halbwüchsigen Söhnen, die auch auf der Zeche arbeiten? Familiäre Probleme sowie die Frage nach Arbeit in der Türkei

kommen auf die Betroffenen zu.

Dazu kommt, daß die Auszahlung der Rentenanteile Betrug an den Kumpels ist, die hier jahrelang ihre Haut zu Markte trugen, oft die schwersten und gefährlichsten Arbeiten im Streb machten, sich in den 15 Jahren für die RAG-Kapitalisten kaputt mallocht haben. Immerhin zahlt der Arbeitgeber zur Rentenversicherung bei der Knappschaft einen erheblich größeren Anteil ein, als die Arbeiter selber (9,25% zu 14,25%), außerdem zahlt der Bundeshaushalt Zuschüsse zu jeder Knappschaftsrente. Somit verlieren die türkischen Kollegen für jede Mark, die sie sich auszahlen lassen (und mit der sie sich schließlich in die türkische Rentenversicherung einkaufen müssen!), wenigstens zwei Mark, die sich Knappschaft und Bund einstecken können, die sie nicht als Rente auszahlen müssen.

Es handelt sich bei dieser ganzen "Rückkehraktion" also von vornherein um ein großes Geschäft für die in Krisen geratene RAG und den Staat. Arbeitsplätze, die dringend im Ruhrgebiet gebraucht würden, werden wegrationalisiert. Die Abschiebung gerade älterer Arbeiter soll die weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit erleichtern. Und vergessen werden darf auch nicht, daß es sich um eine erneute Schwächung der Arbeiterbewegung handelt, der die IG-BE-Führung natürlich zugestimmt hat. "Erleichterung der Heimkehr" statt "Ausländer raus" – die Kumpel haben ihre Schuldigkeit für den Profit getan – nun sollen sie gehen!



Ausländische Arbeiter unter Tage

Mannesmann: Erster Erpressungserfolg

Duisburg. Die Drohung der Mannesmann Röhrenwerke mit 3000 Entlassungen hat Erfolg: Die Bundesanstalt für Arbeit will die Frühpensionierung von zunächst 670 älteren Beschäftigten zahlen, Mannesmann muß Arbeitslosengeld und Rentenversicherungsbeiträge nicht erstatten. Das Bundesarbeitsministerium geht davon aus, daß die Rückzahlungspflicht nach § 128 AFG auch für weitere 1500 Vorruhestandsregelungen bis Ende 1987 aufgehoben wird. Die Mannesmann AG, "Mutter" der Röhrenwerke, hat 1985 180 Mio. DM Jahresertrag ausgewiesen. – (wof)

Verleih- und Teilzeitarbeit

Bielefeld. 1981 noch 12, gibt es heute in Bielefeld 15 Leiharbeiterfirmen. Die größten – Piening, Teilzeit-Thiele und Time Power – haben zusammen über 1000 Festangestellte. Alle Bielefelder Metallbetriebe beschäftigen Leiharbeiter; z.B. Benteler z. Zt. 50 Leiharbeiter, Gildemeister zur Zeit 40. Die Leihfacharbeiter werden bis zu einem halben Jahr beschäftigt. Viele machen das schon zwei bis drei Jahre. – Nach dem Arbeitnehmerüberlas-

In Kiel und München fanden am 13.9. Auftaktveranstaltungen der DGB-Jugend zum Aktionsherbst '86 statt. Die DGB-Jugend führt in den nächsten beiden Monaten Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen das Fehlen von Lehrstellen durch. Allein in Schleswig-Holstein und Hamburg suchen 25700 eine Lehrstelle. Mit Informationsbussen, die von München und Kiel starten, sollen Aktionen in den Orten unterstützt werden. Die Abschlußveranstaltung ist am 15.11. in Mainz. – (gba)



sungs-Gesetz sind 10 Überstunden pro Woche zulässig. Bei Thiele werden pro Tag zwei Stundenzettel geschrieben, einer mit 8 Stunden, ein anderer mit den Überstunden. Im August kamen acht Kollegen auf jeweils 55 Stunden/Woche. Im Anstellungsvertrag bei Thiele steht u.a.: "Prämie entfällt, wenn der Mitarbeiter unpünktlich am Arbeitsplatz erscheint." "Der Mitarbeiter verpflichtet sich zum Stillschweigen über die Höhe seines Arbeitsentgeltes. Bei Verstoß besteht ein Kündigungsrecht für Thiele." "Bei verlorengegangenem Werkzeug ist Thiele berechtigt, dem Mitarbeiter die Kosten hierfür vom Lohn abzuziehen." – (bes)



San Francisco/USA: Mit einem Brief an die "Neue Osnabrücker Zeitung" wandte sich die seit dem 11.8.1986 streikende Belegschaft des "Oakland-Hospital". In Osnabrück sitzt die Konzern-Leitung der Paracelsus-Kliniken-Gruppe, zu der das bestreikte Hospital gehört. Der Sekretär der örtlichen Gewerkschaft nannte in dem von der Zeitung teilweise wiedergegebenen Brief als Streikgründe: seit 1983 keine Lohnerhöhung trotz übermäßiger Beanspruchung, für die Patienten würde nur unzureichend gesorgt. 70 Schwestern, Röntgen- und Operationspersonal, Büro- und Küchenkräfte hätten ihre Arbeitsplätze verlassen. Bild: Streikposten vor dem Hospital. – (gba)

Kurzarbeit bei Bosch

Stuttgart. Auftragsrückgänge bei Dieselautos sind laut Bosch Grund für die geplante Kurzarbeit in der Einspritzpumpenfertigung in Feuerbach. "Wegen Nachfragebooms" mußte eben dort bis zum August samstags, sonntags und nachts gearbeitet werden. Der Betriebsrat ist bereit, fünf Kurzarbeitstage bis Dezember zuzustimmen, da die Firma sonst kündigen würde. Einen vollen Lohnausgleich in Höhe der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Nettolohn hatte der Gesamtbetriebsrat 1983 gefordert. Die Firmenleitung lehnte damals wie heute ab. – (ros)

Heimarbeit: Löhne von 3 DM/Stunde

Düsseldorf. 3590 Verstöße gegen die ohnehin mageren Schutzbestimmungen für Heimarbeiter hat die Gewerbeaufsicht in NRW im vergangenen Jahr bei 6071 Überprüfungen von Auftraggebern und Heimarbeitern festgestellt. Bei fast zwei Dritteln der Verstöße (2241) wurde der von den Heimarbeitsausschüssen bundesweit für die jeweilige Branche festgesetzte Mindestlohn unterschritten; an 3380 Heimarbeiter mußten fast 400000 DM nachgezahlt werden. 1985 gab es in NRW 26544 offiziell registrierte Heimarbeiter, 5,1% mehr als 1984. Auftraggeber waren vor allem Kapitalisten aus der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie, der op-

tischen Industrie und der elektrotechnischen Industrie. In einem Fall, es ging um die Herstellung von Rosenkränzen, wurde bei einer Überprüfung nach Refa-Maßstäben ein Stundenlohn von 3 DM festgestellt. – (wof)

Schüler gegen längeren Wehrdienst

München. Nach Beschuß des Kultusministeriums führt die Wehrdienstverlängerung auf 18 Monate (ab Juli '89) dazu, daß die Gymnasiasten ihr Abitur vier Wochen früher als bisher ablegen sollen. Die Folgen liegen auf der Hand: Der Stoff wird derselbe sein, jedoch weniger Zeit. Dagegen wehren sich die Schüler. Die Bezirksschülersprecher Unterfrankens und der Oberpfalz übergaben vor den Sommerferien etwa 8000 Unterschriften mit der Forderung "Bildung statt Militär". Im April '86 hatten die Schüler vom Bezirk Oberbayern bereits 8500 Unterschriften beim Kultusministerium eingereicht. – (lsc)

Noch mehr Lehrer arbeitslos

Bonn. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gab vor der Presse bekannt: Rund 80000 Pädagogen sind zum Schuljahresbeginn arbeitslos. Im Jahr 1985 waren es 71500. Neu eingestellt wurden 4000, die Hälfte weniger als letztes Jahr, nur jeder 20. Bewerber wurde angenommen. Sie erhielten aber in zunehmendem Maße keine vollen Stellen. Von zusätzlichen neuen Stellen sei in keinem Bundesland die Rede. – (gba)

Antikriegstag

Die Kritik des DGB ist ziemlich lau

Wie dem "Nachrichten Dienst" der Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag zu entnehmen ist – man findet hier in Funktion einer offiziellen Verlautbarung des DGB zum 1. September 1986 die Stellungnahme des Bundesvorstandsmitglieds Lothar Zimmermann –, hatte der DGB bei seiner Argumentation auf folgendes sein Schwergewicht gelegt: Frieden und "innerer Frieden", Abbau der sozialen Sicherung, SDI, Tschernobyl und Kernenergie, Hochrüstung und Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte. Beachtenswert ist folgende Passage des "Nachrichten Dienstes": "Politische Priorität müsse die Umstellung von militärischen auf gesellschaftlich sinnvolle Güter erhalten. Wer die Hochrüstung mit der Verteidigung der Freiheit begründe, müsse demokratische Beispiele setzen. Das gelte für die Sowjetunion, besonders im Falle Afghanistan, genauso wie für die USA." Und dann wird Zimmermann wörtlich zitiert: "Wer Nicaragua bedroht, wer den Diktator von Chile unterstützt, wer das Morden in El Salvador nicht verurteilt, wer dem türkischen Militär-Regime direkte und indirekte Unterstützung gibt

und wer das südafrikanische Apartheidsystem toleriert, der wird unglaublich, die Freiheit verteidigen zu wollen." "Unglaublich" ist wohl ziemlich daneben gegriffen. Umgekehrt – genau so "verteidigt" der Imperialismus seine Freiheit in aller Welt. Außerdem: Was kann es für einen Grund geben, all die berechtigten Vorwürfe ausschließlich auf die USA zu beziehen? An all den genannten Punkten hat auch die Bundesrepublik ihre Hände im Spiel: gerade in der Türkei, wo die Bundesrepublik wie vielleicht in keinem anderen Land sonst unmittelbar den Terror gegen die arbeitende Bevölkerung mitorganisiert und die Rahmenbedingungen der Politik entscheidend festlegt. Den Imperialismus der eigenen Republik sollte man nicht ungeschoren lassen. Auffallend ist, daß weder im "Nachrichten Dienst" noch in anderen Berichten über die gewerkschaftlichen Reden zum Antikriegstag Kritik am Revanchismus zu finden ist, obwohl man nicht gerade behaupten kann, daß Kohl und seine Männer in dem Punkt im letzten Jahr Zurückhaltung geübt hätten. So durfte in Westberlin die Junge Union unter dem Schutze des Senats schon mal ein bißchen die "Schandmauer" schleifen. Ebenso wenig findet sich beim DGB etwas gegen die Unionshetze gegen die Asylbewerber. Die Union ist von Pogromen nicht mehr weit entfernt. Historisch ist es nun nicht neu, daß die Hetze gegen "Fremdländisches" in Vorkriegszeiten Konjunktur hat. Für die Stellungnahme des DGB zum Antikriegstag kann man sich wirklich nicht erwärmen. – (thk)



Kiel. 350 Personen nahmen an der DGB-Kundgebung zum Antikriegstag teil. Frank Teichmüller – IGM-Hamburg – forderte die Beendigung des Wettrüstens. Er attackierte konservative Politiker, die über "Gewinnbarkeit von Amtskriegen reden", und daß in diesem Land ebensoviel Geld für die Arbeitsplätze auf den Werften ausgegeben wird, wie für Fregatten für Portugal. – (kaq)



Hamburg. Im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme wurde mit einer Kranzniederlegung der Opfer des Faschismus gedacht. Quelle: "Unsere Zeit", 3.9.1986 – (gba)



Mannheim. Friedensmarkt am 6.9.: Örtliche Forderungen richteten sich gegen das US-Giftgaslager im Wasserschutzgebiet Käfertaler Wald sowie gegen die Gestaltungsverträge zur Ausweitung des US-Panzerübungsgeländes im angrenzenden Viernheimer Wald. – (tht)



Westberlin. 01.09.86. Etwa 7000 folgten dem Aufruf des DGB zur Demonstration. Stark vertreten waren die Forderungen nach einem Boykott gegen Südafrika und für Stopps der Atomtests. Die Kriegspolitik der Bundesregierung wurde kaum angegriffen.

Kunstsammler Ludwig

"Sammeln ist ein Urtrieb – wie Jagen"

So äußerte sich der Aachener Schokoladenfabrikant und größte westdeutsche Kunstsammler Peter Ludwig (Trumpf, Lindt, van Houten, Regent, Mauxion, Novezin) vor Jahren im "Zeit-Magazin". Der "Großbildjäger", wie das Magazin ihn daraufhin nannte, hat sich zur geradezu klassischen Figur des imperialistischen Kunstsammlers entwickelt:

Durch Einheirat in den Schokoladenkonzern Leonhard Monheim zu Macht und Geld gekommen, als promovierter Kunsthistoriker und Erbe einer kleinen Kunstsammlung früh zum Kunstsammeln angeregt, begann er zusammen mit seiner Frau – ebenfalls Kunsthistorikerin – zuerst ältere Kunst zu erwerben. Ab den 60er Jahren sammelte das Ehepaar Ludwig dann vorrangig allerneueste Kunst. Völlig konträr zur damals herrschenden abstrakten (ungegenständlichen) Kunst kauften sie relativ "billig"

massenhaft gegenständliche Kunst, vor allem Pop-Art aus den USA. Ludwigs begeisterter Biograph R. Speck übertreibt kaum, wenn er die Tragweite dieses Schrittes beschreibt: "Pop Art wird ihm 'Tor zur Welt', und seinen daraufhin einsetzenden Aktivitäten verdankt zuerst das Rheinland, dann schließlich ganz Europa eine kulturelle Bereicherung in unvorstellbarem Ausmaß." Und interessant was er hinzufügt: "Auf unideologische Weise hatte Ludwig zur Popularisierung der Kunst beigetragen." Wo bei er sich anscheinend sowohl von der Unpopulärität der abstrakten Kunst distanzieren will als auch von der ideologischen Weise, mit der die Nazis eine "Popularisierung" der Kunst verbucht hatten.

Was diese Herrschaften allerdings unter Popularisierung verstehen, wird aus einem weiteren Zitat deutlich: "Die Avantgarden wurden mit Ludwigs Hilfe –

durch seine Institution – so rasch zu festgeschriebenen Stilen." Die Aachener Neue Galerie, in der Ludwig die von ihm und seinen Ratgebern (Museumsdirektoren, Galeristen, Kritikern) jeweils als brandaktuell festgelegte Kunstrichtung aussellt, benennt den Sachverhalt schnörkellos: "Sein Haus steht aus und benennt die Richtungen."

Wieso kann Ludwig mit seinen Beratern so ungehindert bestimmen, was Kunst zu sein hat, auch ohne Reichskultkammer? Am neuen Kölner Museumsprojekt läßt sich die Frage gut klären. 1976 erster Akt: Schenkung der Sammlung Ludwig (Moderne Kunst) an die Stadt Köln. Auflage: Bau eines Museums für die Sammlung bis zu seinem 60. Geburstag 1985, andernfalls Vergabe der Sammlung an eine andere Stadt. Dieses übliche Erpressungsverfahren der Kapitalisten gegenüber Kommunen praktizierter Ludwig mehrmals sowohl mit seinen Schokoladenfabriken als auch mit seinen Sammlungen. Diese befinden sich inzwischen in rund 20 Museen im In- und Ausland: Aachen, Wien, Teheran, Berlin (DDR), Oberhausen, Köln ... 2. Akt: Ein ei-

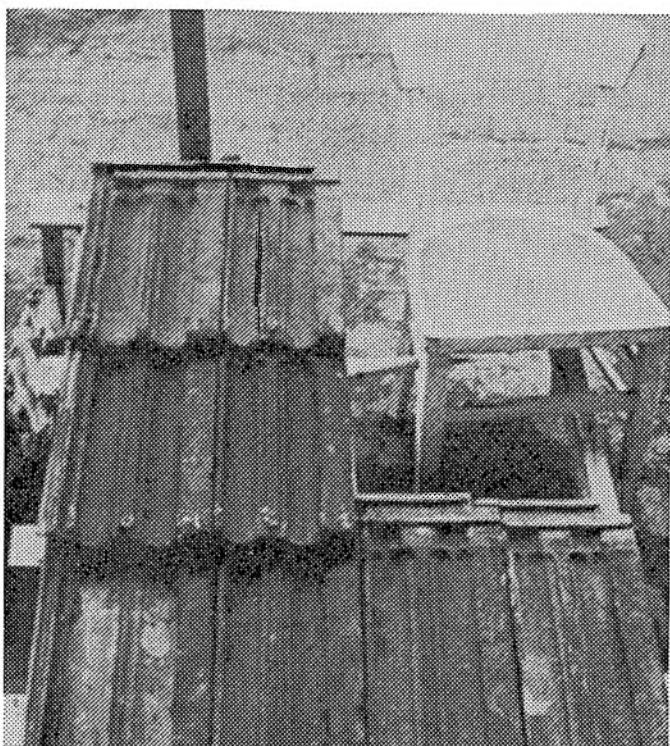
gener Artikel ließe sich darüber schreiben, wie Ludwigs Lobby mit Hilfe der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU (Kölner Klüngel) die Bewohner des Martinsviertels, in das der Museumsbau gesetzt wurde, austrickte und Ludwig ein Museum hinstellte, ohne daß sie es irgendwie hätten verhindern können. 3. Akt: Verleger Neven Dumont entfaltet zur Eröffnung des Museums und der dazu gebauten Philharmonie eine wüste, wochenlange Lobesorgie in seinem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er ließ eine 48-seitige (!) Extrabeilage zum Stadt-Anzeiger herausgeben. Motto: Köln ist endlich Weltkulturmétropole geworden. Die "Frau aus dem Volke" wird zitiert: "Ich komme mir wie beschenkt vor, wie Weihnachten." Ludwig lädt rund 600 Exemplare der Kultur- und Künstlermeute aus aller Welt ein. Neue Bücher über Ludwig und seine Sammlung erscheinen. Kühl bemerkt Ludwig zu all dem: "Ohne meine Schenkung würde hier kein Stein stehen." Kulturdezernent Nestler rechnet mit 2 Mio. Besuchern pro Jahr. Das ARD-Fernsehen (6.9.86) sprach von 18 Mio. DM Folgekosten für das "Jahrhundertbauwerk", dessen Kosten sich so schon auf rund 320 Mio. DM belaufen.

Ludwig ist der ausgereifteste Prototyp für eine neue kulturelle Großoffensive. 30 Museumsneubauten wurden in den westdeutschen Kommunen aus dem Boden gestampft, der Kölner ist nur der gigantischste. Die Kommunalpolitiker erhoffen sich in Konkurrenz zueinander eine wachsende "kulturelle Tourismusindustrie" durch solche Kulturläste, die – wie Ludwigs Biograph äußert – nicht die "Subkultur" fördern, "sondern die hohe Kunst auf besser überbaubare Sockel" setzen sollen.

Ludwigs Sammlung "Hoher Kunst" des 20. Jahrhunderts enthält durchaus etliche interessant gemachte Bilder, einige schöne dazu, aber obwohl sie sich "unideologisch", pluralistisch und experimentierfreudig gibt, hält sie sorgfältig die rebellische, antifaschistische und antikapitalistische Kunst außen vor. Ist es dazu ein Widerspruch, wenn Lud-



Unter dem Heinrich-Böll-Platz im Vordergrund befindet sich die neue Philharmonie. Dahinter sind Teile des Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig zu sehen. Architektonisch auffällig ist die Tageslichtführung durch schräge Oberlichter über die gerundeten Wandungen in die einzelnen Säle hinein. Dicht dahinter liegt das Römisch-Germanische Museum (nicht sichtbar), daneben der Kölner Dom.



Satirisches Objekt der Initiative "Stoppt das Ludwigs-Museum!" / SSK Köln/Volksblatt. Untertext im Buch: "Titel: Penthäus für Arme. Künstler: LEG (Landesentwicklungs-gesellschaft). Dieses angewandte Kunstwerk entstand als Auftragsarbeit der Landesregierung: Wohnformen, die bisher nur für Reiche vorgesehen waren, auch für Arme zu entwickeln."

wig gegen das dümmliche Vorurteil der Kalten Kriegs-ideologen als erster west-deutscher Sammler DDR-Kunst, sowjetische und bulgarische Kunst sammelte? Nein. Ludwig ist ein Mann mit grenzüberschreitendem Weitblick. Sein Schokoladengeschäft floriere dort besser, wo er Kunst kauft, sagt er, und daß man Kunst "aus dem kommunistischen Machtbereich" (Ludwig) besser beizeiten in seinem Sinne historisch einsortiert, statt zu warten, bis man sie nicht mehr verschweigen kann, weiß Sammler Ludwig. Und daß er Meister im unauffälligen Unterschlagen ihm nicht genehmer Kunstwerke ist, sieht man an seiner Sammlung deutscher Kunst des 20. Jahrhunderts bestens. Steht aber zu seinem europäischen Weitblick nicht in Widerspruch, daß er jüngst für ein verstaubtes nationales Denkmal, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in seiner Heimatstadt Koblenz, Geld spendete, um es wieder aufzubauen zu lassen? Oder daß er sich mit seiner Frau von dem Nazi-Bildhauer Breker porträtieren ließ und dessen

Rehabilitation fordert, wo Breker doch dem übelsten Nationalismus in seinen Plastiken zum Ausdruck verhalf? Im Gegenteil. Kaiser-Wilhelm-Denkmal und Breker-Plastiken sind Symbole für den brennenden Wunsch nach supranationaler Dimension des deutschen Imperialismus. Und diesen Wunsch teilt Ludwig durchaus. So gesehen befindet er sich keineswegs in einer unerklärbaren Geschmacksverirrung oder Verwirrtheit, wie der "Spiegel" argwohnt, sondern in bewußter historischer Kontinuität. Man sollte sich nicht von der bunten Stilvielfalt, dem "unideologischen" Individualismus solcher Sammlungskonzepte täuschen lassen: Ludwigs konsequente Kulturpolitik läßt erahnen, wie dieser brennende Wunsch mit Hilfe eines "überlegenen" Freiheitsanspruchs in der Kunst wieder attraktiv gemacht werden soll.

Quellenhinweis: R. Speck: Peter Ludwig, Sammler, Insel-Taschenbuch 533, 1986; Kölner Volksblatt/Druckbetrieb: Der Kunstlump, 12 DM – (güv)

Dokumentation

Finanzausschuß gegen Versorgung von NS-Opfern

Im folgenden dokumentieren wir die Beschußempfehlung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages vom 25.6. 1986, durch die folgende Anträge für erledigt erklärt werden sollen:

1. Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 10/4127): Verbesserung der Situation der Sinti und Roma
2. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drucksache 10/4128): Lage der Sinti und Roma und verwandte Gruppen
3. Entschließungsantrag der Grünen (Drucksache 10/4129): Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandte Gruppen
4. Antrag der Grünen (Drucksache 10/4040): Gesetzentwurf zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Zeit von 1933 bis 1945
5. Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 10/4638): Bestandsaufnahme, Bericht und Prüfung von verbesserten Leistungen an Opfer nationalsozialistischer Verfolgung von 1933 bis 1945
6. Antrag der Grünen (Drucksache 10/4640): Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit
7. Unterrichtung durch das Europäische Parlament (Drucksache 10/4996): Entschließung zu Entschädigungsleistungen für ehemalige Sklavenarbeiter der deutschen Industrie.

A. Problem

Anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestages Anträge eingebracht, die sich mit der Situation der Opfer des NS-Regimes befassen. Das Europäische Parlament hat eine entsprechende Entschließung verabschiedet, über die der Deutsche Bundestag unterrichtet worden ist. Ein Teil der Vorlagen betrifft alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, ein Teil die Sinti und Roma sowie verwandte Gruppen, ein weiterer Teil die von der NS-Regierung zur Zwangsarbeit herangezogenen Menschen. Die Vorlagen fordern teils eine Bestandsaufnahme der für die NS-Opfer bisher erbrachten Wiedergutmachungsleistungen, teils eine Prüfung der Möglichkeiten für eine Verbesserung dieser Leistungen, teils aber auch neue gesetzgeberische Maßnahmen zur Entschädigung und Versorgung der NS-Verfolgten. Hinsichtlich der Sinti, Roma und verwandten Gruppen werden darüber hinaus nicht-finanzielle Maßnahmen vorgeschlagen, die u.a. die eigene Identität dieser Bevölkerungsgruppe sichern, das Verständnis für sie stärken, über ihr Schicksal unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft informieren, Diskriminierungen verhindern und ihre Zukunftschancen verbessern sollen.

B. Lösung

In einer Entschließung wird festgehalten, daß die Erinnerung an die nationalsozialistischen Gewalttaten nicht verloren gehen darf, daß weiterhin versucht werden muß, zur Versöhnung und Wiedergutmachung beizutragen, und daß auch das an den Sinti, Roma und verwandten Gruppen begangene Unrecht erkannt wird. Darauf hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, u.a. – so bald wie möglich, spätestens aber bis zum 1. November 1986, im Rahmen einer umfassenden und detaillierten

Bestandsaufnahme einen Bericht über alle bisher erbrachten und noch laufenden Wiedergutmachungsleistungen vorzulegen,

- mitzuteilen, wie Sinti, Roma und verwandte Gruppen und zwangssterilisierte Personen bei den Wiedergutmachungsleistungen berücksichtigt worden sind bzw. welche Verfolgtengruppen bisher keine oder nur geringe Wiedergutmachungsleistungen erhalten haben,
- darüber zu informieren, ob und ggf. in welchem Umfang Personen, die unter dem NS-Regime zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, Entschädigung gewährt wird oder gewährt werden kann und welche pauschalen Wiedergutmachungsleistungen an ausländische Staaten gezahlt worden sind,
- darauf hinzuwirken, daß das Schicksal der Sinti, Roma und verwandten Gruppen während der NS-Diktatur erforscht und dargestellt und ihr kulturelles Erbe erhalten und gefördert wird,
- zu prüfen, wie die Lebenschancen der Sinti und Roma verbessert werden können und
- sicherzustellen, daß Sondererfassungen der Sinti und Roma bei polizeilichen Informationssystemen und anderen Dateien ausgeschlossen werden.

Die Anträge und die Unterrichtung durch das Europäische Parlament werden durch die vorgenannte Entschließung für erledigt erklärt.

Annahme des Entschließungsantrages mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN. Die Erledigterklärung der Anträge erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Fraktion DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Derzeit keine konsensfähigen Alternativen

D. Kosten

Da der Entschließungsantrag keine konkreten Maßnahmen feststellt, verursacht er keine Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. folgende Entschließung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag bekundet:

1. Die Erinnerung an das schwere Unrecht, das den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung zugefügt wurde, darf nicht verloren gehen. Wir sind uns alle bewußt, daß es angesichts der Leidensgeschichte der Opfer Wunden gibt, die niemals ganz verheilen können. Wir leben jedoch in der Hoffnung, daß die nachgeborenen und zukünftigen Generationen die offenen Wunden ihrer Geschichte schließen können. Wir können vergangenes Unrecht nicht ungeschehen machen; aber wir haben versucht und werden weiter versuchen, in redlicher Weise zur Versöhnung und Wiedergutmachung beizutragen.

2. Die Verfolgung durch die Nationalsozialisten im Dritten Reich galt auch den Sinti, Roma und verwandten Gruppen. Sie bedeutete für viele von ihnen den Tod. Erniedrigung, Verfolgung und Ausgrenzung gingen der Gefahr gegen Leib und Leben voraus.

Rassendiskriminierung darf es auf deutschem Boden nie wieder geben.

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages erkennen das an den Sinti, Roma und verwandten Gruppen begangene Unrecht und die sich hieraus ergebende Verantwortung unseres Gemeinwesens. In unserem Zusammenleben mit ihnen sind wir heute ganz besonders zu Aufgeschlossenheit und Toleranz, Anteilnahme und Hilfsbereitschaft verpflichtet. Der Deutsche Bundestag ist der festen Überzeu-

gung, daß das Verständnis für Kultur und Tradition der Sinti, Roma und verwandten Gruppen weiter stetig wachsen muß und pauschale Vorurteile das friedliche Miteinander stören.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Mitbürgerinnen, Mitbürger und die staatlichen Stellen in Bund, Ländern und Gemeinden, jegliche Diskriminierung zu unterlassen und für die Gleichbehandlung in unserer Gesellschaft mit ganzer Kraft einzutreten.

Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Klarstellung der Bundesregierung, daß Sinti und Roma im Informationsystem "INPOL" nicht gesondert erfaßt werden und Bund und Länder entsprechend dem Anliegen des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma den Begriff "Landfahrer" und den Zusatz "ZN" im INPOL-System gestrichen haben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt weiterhin die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung der Selbsthilfe, Selbstdarstellung und Selbstorganisation der Sinti und Roma z.B. im Rahmen des Aufbaus einer Geschäftsstelle und sozialen Beratungsstelle des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihm so bald wie möglich, spätestens aber bis zum 1. November 1986, im Rahmen einer umfassenden Bestandsaufnahme im Benehmen mit den Bundesländern einen Bericht über alle Leistungen vorzulegen, die aufgrund der verschiedenen Gesetze und sonstigen Regelungen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts vom Bund und den Ländern gewährt worden sind,

2. die Zahl der Empfänger von Renten nach den Wiedergutmachungsgesetzen, die derzeitige Höhe dieser Renten, getrennt nach Einzelpersonen und Ehepaaren – gegebenenfalls mit Kinderzuschlägen –, und die Kriterien für die unterschiedliche Höhe der Leistungen entsprechend den beamtenrechtlichen Bestimmungen bekanntzugeben; sie wird ferner um Mitteilung gebeten, welche Versorgungs- und Rentenleistungen nach anderen gesetzlichen Regelungen auf die Renten nach den Wiedergutmachungsgesetzen angerechnet werden, sowie dazu, ob diese Leistungen verbessert werden können.

3. mitzuteilen, wie Sinti, Roma und verwandte Gruppen in den Wiedergutmachungsgesetzen und bei der Durchführung dieser Gesetze berücksichtigt worden sind, insbeson-



Vertreter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma bei einer Kundgebung in Bergen-Belsen 1979

dere ob die Gleichbehandlung mit den anderen Verfolgten in allen Fällen gewährleistet ist,

4. darzulegen,

- a) wie viele zwischen 1933 und 1945 zwangssterilisierte Personen gegenwärtig noch leben,
- b) wie viele zwischen 1933 und 1945 zwangssterilisierte Personen bislang Leistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz und Bundesentschädigungsgesetz erhalten haben,
- c) wie viele Euthanasiegeschädigte und deren Nachkommen gegenwärtig noch leben,
- d) wie viele Euthanasiegeschädigte und deren Nachkommen bislang Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz in Anspruch genommen haben,

und zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die psychische Rehabilitation dieses Personenkreises zu verbessern und um zu ermöglichen, daß diese besonders benachteiligten Personenkreise die ihnen zustehenden Leistungen erhalten,

5. darzulegen, welche Gruppen von NS-Geschädigten nach deren eigener Darstellung bisher ganz oder teilweise von der Entschädigung (z.B. wegen Fristversäumnis) oder von Härteleistungen ausgeschlossen waren (z.B. NS-verfolgte Spätaussiedler, Homosexuelle),

6. einen Bericht über die Abwicklung der "Vergabe von Mitteln an Verfolgte nichtjüdischer Abstammung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen im Rahmen der Wiedergutmachung" nach den Richtlinien der Bundesregierung vom 26. August 1981 vorzulegen; dieser Bericht soll das Parlament über Zahl und Art der angemeldeten Fälle sowie über den Umfang der Leistungen unter Einschluß des Wiedergutmachungs-Dispositions-Fonds nach § 8 der Richtlinien unterrichten; der Bericht soll weiterhin darstellen, wie bürokratische Verfahrensweisen und Verzögerungen bei der Gewährung von Leistungen ausgeschlossen werden können; er soll darüber hinaus darlegen, ob und gegebenenfalls welche Benachteiligungen durch das Urteil des Bundesgerichtshofes von 1956 oder durch vergleichbare Entscheidungen entstanden sind,

7. mitzuteilen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang den durch NS-Zwangsmaßnahmen zu Zwangarbeit gezwungenen deutschen und ausländischen Staatsangehörigen Entschädigung gewährt wird oder gewährt werden kann,

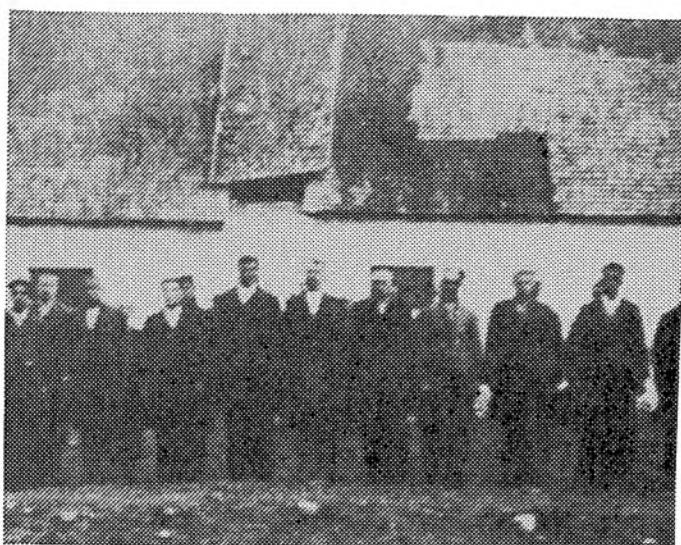
8. die Höhe und den Zeitpunkt mitzuteilen, zu dem Pauschalzahlungen im Rahmen der Wiedergutmachung an welche ausländischen Staaten gezahlt worden sind,

9. Bemühungen, die darauf abzielen, das Schicksal der Sinti, Roma und verwandter Gruppen während der NS-Diktatur zu erforschen, zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist zu fordern, daß in dem geplanten "Haus der Geschichte" entsprechend dem Vorschlag der Sachverständigenkommission das Schicksal der Sinti, Roma und verwandter Gruppen während der NS-Diktatur dargestellt wird,

10. daran mitzuwirken, das kulturelle Erbe der Sinti und Roma zu erhalten und zu fördern. Dabei sind insbesondere die Überlegungen einzubeziehen, die die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 21. Dezember 1982 zur Frage der Errichtung eines Kultur- und Dokumentationszentrums ange stellt hat.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung dazu alsbald mit den Ländern Gespräche führt.

Auch sollen Forschungsvorhaben gefördert werden, die sich der Geschichte der Sinti und Roma, der Methoden und Auswirkungen der NS-Rassenideologie und -politik gegen Sinti und Roma und den augenblicklichen Problemen der Sinti und Roma in den europäischen Staaten widmen. Hierzu sollen alle während der NS-Zeit bei Polizei, Gesund-



Inhaftierte Roma in Lackenbach/Österreich 1940/41

heits- und anderen Behörden angelegten Zigeunerakten, die verfügbar sind, herangezogen und sichergestellt werden; dies gilt auch für jene NS-Akten, die nach 1945 zum Teil in sog. Landfahrerakten und -karteien weitergeführt wurden und noch in Polizei-, Landes- und Stadtarchiven sowie Gesundheitsämtern lagen,

11. zu prüfen, wie die Lebenssituation der Sinti und Roma, insbesondere in Bezug auf die Ausbildung, Berufsberatung und Berufsausbildung sowie die Gesundheits- und Sozialfürsorge verbessert werden kann. Insbesondere möge die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß schulisch und beruflich benachteiligte Sinti und Roma in den Genuß von beruflichen Förderungsmaßnahmen und Alphabetisierungsprogrammen kommen können. Die Bundesregierung soll mit Werkstättenmodellen traditionelle Berufe von Sinti und Roma, die ihnen eine soziale Eigenständigkeit sichern können, fördern,

12. einen Bericht über die Auswirkungen der Empfehlungen des Deutschen Städtetages vom 23. August 1984 "Hilfe für deutsche Sinti und Roma" zu geben und auch mitzuteilen, welche Maßnahmen von den anderen kommunalen Spitzenverbänden eingeleitet wurden bzw. beabsichtigt sind,

13. sicherzustellen, daß auch künftig jede Sondererfassung von Sinti und Roma bei Polizeibehörden, in polizeilichen Informationssystemen sowie anderen Dateien ausgeschlossen wird. Gleicherweise ist sicherzustellen, daß bei behördlichen Mitteilungen an die Medien jede Verwendung von Bezeichnungen unterbleibt, die einen Rückschluß auf die Zugehörigkeit einer Person zu den Sinti und Roma zuläßt,

14. darzulegen, welche Probleme es hinsichtlich eines gesicherten Aufenthaltsstatus der seit langem legal in der Bundesrepublik lebenden Sinti und Roma, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, gibt und welche Lösungsmöglichkeiten es hierfür gibt.

2. Die Anträge zu den Nummern 1,2,4,5 und 6, der Entschließungsantrag zu Nummer 3 und die Unterrichtung durch das Europäische Parlament zu Nummer 7 werden durch die vorgenannte Entschließung für erledigt erklärt.

Bonn, den 25. Juni 1986

Der Finanzausschuß
Gattermann (Vorsitzender)

Poß, Schulhoff (Berichterstatter)

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/5765,
10/5796, 10/5797; siehe auch Politische Berichte Nr.
16/86, S. 7 – (anl)

Aus der Diskussion der Organisation**Ergebnisse der Sitzung des Zentralen Komitees
des BWK vom 13./14. September 1986****Bundestagswahlen 1987
Bericht an das Zentrale Komitee**

Das Leitungstreffen von BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG (NHT) und KPD beschloß am 10. Mai einen Kongreß zu den Aufgaben der revolutionären Sozialisten zu den Bundestagswahlen. Inzwischen haben die Beilagenorganisationen eine Einladung zu dem Kongreß am 1./2. November 1987 "Vor den Bundestagswahlen 1987: Aufgaben und Ziele der revolutionären Sozialist(inn)en" veröffentlicht.

Sozialistische Organisationen konnten sich bisher nicht auf Einheits- bzw. Volksfrontkandidaturen einigen. Trotzdem leisteten sie in den letzten 15 Jahren in ihrem Eingreifen zu Parlamentswahlen einen wichtigen Propagandabeitrag im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Die BWK-Delegiertenkonferenz befaßte sich im März dieses Jahres mit den Schwierigkeiten bei der Errichtung von Einheitsfront- bzw. Volksfrontkandidaturen und faßte dazu einen Beschuß. Die Delegiertenkonferenz kam nach ausführlicher Diskussion zu der Meinung, daß die entstandenen Schwierigkeiten nicht schnell gelöst werden können, sah aber in dem bevorstehenden Kongreß über das Eingreifen in die Bundestagswahlen '87 ein wichtiges Mittel, einen Klärungsprozeß einzuleiten, um auch wichtige programmatiche Frage diskutieren und entscheiden zu können. Die BWK-Delegiertenkonferenz erklärte:

"Der BWK sieht die Notwendigkeit, den proletarischen Widerstand, wie er sich in Fragen der Volks- oder Einheitsfrontpolitik sammelt, auch auf der parlamentarischen Ebene zur Geltung zu bringen."

Der BWK sieht keine Möglichkeit für eine dauerhafte Festigung der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, wenn sie zu dieser Aufgabe nicht ein positives Verhältnis gewinnt und ihre politischen Positionen so weit entwickelt, daß eine Teilnahme oder Beteiligung an Parlamentswahlen auf örtlicher, Landes- und Bundesebene möglich wird.

Der BWK sucht mit den Organisationen, die Volksfront- oder Einheitsfrontpolitik fördern, besonders aber mit jenen, die die Arbeit der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unterstützen, die Auseinandersetzung über diese Aufgabe mit dem Ziel, eine breite Grundlage für eine Beschußfassung der Volksfront auf ihrem ordentlichen Kongreß im November 1987 vorzubereiten.

Der BWK sieht für die Bundestagswahlen 1987 – unabhängig von immer noch möglichen Wahlbündnissen und Kandidaturen – die Notwendigkeit, den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfsgruppen zu führen und eine klare Trennungslinie zwischen den Arbeiterinteressen und der von der SPD mitgetragenen Politik der Expansion zu ziehen.

Nur eine klare Fassung politischer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse kann die Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD und die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern.

Der von Organisationen des Beilagenkreises für den Herbst anvisierte Kongreß über die Schwerpunktsetzung der Organisationen des Beilagenkreises im Wahlkampf soll nach Ansicht des BWK auch zu einer Bestimmung gemeinsamer Programmgrundlagen beitragen."

Die Sozialisten haben in den letzten Jahren durch ihre Wahlkandidaturen und ihre Propagandatätigkeit dazu bei-

getragen, daß politische und soziale Bewegungen sich gegenüber dem Staat und der Reaktion abgrenzen konnten. Im folgenden schlagwortartig die Propaganda dieser Wahlkandidaturen und Wahlempfehlungen. Die Aufstellung ist nicht vollständig:

Bundestagswahlen 1972

KPD/ML: Die sozialistische Deutsche Räterepublik – Wahlboykott; Vorläuferorganisationen des KBW: Stimmt mit "Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!" auf dem Stimmzettel; KB: Der SPD die Stimme geben; KPD (AO): Stimmabstaltung.

Bundestagswahlen 1976

KPD/ML: Boykottiert die Wahl! Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution; KBW: Gegen das Modell Deutschland – KBW; KB: Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Für den Aufbau einer breiten Kampffront gegen die Aniffe des Großkapitals auf demokratische Rechte und Lebenslage des Volkes – u.a. Wahlempfehlung für die GIM; GIM: Für eine klassenkämpferische Alternative! – Wählt GIM!

Bundestagswahlen 1980

Volksfront: Strauß stoppen heißt nicht, Schmidt wählen! – Wählt Volksfront; KBW: Eigene Kandidatur, u.a. demokratischer Friedensvertrag, Erhöhung der Renten auf mindestens 75% des Lohns; GIM: Für eine sozialistische Alternative – Wahl der SPD.

DKP: Den Frieden sichern! Die sozialen und demokratischen Rechte verteidigen! Den gesellschaftlichen Fortschritt erkämpfen!

Bundestagswahlen 1983

BWK – KPD, Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten: Gegen Sozialabbau, Verschlechterung der Sozialleistungen. Das Wahlbündnis forderte, daß die Reichen die Krise zahlen sollen; MLPD: Wahlboykott; GIM: Schluß mit der Wende – SPD wählen; KB: Ein grünes Kreuz für die weiße Taube!

*

Die sozialistischen Organisationen setzten sich dafür ein, daß die sozialen und politischen Bewegungen sich von der Reaktion abgrenzen, und versuchten, sie für sozialistische Ziele zu gewinnen. Sie beförderen defätistische Haltungen gegenüber Staat und Regierung und Anspruchsdanken der Werktätigen gegenüber den Kapitalisten. Die Versuche aber, die Bewegung für die sozialistische Sache zu gewinnen, scheiterten. Ebenso scheiterten Bestrebungen für gemeinsame sozialistische Kandidaturen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt waren der Wunsch und das Streben nach Einheitsfront- bzw. Volksfrontkandidaturen vorhanden und groß. Oft haben die Organisationen über derartige Kandidaturen gesprochen, verhandelt und sich öffentlich auseinandergesetzt.

Der Parteibildungsprozeß der Grünen, der zu dieser Zeit stattfand, mußte sich dauernd mit sozialistischen Argumenten auseinandersetzen. Das trägt heute noch dazu bei, daß sich die Grünen von der Bourgeoisie abgrenzen und auch politische Forderungen und Ziele vertreten, die das Emanzipationsstreben der Arbeiterklasse berücksichtigen und Bündnisse möglich machen. Sozialistische Wahlkandidaturen im Nachhinein mit dem Hinweis auf 0,1 Prozent-Ergebnisse als sektiererisch oder lächerlich mies zu machen, ist einfältig und sieht von Tatsachen und politischen Zusammenhängen völlig ab.

Sogenannte "realistische" Wahlempfehlungen (z.B. für die SPD) sind für die Entwicklung und Vertretung eigener sozialistischer Positionen wenig nützlich. Viel weniger Kritik an der herrschenden Klasse und Gegenpositionen zu

den bürgerlichen Parteien entwickeln sich. Wahlempfehlungen haben dazu geführt, über bürgerliche Parteien keine Analysen zu erstellen, die vom marxistischen Standpunkt haltbar wären. Wahlempfehlungen behinderten nicht nur die Analysen in der politischen Auseinandersetzung, sondern das Denken vieler Sozialisten.

Sehr viel sozialistische Propaganda hat auf die Bildung der Grünen eingewirkt. Bis heute machen sich deswegen noch Sozialisten über die Grünen Illusionen. Der Parteibildungsprozeß der werktätigen Intelligenz ist aber in gewisser Weise abgeschlossen. Faktisch werden revolutionäre Fragen nur noch außerhalb der Grünen, in der Arbeiterbewegung und von den kleinen sozialistischen Organisationen gestellt.

Der heutige proletarische Widerstand muß seine Aufgaben, Ziele und seine Organisierung klären. Dabei sind zwei Erfordernisse Voraussetzung für das Gelingen:

- Mit der SPD kann dieser Klärungsprozeß nicht einsetzen.
- In den Grünen, der Parteibildung der werktätigen Intelligenz untergeordnet, geht es nicht.

Dieser Klärungsprozeß des proletarischen Widerstandes hat auf örtlicher Ebene eingesetzt, das können wir beobachten. Die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte verschiedener Richtung vereinbaren auf örtlicher Ebene Einheitsfront- und Volksfrontbündnisse und treten für proletarische Interesse ein. Das ist anders als früher. Die politischen Zirkel, die damals bei den Kommunalwahlen oft hohe Stimmergebnisse erhielten, unterstützten zwar die Interessen der politischen Bewegungen, andererseits aber versuchten sie, konkurrierende Organisationen zu vernichten bzw. nicht aufkommen zu lassen. Heute dagegen gibt es Einheitsfront- und Volksfrontbündnisse unter Einschluß aller sozialistischen und antifaschistischen Kräfte.

Wir wollen aber nicht nur an einzelnen Orten Einheits- und Volksfrontpolitik stärken, sondern eine Front gegen Imperialismus und Reaktion in der BRD errichten. Deswegen können wir uns nicht bei den Grünen unterordnen und für sie Wahlempfehlungen geben. Wir müssen für diese Politik auftreten. Dazu sind die Bundestagswahlen eine wichtige Gelegenheit!

Praktische und theoretische Aufgaben

Der Kongreß revolutionärer Sozialisten Anfang November wird sich mit dem Eingreifen in die Bundestagswahlen befassen und diskutieren, welche theoretischen und praktischen Aufgaben wir bewältigen müssen. Bisher war eine Einigung auf eine Kandidatur des Beilagenkreises nicht möglich, nachdem der KPD-Parteitag eine Wahlbeteiligung ablehnte und eine Urabstimmung in der KPD diesen Beschuß bestätigte. Als nächstes wird sich der Gründungs- parteitag von GIM/KPD mit der "Politik der Partei zu den Bundestagswahlen '87" befassen, so ist es auf der Tagesordnung vorgesehen. Ein Fortschritt der neuen Partei wäre es, wenn sie die Möglichkeit einer Kandidatur positiv klären könnte. Für eine neuerliche Befassung einer Kandidatur sprechen zwei Gründe:

- Bei den Niedersachsenwahlen hat sich gezeigt, daß rot-grüne Kritik die Reaktion nicht schlagen kann.
- Eine Einigung auf einen Kongreß revolutionärer Sozialisten hat stattgefunden, auf dem eine Klärung der Grundlagen und Ziele gemeinsamer Propaganda zwischen den Organisationen und zwischen ihren Mitgliedern möglich ist.

Sozialistische Kandidaturen sind nützlich, weil sie in die politische Auseinandersetzung Gesichtspunkte einbringen, wie sie niemals aus dem grünen und alternativen Bereich entwickelt würden. Auch wenn wir jetzt keine Einheitsfront- bzw. Volksfrontkandidatur errichten können, sind sozialistische Propagandakandidaturen wie z.B. jetzt vom BWK bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg nötig, die nicht anerwarteten Stimmergebnissen zu messen sind, sondern an ihrer Propagandätigkeit.

Alle Organisationen des Beilagenkreises sind sich darin einig, daß der Kongreß ein Schlußdokument verabschieden soll, das bei der doch teilweise unterschiedlichen Politik gemeinsame Schwerpunkte setzen wird. Das ist eine wichtige Voraussetzung, daß theoretische Fragen besser diskutiert werden können und eine aktive Propagandakampagne zu den Bundestagswahlen möglich wird, selbst wenn eine Kandidatur nicht mehr erzielt werden kann. Jedoch werden dieselben Probleme, die eine Kandidatur so mit sich bringt, auch in einer solchen Kampagne entstehen.

Örtliche Listen ?

Vielleicht überlegen auch deswegen GIM/KPD, ob sie sich bei den Bundestagswahlen mit örtlichen Direktkandidaten beteiligen und zur Abgabe der Erststimme aufrufen. Offen bleibt, was mit der Zweitstimme geschehen soll.

Uns würde interessieren, ob an ein einheitliches Programm für diese Direktkandidaten gedacht wird. Die Kandidaturen müssen doch bundespolitische Wahlausagen treffen. Kandidiert mehr als eine solche Liste, bietet sich eine bundespolitische Zusammenarbeit ja zwingend an. Bündnisse um Bezugspersonen, wo die Person die Plattform ist, lehnen wir generell ab, weil die politische Linie und deren Interessen im Dunkeln bleiben.

Ein klarer Trennungsstrich der sozialistischen Propaganda zur Politik der SPD erscheint dann mehr als dringend, weil doch wohl der Sinn einer Erstkandidatur bestimmt nicht darin bestehen kann, die "Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD", wie sie die Delegiertenkonferenz ablehnte, einfach zu akzeptieren oder vielleicht sogar noch zu empfehlen? Diese Politik wird hoffentlich auch nicht die Friedensliste einschlagen.

Propaganda der MLPD nur punktuell nützlich

Die MLPD hat gerade ihr Wahlprogramm veröffentlicht. Ob es wirklich zur Kandidatur kommt, ist nicht gewiß. Da sie jetzt schon einmal mit der Unterschriftensammlung begonnen hat, wäre es schlecht, wenn sie nicht kandidieren würde. Eine Zusammenarbeit im Wahlkampf ist möglich. Die Aktionseinheitspolitik der MLPD behindert dies ganz erheblich in formaler und politischer Hinsicht. Die MLPD lehnt es generell ab, daß bei einer Aktionseinheit andere Organisationen in ihrem Presseorgan Stellung nehmen können. Das ist prinzipiell falsch, denn bei gemeinsamen Aktivitäten muß die Möglichkeit von Diskussion, Stellungnahmen usw. gegeben sein, sonst ist es keine Aktionseinheit, sondern ein prinzipiell falsches Nebeneinander.

Zu den formalen Hindernissen, die die MLPD gegen Zusammenarbeit errichtet, treten inhaltliche. Die MLPD pflegt die Gleichsetzung der Supermächte. Ihr ist, wie sie oft betont vor allem anderen, an der Kritik der UdSSR, der DDR usw. gelegen. Darin unterscheidet sich die MLPD von den Organisationen des Beilagenkreises, die bei unterschiedlichen Ansichten darin einig sind, die Kritik der in der BRD herrschenden Klassen höher zu stellen als die Kritik an osteuropäischen Staaten. Die MLPD verbindet ihre Art Revisionismuskritik mit einer positiven Haltung zu nationalen Belangen Deutschlands. In ihrem Wahlprogramm ruft sie zwar zur Anerkennung der Grenzen der DDR und Polens auf, verteidigt aber nicht mehr die staatliche Souveränität dieser Länder. Im Entwurf zu ihrem Wahlprogramm hatte sie noch die Anerkennung der staatlichen Souveränität und der Grenzen gefordert.

Gegen Arbeiterfeindlichkeit und nicht in den Grünen alternativ

Wir wollen zur Unterstützung der Interessen der Werkstattgruppen in diesem Bundestagswahlkampf einen nützlichen Beitrag leisten. Wir knüpfen mit unserer Propaganda an politische und soziale Bewegungen an und können sie in der Frontbildung gegen reaktionäre und imperialistische Politik verstärken. Diese Interessen wollen wir im Wahlkampf auch gegenüber der grünen Partei vertreten. Unsere Propaganda kann dabei nicht in eine grüne Wahlempfehlung

münden. Das würde erkennen, daß die Grünen an Arbeiterinteressen nur insofern interessiert sind, als sie sie für ihren Kampf benützen können. Die Grünen werfen nur insofern soziale Fragen auf, wie sie in ihre alternativen Lebensvorstellungen passen, oder vielleicht aus humanitären und christlichen Gründen. Deshalb würde eine Aufgabe darin bestehen, sie mit den Forderungen der am meisten unterdrückten und hart arbeitenden Teile der Lohnabhängigen zu konfrontieren. Unsere Politik muß darauf abzielen, daß sich die Grünen von arbeiterfeindlichen Theorien abwenden, die von der Reaktion in den Reihen der werktätigen Intelligenz immer mehr gefördert werden.

Nach Kongreß und Wahlen

Der Kongreß "Vor den Bundestagswahlen 1987: Aufgaben und Ziele der revolutionären Sozialist(inn)en" wird Ergebnisse für die weitere Zusammenarbeit und gemeinsame programmatische Grundlagen schaffen. Gemeinsame Forschungsanstrengungen werden wir unternehmen müssen und vielleicht in unserem Pressewesen enger zusammenwirken. Die KPD hat uns geschrieben, daß sie an einer Zusammenarbeit interessiert sei. Sie hat einen ersten Gesprächstermin nach ihrem Parteitag vorgeschlagen. Nach den Wahlen können wir dann eine Bestandsaufnahme machen, ob die geschaffenen Grundlagen sich in der politischen Praxis bewährt haben. Dazu gehört, daß der Beilagenkreis sich auch mit den Ergebnissen, Themen und Fragestellungen der Arbeit der Volksfront befaßt. Weiterhin wird der Beilagenkreis über theoretische und praktische Mängel und darüber diskutieren, welche Anstrengungen zu ihrer Bereinigung nötig sind. Nach diesem Kongreß und den Bundestagswahlen werden wir besser sagen können, welche weiteren Schwerpunkte in der Programmdiskussion anstehen und welche Maßnahmen zur Festigung des Beilagenkreises und seiner Vollversammlung anstehen.

Berichterstattung: jöd

Entwurf für ein Statut des Bundes Westdeutscher Kommunisten

Der folgende Entwurf für ein BWK-Statut wurde auf der Sitzung des ZK vom 14./15.9. beschlossen. Er ist erarbeitet unter Berücksichtigung der Beschlüsse der letzten Delegiertenkonferenz:

- "Richtlinie zum Statut" (vgl. Ergebnisse der 6. DK, S. 29)
- "Empfehlungen zur Organisationsstruktur des BWK" (vgl. a.a.O, S. 20 f.)

Die nächste Delegiertenkonferenz soll ein neues Statut verabschieden. Zu dem jetzt vorliegenden Entwurf können Stellungnahmen, die vor dem 20.12.86 beim ZK eingehen, bei einer Überarbeitung des Entwurfs berücksichtigt werden. Ein überarbeiteter Entwurf wird der nächsten ZK-Sitzung zur Beschußfassung vorliegen und in der dort beschlossenen Fassung dann als Antrag des ZK an die Delegiertenkonferenz gestellt.

§ 1 Name, Sitz, Tätigkeitsgebiet

Der "Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) ist in der Bundesrepublik Deutschland tätig. Sitz des BWK ist Köln. Der BWK ermöglicht Mitgliedern in Westberlin eine Mitwirkung, in der sie dem besonderen Status der Stadt Rechnung tragen können. Sie haben in bezug auf den BWK dieselben Rechte wie ein Landesverband.

§ 2 Mitwirkung an der politischen Willensbildung

(1) Der BWK setzt sich zum Ziel, durch seine Arbeit auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen,

die politische Bildung des Proletariats anzuregen und zu vertiefen und seine aktive Teilnahme am politischen Leben zu unterstützen und zu fördern. Dazu ist der Kampf gegen die Ausländergesetzgebung unerlässlich.

(2) Der BWK will dies tun unter Bezug auf praktische Erfahrungen der Proletarier und unterdrückten Völker und deren Organisationen sowie gestützt auf die kommunistische Theorie. Der BWK unterstützt und betreibt die proletarische Parteibildung, d.h. den Prozeß der Entwicklung des Proletariats zur organisierten politischen Kraft auf der Basis proletarischer Interessen. Der BWK hält hierzu die Erarbeitung eines Programmes der Kommunisten in Westdeutschland für unerlässlich. Deshalb beteiligt sich der BWK an der Arbeit des Beilagenkreises und unterstützt dessen Festigung und Erweiterung.

Das Programm der Kommunisten in Westdeutschland kann und will der BWK nicht allein erarbeiten. In Anbetracht der Tatsache, daß sich in den letzten etwa 20 Jahren eine ganze Anzahl Organisationen im Wiederaufleben des Marxismus und der revolutionären Theorie gebildet hat und daß deren Praxis und Theoriebildung eine längere geschichtliche Periode im proletarischen Parteibildungsprozeß darstellt, muß sich die Erarbeitung eines Programmes der Kommunisten in Westdeutschland ausdrücklich auf die Theorie und Praxis dieser Organisationen – bis hin zur DKP – beziehen. Ergebnis der Programmdiskussion muß ein wirklich tragfähiges Programm sein. Ein Programm ist dann tragfähig, wenn es im Konsens jener Kräfte zustande kommt. Ein solcher Konsens kann sich aber auch nur ergeben, wenn er in der Auseinandersetzung aller dieser Kräfte entsteht.

(3) Im Verlauf dieser Programmdiskussion stellt der BWK Mängel an seinem Programm durch Beschlüsse von Delegiertenkonferenzen fest.

(4) Der BWK betrachtet es als wesentlichen Bestandteil seiner Tätigkeit, mit Organisationen zusammenzuwirken, die sich als antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch verstehen und die sich im Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital bewußt auf die Seite der Lohnarbeit stellen.

Solche Organisationen können sich mit von ihnen beschlossenen Anträgen oder Stellungnahmen zur Politik des BWK an die Organe des Gebietsverbandes wenden, der dem Tätigkeitsgebiet der Organisationen entspricht. Die zuständigen Vorstände des BWK sind verpflichtet, solche Stellungnahmen und Anträge den Mitgliedern bekanntzumachen und ihre Behandlung auf den zuständigen Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen zu veranlassen, falls dies von den Verfassern gewünscht wird.

Der BWK unterstützt den Aufbau volksfrontartiger Organisationen. Er lehnt ein fraktionsmäßiges Arbeiten seiner Mitglieder in solchen Organisationen ab, d.h. er faßt keine Beschlüsse darüber, wie seine Mitglieder in diesen Organisationen tätig sind. Stattdessen setzt er sich für die Einhaltung und Stärkung demokratischer Prinzipien in diesen Organisationen ein.

§ 3 Aufnahme und Austritt

(1) Wer Mitglied des BWK werden möchte, muß einen entsprechenden Antrag an den Bezirk richten, in dessen Bereich er wohnt, arbeitet oder politisch tätig ist. Die Bezirksleitung entscheidet über den Aufnahmeantrag. Der Beschuß bedarf der Bestätigung durch die Landesleitung. Falls kein entsprechender Bezirk besteht, entscheidet die zuständige Landesleitung über Aufnahme und Zuordnung des Mitglieds zu einem Bezirk.

(2) Ein Austritt eines Mitgliedes erfolgt durch seine schriftliche Erklärung gegenüber dem Bundesvorstand. Der Bundesvorstand ist verpflichtet, den Erhalt der Austrittserklärung gegenüber dem ausgetretenen Mitglied schriftlich zu bestätigen.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht auf Mitgliedschaft in einer Zelle. Die Zuordnung zu einer Zelle wird aus der Beschäftigung des Mitgliedes in einem entsprechenden Betrieb bzw. einer entsprechenden Einrichtung begründet oder aus der Beschäftigung des Mitgliedes mit diesem Bereich. Streitfälle entscheidet die zuständige Bezirksleitung.

(2) Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Zellenleitung Tagesordnungspunkte für die Zellsitzungen anzumelden und in Publikationen des Bezirkes eigene Beiträge zu veröffentlichen.

(3) Jedes Mitglied hat die Pflicht zur aktiven Mitarbeit in einer Einheit des BWK, zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages und zur Anerkennung des Programms.

(4) Die Minderheit ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Die unteren Leitungsorgane sind verpflichtet, sich den Beschlüssen der oberen Leitungsorgane unterzuordnen.

§ 5 Gliederung des BWK

(1) Der BWK gliedert sich in die Landesverbände:

- Schleswig-Holstein
- Hamburg
- Niedersachsen/Bremen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz/Saarland
- Hessen
- Baden-Württemberg
- Bayern

(2) Die Landesverbände gliedern sich in Bezirke. Die Gliederung wird durch die Landesverbände festgelegt. Dabei soll eine Bezirksgröße angestrebt werden, die der Verwaltungseinheit eines Kreises entspricht.

(3) Bezirke gliedern sich, falls es ihre Größe erlaubt, in Zellen.

§ 6 Bundesdelegiertenkonferenz

(1) Höchstes Organ des BWK ist die Bundesdelegiertenkonferenz. Sie beschließt über Programm und Statut, bestimmt Richtlinien der Politik des BWK, wählt die zentralen Körperschaften und gibt die Zeitschrift "Politische Berichte" heraus.

(2) Die Delegierten werden durch die Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen der Landesverbände für ein Jahr gewählt. Die Bundesdelegiertenkonferenz tagt zweimal im Jahr ordentlich.

(3) Die Bundesdelegiertenkonferenz nimmt auf ihrer konstituierenden Sitzung vom Bundesvorstand einen Bericht über seine Tätigkeit und über die Kasse und von der Redaktion einen Bericht über die Veröffentlichungstätigkeit und die Durchführung des Plans für die wissenschaftliche Arbeit entgegen. Bundesvorstand und Redaktion können weitere Berichte vorlegen. Nach Behandlung des Tätigkeits- und Kassenberichtes entscheidet die Bundesdelegiertenkonferenz über die Entlastung des Vorstandes. Die Bundesdelegiertenkonferenz wählt den Bundesvorstand, das Präsidium, die Finanzprüfungskommission, die Schiedskommission sowie die Redaktion und die Herausgeberkonferenz der "Politischen Berichte".

Die Amtszeit dieser Organe beträgt ein Jahr.

Die Konferenz beschließt über einen Haushaltsansatz, über nächstliegende allgemeine Aufgaben des BWK und über anstehende Aufgaben auf dem Gebiet der Forschungs- und Veröffentlichungstätigkeit.

(4) Die Bundesdelegiertenkonferenz besteht aus den nach

Absatz 2 gewählten Delegierten. Weiterhin gehören der Versammlung die Mitglieder des Bundesvorstandes, des Präsidiums, der Redaktion und der Finanzprüfungskommission an. Stimmrecht haben nur die nach Absatz 2 gewählten Mitglieder. Mitglieder des Bundesvorstandes nach § 11.1 können nicht als Delegierte gewählt werden. Wird ein Delegierter auf der konstituierenden Sitzung nach § 11.1 in den neuen Bundesvorstand gewählt, so muß er sein Mandat als stimmberechtigter Delegierter sofort niederlegen. Er wird in weiteren Tagungen der Bundesdelegiertenkonferenz durch einen Stellvertreter ersetzt.

(5) Die zweite ordentliche Sitzung der Bundesdelegiertenkonferenz findet etwa in der Hälfte der Wahlperiode des Bundesvorstandes statt. Auf dieser Sitzung legt der Bundesvorstand einen Tätigkeitsbericht und einen Kassenbericht vor. Weitere Berichte, die über die Durchführung von Beschlüssen berichten, sollen der Versammlung von den zuständigen Organen vorgelegt werden.

(6) Die Bundesdelegiertenkonferenz kann auf Antrag Arbeitskreise bilden, über deren Einrichtung die Versammlung beschließt. Die Arbeitskreise haben das Recht, sich mit Anträgen an den Vorstand zu wenden. Sie haben das Recht, in den "Politischen Berichten" nach Maßgabe des Redaktionsstatuts Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen. Die Arbeitskreise legen jährlich einen Bericht über ihre Arbeit der Bundesdelegiertenkonferenz vor.

(7) Eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz kann einberufen werden durch Beschuß des Bundesvorstandes oder durch Antrag von Landesverbänden, die auf der letzten Bundesdelegiertenversammlung über mindestens ein Drittel der Stimmen verfügten. Das nähere Verfahren regelt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz.

(8) Zur konstituierenden Bundesdelegiertenkonferenz muß mindestens 4 Wochen vorher eingeladen werden. Der Vorstand ist verpflichtet, zu diesem Zeitpunkt auch jeweils den Tätigkeits- und Finanzbericht schriftlich vorzulegen. Zu anderen Sitzungen der Bundesdelegiertenkonferenz muß mindestens 2 Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung eingeladen werden.

§ 7 Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz

(1) Die Bundesdelegiertenkonferenz wählt sich ein Präsidium. In das Präsidium können nur stimmberechtigte Delegierte gewählt werden.

(2) Das Präsidium ist verantwortlich für die Vorbereitung der Versammlung, d.h. die Zusammenstellung und gegebenenfalls Anforderung der zur Tagung nötigen Anträge und ihre Versendung an die Mitglieder. Es behandelt die der Konferenz vorliegenden Anträge vor der Tagung und kann eine Beschußempfehlung abgeben. Es leitet die Bundesdelegiertenkonferenz.

(3) Das Präsidium bestimmt drei seiner Mitglieder, die für die Zusammenstellung und Beurkundung der Beschlüsse der Versammlung zuständig sind. Die beurkundeten Beschlüsse werden an den Vorstand zur Veröffentlichung weitergeleitet.

(4) Das Präsidium wählt zwei seiner Mitglieder als Mitglieder des Bundesvorstandes nach § 11.2.

§ 8 Zellen

(1) In jedem Bezirk werden zwei Zellen für den Bereich Industrie/Handel und den Bereich Öffentliche Dienst und Einrichtungen gebildet. Die Zelle hat das Recht auf selbständige Arbeit. Sie kann Veranstaltungen durchführen und nach Maßgabe des bezirklichen bzw. Landeshaushaltes publizieren. Sie kann in den "Politischen Berichten" publieren, wobei das Redaktionsstatut sinngemäß Anwendung findet. Die Zelle hat das Recht, sich mit Anträgen an die

Landesmitglieder- bzw. Delegiertenversammlung zu wenden.

(2) Jede Zelle wählt eine der Größe der Zelle angemessene Geschäftsführung und Redaktionsbeauftragte. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Tagesordnung für die Zellensitzungen in Abstimmung mit den Zellenmitgliedern und dem Bezirksvorstand aufzustellen und die Ausarbeitung von Beschlussoanträgen einzuleiten. Sie stellt einen vierteljährlichen Tätigkeitsbericht zusammen.

(3) Die Redaktionsbeauftragten sind verpflichtet, die Veröffentlichungen im Bereich der Arbeit der Zelle zu sammeln und zu lesen und über ihren Inhalt zu berichten. Sie sind verpflichtet, für die Ausbildung der Zellenmitglieder zu sorgen. Sie arbeiten in diesen Belangen mit der bezirklichen bzw. Landesredaktion zusammen.

(4) Aus der Mitte der Zellen bzw. bezirklichen Mitgliederversammlung können thematisch orientierte Arbeitsgruppen gebildet werden. Sie sind dem Körper, der sie gebildet hat, berichtspflichtig.

(5) Wenn es in einem Bezirk nicht möglich oder sinnvoll ist, beide in (1) genannten Zellen zu bilden, so tritt die Mitgliederversammlung an die Stelle der Zellen. Sie nimmt die oben genannten Aufgaben der Zellen nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten wahr.

Ausland und die Verbindung zu Organisationen im Ausland.

(10) Die Mitglieder des Bundesvorstandes, die für einen bestimmten Bereich zuständig sind, sind verpflichtet, Anträge aus ihrem Bereich, die von Zellen oder Leitungen gestellt werden, zu behandeln. Sie unterstützen die Zellen und Leitungen untergeordneter Gebietsverbände in ihrer Arbeit und bereiten eine für diese Bereiche eventuell erforderliche Beschlussoffnung vor.

(11) Die Mitglieder des Bundesvorstandes wirken auf Grundlage von Beschlüssen.

Protokollnotiz: Die Absätze 2 – 9 sollen bei einer Überarbeitung durch folgende Regelungen ersetzt werden:

In einer Geschäftsordnung des Vorstandes, die vor der Wahl bekannt ist, wird die Geschäftsverteilung im Bundesvorstand geregelt. Auf dieser Grundlage erfolgt die Zuteilung von bestimmten Ressorts auf die nach § 11.4 zu wählenden Vorstandsmitglieder. Die hier abgedruckten Absätze dienen zur Illustration, wie eine Geschäftsverteilung im Vorstand etwa aussehen könnte. Im einzelnen werden sich Änderungen noch ergeben können.

§ 9 Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand leitet die Tätigkeit des BWK auf Bundesebene. Er ist an die Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz gebunden.

(2) Beim Bundesvorstand werden folgende Geschäftsbereiche gebildet, für die jeweils ein Mitglied des Bundesvorstandes zuständig ist:

- Allgemeine Verwaltung und Geschäftsführung
- Kasse
- Verlags- und Veröffentlichungstätigkeit
- Betriebe und Wirtschaft
- Öffentliche Dienste und Einrichtungen
- Schulung
- Auslandsverbindungen
- Verbindungen zu Landesverbänden

Für diese Bereiche werden Ausschüsse eingerichtet.

(3) Zur Zuständigkeit der allgemeinen Verwaltung gehört die Führung der laufenden Geschäfte, die Vorbereitung von Bundesvorstandssitzungen, d.h. die Aufstellung einer Tagesordnung und die Koordination der Erarbeitung von Beschlussoanträgen und die Förderung der Zusammenarbeit mit Organisationen nach § 2.

(4) Zur Zuständigkeit der Kasse gehört die laufende Finanzverwaltung, die Buchführung und die Erstellung von Kassenberichten und Haushaltsansätzen.

(5) Zur Zuständigkeit des Bereiches Betriebe und Wirtschaft gehört die Befassung mit der Tätigkeit der Wirtschaftsverbände der Kapitalisten, die unmittelbaren Verbindungen zur Politik der staatlichen Organe mit dem Widerstand im Bereich der Wirtschaft.

(6) Zur Zuständigkeit des Bereiches Öffentliche Dienste und Einrichtungen gehört die Befassung mit der Tätigkeit der Öffentlichen Dienstherren, des Gesetzgebers und des Widerstandes dagegen im Bereich der Öffentlichen Dienste.

(7) Zur Zuständigkeit des Bereiches Verlags- und Veröffentlichungstätigkeit gehört die Verbindung zu den Redaktionen und die Abstimmung von deren Tätigkeit mit den Erfordernissen der Leistungsarbeit.

(8) Zur Zuständigkeit des Bereiches Schulung gehört die Planung und Koordination der theoretischen Ausbildung der Mitglieder.

(9) Zur Zuständigkeit des Bereiches Auslandsverbindungen gehört die Beobachtung der politischen Entwicklung im

§ 10 Redaktion "Politische Berichte"

(1) Die Redaktion arbeitet auf Grundlage des Planes für die wissenschaftliche Arbeit, der von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wird. Sie hält die Verbindung zu den Landesredaktionen, wozu entsprechende Geschäftsordnungsbestimmungen in Abstimmung mit den Landesredaktionen festgelegt werden.

(2) Die Redaktion erörtert die in ihrer Verantwortlichkeit publizierten Projekte, plant die weitere Veröffentlichungstätigkeit und diskutiert mögliche Verbesserungen.

(3) Die Redaktion ist zuständig für Ausbildungsmaßnahmen von Mitgliedern der Landesredaktionen.

(4) Die Redaktion "Politische Berichte" legt der Bundesdelegiertenkonferenz einen Bericht über die Durchführung des Planes für die wissenschaftliche Arbeit vor und einen Antrag auf Fortschreibung dieses Planes, der in Abstimmung mit den zur Durchführung des Planes gebildeten Arbeitskreisen ausgearbeitet wird.

(5) Die Redaktion "Politische Berichte" besteht aus Redakteuren, die für bestimmte Gliederungsblöcke verantwortlich zeichnen. Dazu kommen weitere Redakteure aus Arbeitskreisen, die von der Bundesdelegiertenkonferenz zur Durchführung des Planes für die wissenschaftliche Arbeit gebildet wurden. Die Bundesdelegiertenkonferenz entscheidet über Bewerbungen auf diese Posten.

(6) Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt über ein Redaktionsstatut.

§ 11 Wahl des Bundesvorstandes

(1) Der Bundesvorstand besteht aus dem Geschäftsführer, mindestens drei Stellvertretern und weiteren Mitgliedern, die von der Bundesdelegiertenkonferenz gewählt werden. Über die Anzahl der Stellvertreter und der zu wählenden weiteren Mitglieder entscheidet die Bundesdelegiertenkonferenz.

(2) Außerdem sind zwei Mitglieder des Präsidiums der Bundesdelegiertenkonferenz Mitglieder im Bundesvorstand.

(3) In den Bundesvorstand können nur Mitglieder nach Abs. 1 gewählt werden, die entweder stimmberechtigte Mitglieder der Bundesdelegiertenkonferenz oder Mitglieder des amtierenden Bundesvorstandes oder Mitglieder der amtierenden Redaktion "Politische Berichte" sind.

(4) Von der Bundesdelegiertenkonferenz werden zunächst der Geschäftsführer des Bundesvorstandes und die Stellvertreter gewählt. Der Geschäftsführer ist im Bundesvorstand für den Bereich "Allgemeine Verwaltung" verant-

wortlich. Den Ämtern der Stellvertreter sind die in § 9.2 genannten weiteren Geschäftsbereiche zuzuordnen. Die auf diese Ämter gewählten Stellvertreter sind im Bundesvorstand für die ihrem Amt zugeordneten Geschäftsbereiche verantwortlich. Bei der Wahl der Stellvertreter und des Geschäftsführers findet Mehrheitswahl statt. Ist nur ein Bewerber für eine Position vorhanden, ist der Bewerber mit einfacher Mehrheit gewählt.

(5) Die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes werden nach dem Prinzip der Verhältniswahl gewählt. Für das Verfahren wird eine Wahlordnung von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen.

Protokollnotiz: Die genannte Wahlordnung kann sich an der bestehenden Wahlordnung zum ZK orientieren. Dabei würde die DK die Rolle der Kandidatenversammlung übernehmen. Das gesonderte Nominierungsverfahren könnte entfallen, da durch die Ausgestaltung des passiven Wahlrechtes zum Vorstand Entsprechendes erreicht wird.

§ 12 Ausschluß

(1) Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statutes vorsätzlich verletzt und dem BWK damit erheblichen Schaden zufügt. Der Ausschluß wird von der Einheit, in der das Mitglied arbeitet, oder von der nächsthöheren Leitung beschlossen und ist durch das jeweils nächsthöhere Organ zu bestätigen. Das ausgeschlossene Mitglied hat das Recht, sich an eine von der Bundesdelegiertenkonferenz gebildete Schiedskommission zu wenden, um eine Revision der Entscheidung zu erreichen. Bis zur Entscheidung der Schiedskommission ruhen alle Rechte des ausgeschlossenen Mitglieds.

§ 13 Wahlen und Abstimmungen

(1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, sofern die Satzung nichts anderes festlegt.

(2) Die Wahlen des Bundesvorstandes und anderer Leitungen sowie Delegiertenwahlen finden geheim statt. Bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn keiner der Stimmberechtigten auf Befragen diesem Verfahren widerspricht.

§ 14 Parteivermögen

Das Vermögen des BWK ist Eigentum der Landesverbände. Der Vermögensteil, den der Bundesvorstand zur Erledigung seiner Aufgaben verwaltet, fällt dabei den Landesverbänden im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl an der Gesamtmitgliederzahl des BWK zu.

§ 15 Auflösung und Verschmelzung

(1) Die Mitglieder- bzw. Delegiertenkonferenzen eines Landesverbandes oder des BWK auf Bundesebene beschließen über ihre Auflösung oder Verschmelzung mit anderen Parteien. Nach dem Beschuß wird vom Bundesvorstand unverzüglich eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des betreffenden Gebietsverbandes über diesen Beschuß durchgeführt. Der Beschuß gilt erst nach dem Ergebnis der Urabstimmung als bestätigt, geändert oder aufgehoben. Näheres regelt eine Durchführungsbestimmung, die von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wird.

§ 16 Wahl der Bundesdelegierten

(1) Die Bundesdelegierten werden durch die Bundesdelegiertenkonferenz bzw. Landesmitgliederversammlung ge-

wählt. Der Bundesvorstand beschließt über die Zahl der zu wählenden Delegierten. Sie ist nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl des Landesverbandes zur Gesamtmitgliederzahl des BWK zu bemessen.

(2) Die Gesamtzahl der Bundesdelegierten muß mindestens viermal so hoch sein wie die Anzahl der Bundesvorstandsmitglieder nach § 11.1. Der Delegiertenschlüssel ist entsprechend zu bemessen.

(3) Für die Delegierten ist eine angemessene Anzahl von Stellvertretern zu wählen, die bei Verhinderung oder Ausscheiden von Delegierten aus ihrem Amt nachrücken.

(4) Wählbar als Delegierte sind Mitglieder, die für dieses Amt nominiert worden sind. Nominierungen können von Zellen, Bezirken und der Landesleitung im ordentlichen Verfahren vorgenommen werden, im außerordentlichen Verfahren durch die Landesmitgliederversammlung bzw. Landesdelegiertenkonferenz.

Bei der Wahl der Delegierten und der Stellvertreter findet Verhältniswahl statt. Näheres regelt eine Wahlordnung, die von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wird.

Protokollnotiz: Diese Wahlordnung könnte sich an der Wahlordnung für die Landesleitungen orientieren.

§ 17 Schiedskommission

(1) Die Schiedskommission ist zuständig für die Beratung und Entscheidung bei Streitfragen über Auslegung und Anwendung der Satzung sowie für die Entscheidung bei Einspruch eines ausgeschlossenen Mitgliedes gegen seinen Ausschluß.

(2) In die Schiedskommission dürfen Mitglieder des Bundesvorstandes nicht gewählt werden. Die Kommission ist in ihrer Entscheidung an Weisungen anderer Organe nicht gebunden.

(3) Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt über eine Geschäftsordnung für die Schiedskommission, die auch das förmliche Verfahren der Arbeit der Schiedskommission regelt.

§ 18 Finanzprüfungskommission

(1) Die Finanzprüfungskommission hat den Auftrag, die Finanzführung des Bundesvorstandes zu überprüfen und über das Ergebnis der Prüfung einen Bericht an die Bundesdelegiertenkonferenz abzugeben.

(2) Mitglieder des Bundesvorstandes oder der Redaktion können nicht Mitglieder der Finanzprüfungskommission sein.

(3) Der Bundesvorstand ist verpflichtet, der Finanzprüfungskommission alle nötigen Unterlagen zur Prüfung vorzulegen und auf Anfrage zu erläutern. Dazu gehören auch die Berichte über die laufende Kassenführung während der Amtsperiode.

§ 19 Statutänderungen

(1) Das Statut wird von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen und geändert. Für diese Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich. Ordentliche Anträge auf Änderung des Statutes können nur befaßt werden, wenn sie mindestens zwölf Wochen vor der Versammlung, an die sie sich richten, allen Mitgliedern des BWK bekannt gemacht worden sind.

(2) Andernfalls können Anträge auf Änderung des Statutes nur als außerordentliche Anträge an die beschließende Versammlung gerichtet werden. Sie können dann nur befaßt werden, wenn 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder dieser Befassung zustimmen.



CDU-Gesundheitspläne

Endlich eine wirksame Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu erzwingen, werde eine der zentralen Aufgaben der nächsten Regierung sein, erklären CDU/CSU und FDP. Die Senkung der Lohnnebenkosten bleibe unverzichtbar. Viele erinnern sich noch, wie Sprecher der Regierungsparteien nach dem Regierungsantritt Kohls

verkündeten, die Lohnfortzahlung müsse "korrigiert" werden. Am 10. September hat die CDU einen "Gesundheitspolitischen Kongreß" durchgeführt. Dort wurde beraten, wie Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen, die wegen anstrengender Arbeit, schlechter Bezahlung und dementsprechenden Wohn- und Lebensverhältnissen häufig krank sind, weiter beschnitten werden können.

Philippinen: Politik der Revolutionäre nach dem Marcos-Sturz

Als die US-Imperialisten Marcos fallen ließen und mit kirchlicher Unterstützung die Aquino-Regierung installierten, der auch die Chefs der Marcos-Soldateska angehören, setzten die USA und ihre philippinischen Kompradoren damit auf die Spaltung der Revolutionäre in der CPP, der Neuen Volksarmee NPA und der Volksfrontorganisation NDF. Verhandlungs- und Amnestieangebote sollen die Revolutionäre schwächen, während die Armee ihre Einsätze gegen die NPA verstärkt. CPP, NPA und NDF verfolgen dagegen eine Einheitsfrontpolitik, die die Regierung auf ein Minimalprogramm festlegen soll, und konsolidieren die befreiten Gebiete.



Stadtteilsanierung

Hildesheims Stadtrat, Bezirks- und nds. Landesregierung haben einen Teil der südlichen Nordstadt zum Sanierungsgebiet erklärt. Davon sind direkt ca. 6400 Bewohner und 3250 Wohnungen betroffen. Der Anteil der unteren Einkommen an allen Haushaltsnettoeinkommen im Sanierungsgebiet ist hoch und steigt ständig. In den näch-



sten 20 Jahren sollen über 100 Mio. DM verbaut werden, davon 2/3 für Modernisierungen. Sowohl unterschiedliche Modernisierungsmaßnahmen für gleiche Ausgangwohnungsausstattungen als auch unterschiedliche Mieterhöhungen für gleiche Modernisierungsmaßnahmen sind geplant. Welche Ziele verfolgen Kommunal- und übergeordnete Staatsverwaltungen mit der Sanierung?

Frontstaaten in schwieriger Lage

Die Frontstaaten im südlichen Afrika sind – Erbe aus kolonialer Vergangenheit – wirtschaftlich noch in mancher Hinsicht von Südafrika abhängig. Da sie selbst der Aggressions- und Destabilisierungspolitik des südafrikanischen Kolonialregimes ausgesetzt sind, treten sie mit Macht für Sanktionen gegen Südafrika ein. Aufgrund ihrer Abhängigkeiten jedoch haben sie erhebliche Probleme, sich selbst auf Sanktionen zu verständigen. Auch in den Frontstaaten zeigt sich, daß die imperialistische Unterstützung für Südafrika und die Weigerung u.a. der BRD, Sanktionen zu verhängen, ein Haupthindernis für die Befreiung und den Aufbau unabhängiger Länder und Volkswirtschaften ist.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91.- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Döwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elsgehause, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.